

GUTES LEBEN IN STADT UND LAND

WERTSCHÖPFUNG UND RESSOURCENSCHUTZ ZUSAMMEN DENKEN

DOKUMENTATION N° 177



INHALT

VORWORT DStGB Dr. André Berghegger	3	Mineralische Baustoffe recyceln: Chancen und Herausforderungen	28
VORWORT BMBF Judith Pirscher	4	Ansprechen und Überzeugen: Kunststoffkreisläufe implementieren	30
VORWORT UBA Prof. Dirk Messner.....	5	BEISPIEL AUS DER PRAXIS Interview mit Brenda Uhlig (INTEGRAL).....	32
GUTES LEBEN IN STADT UND LAND Wertschöpfung und Ressourcenschutz zusammen denken	6	Arbeit, Freizeit und Erholung in Stadt und Land	34
Nachhaltiges Leben in Stadt und Land	8	Gewerbe, aber nachhaltig – Chancen für die kommunale Entwicklung	36
DAZWISCHEN Nachhaltigkeitstransformation im Strukturwandel	10	Logistik gemeinsam gestalten – kooperativ, interkommunal, koordiniert	38
Nachhaltige Landnutzung – den Wandel in Stadt und Landkreis gemeinsam gestalten	12	Naherholung und Tagestourismus als Impulsgeber für Stadt und Land	40
BEISPIEL AUS DER PRAXIS Interview mit Niels-Christian Schaffert (DAZWISCHEN)	14	BEISPIEL AUS DER PRAXIS Interview mit Peter Boch (KoOpRegioN)	42
Ernährungssicherung in Stadt und Land	16	Ausblick: Von der Forschung in die Praxis	44
Landvergabe im Wandel: Chancen für ökologische Landwirtschaft in Kommunen	18	Capacity Building	46
Neue Produkte aus der Region für die Region: Von der Linse in die Falafel	20	Transfer	48
BEISPIEL AUS DER PRAXIS Interview mit Katrin Stary (Projekt KOPOS).....	22	Öffentlichkeitsarbeit	50
Produkte und Stoffkreisläufe in Stadt und Land	24	Empfehlungen von Stadt-Land-Plus zur Überwindung von rechtlichen Hürden für nachhaltige Stadt-Land-Partnerschaften	52
Neue Produkte: Pionierhölzer als Ergebnis und Treiber einer ökosystembasierten Waldwirtschaft	26	Reformagenda Stadt-Land	54

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutscher Städte und Gemeindebund (DStGB) und Umweltbundesamt (UBA)

Oktober 2024

Diese Dokumentation wurde koordiniert durch das wissenschaftliche Querschnittsvorhaben der Fördermaßnahme Stadt-Land-Plus, gefördert durch das BMBF (Förderkennzeichen 033L200).

Verantwortlich für den Deutschen Städte- und Gemeindebund

Bernd Düsterdiek (DStGB)

Verantwortlich für das wissenschaftliche Querschnittsvorhaben Stadt-Land-Plus

Nadine Pannicke-Prochnow (UBA) und Veronika Jorch (UBA)

Texte

Uwe Ferber (StadtLand GmbH), Veronika Jorch (UBA), Michael Melzer (Institut Raum & Energie), Göde Nommensen (Stadt-Land GmbH), Nadine Pannicke-Prochnow (UBA), Julia Reiß (Institut Raum & Energie)

Die Texte der Verbundprojekte in den Kapiteln „Nachhaltiges Leben in Stadt und Land“, „Ernährungssicherung in Stadt und Land“, „Produkte und Stoffkreisläufe in Stadt und Land“ und „Arbeit, Freizeit und Erholung in Stadt und Land“ wurden jeweils durch Projektmitarbeitende zur Verfügung gestellt und werden zu Beginn jedes Textes benannt.

Redaktion

Nadine Pannicke-Prochnow (UBA) und Veronika Jorch (UBA)

Gestaltung und Satz

Birgit Pointinger

Fotos Titelblatt: Torben Sell, Unrauh Fotografie, StockSnap auf Pixabay, Charlotte Öken und Moritz von Schurer



*Dr. André Berghegger,
Hauptgeschäftsführer Deutscher Städte- und Gemeindebund*

VORWORT DEUTSCHER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND

Für Städte, Kreise und Gemeinden ist das Forschungsvorhaben Stadt-Land-Plus sehr wichtig. Über die Ergebnisse hieraus informiert Sie erneut der DStGB gemeinsam mit dem Umweltbundesamt.

Die im Rahmen dieses Vorhabens begleiteten Projekte sind deshalb besonders wertvoll, weil sie den Austausch zwischen Stadt und Land sowie innerhalb von Regionen fördern und durch die wissenschaftliche Begleitforschung weitere wichtige Impulse für die kommunale Praxis geben. Von guten Beispielen lernen: Dies ist angesichts der aktuellen und zahlreichen kommunalen Herausforderungen wichtiger denn je.

Gerade die Umsetzung einer klimagerechten Stadt- und Siedlungsentwicklung, die Gestaltung der Energie- und Wärmewende, die Schaffung bezahlbaren Wohnraums oder auch die Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen sind wichtige Fragestellungen, auf die in der kommunalen Praxis Antworten gefunden werden müssen.

All diese Herausforderungen müssen in Zeiten knapper kommunaler Kassen bewältigt werden. Hinzu kommen ein spürbarer Personal- und Fachkräftemangel, weitere Aufgabenzuweisungen durch Bund und Länder sowie überbordende Standards, die eine sachgerechte Aufgabenerfüllung „vor Ort“ immer schwieriger machen. Umso

wichtiger ist es, dass die Kommunen ihre Potenziale optimal ausschöpfen und hierbei interkommunale und auch regionale Handlungsansätze prüfen. Interkommunale Kooperationen, ein enger Austausch zwischen Städten, Gemeinden und ihrem Umland sowie eine nachhaltige Regionalentwicklung sind Schlüsselfaktoren für lebenswerte Kommunen und ihre Regionen.

Die Dokumentation „Gutes Leben in Stadt und Land – Wertschöpfung und Ressourcenschutz zusammen denken“ setzt an besonders spannenden Themenfeldern an: Diese reichen von einer nachhaltigen Landnutzung, der Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten und der Sicherung einer ökologischen Landwirtschaft bis hin zur Optimierung regionaler Stoffkreisläufe. Auch die Darstellung freiraumbezogener Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in Stadt und Land ist ein praxisrelevantes Thema.

Die vorliegende Publikation dient somit erneut den an einer kommunalen und regionalen Zusammenarbeit interessierten Akteuren nicht nur als Einstieg in das Thema, sondern zeigt viele gute Beispiele auf, die auch andersorts umsetzbar sind. Dies ist letztlich auch die Basis für ein dauerhaftes und nachhaltiges Wachstum in unseren Städten, Gemeinden und Regionen.

Hinweise zum Ergebnistransfer, zu einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit sowie Empfehlungen von Stadt-Land-Plus zur Überwindung von rechtlichen Hürden für nachhaltige Stadt-Land-Partnerschaften runden die Ausarbeitung ab.

Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen Autorinnen und Autoren sowie unseren Kooperationspartnern.

Wir wünschen Ihnen eine interessante und spannende Lektüre!

*Dr. André Berghegger
Berlin im Oktober 2024*



*Judith Pirscher, Staatssekretärin
im Bundesministerium für Bildung und Forschung*

VORWORT BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG – BMBF

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

unsere Gesellschaft steht vor der großen Aufgabe, Wertschöpfung und Ressourcenschutz in Einklang zu bringen. In Zeiten zunehmender ökologischer Herausforderungen und wachsender sozialer Ungleichheiten ist es wichtiger denn je, nachhaltige Lösungen zu entwickeln, die ökonomische, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen berücksichtigen.

Mit der Fördermaßnahme Stadt-Land-Plus unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Städte und Gemeinden dabei, ein gemeinsames, klimaangepasstes und nachhaltiges Landmanagement zwischen Städten, städtischem Umland und ländlichen Räumen zu verwirklichen. Wir wollen mit innovativer Forschung unsere Regionen stärken und unter Berücksichtigung von Wertschöpfung und Ressourcenschutz zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land beitragen.

Seit 2018 erforschen und erproben in zwei Förderrunden insgesamt 22 Projekte in ganz Deutschland verschiedene Aspekte nachhaltiger Stadt-Land-Beziehungen. Bereits in einer ersten Publikation wurden die Erkenntnisse und Ergebnisse der ersten Förderrunde vorgestellt.

Die nun vorliegende Publikation ergänzt die erste Sammlung um die Ergebnisse der zehn weiteren Projekte, die seit 2020 gefördert werden. Gemeinsam bilden diese Projekte ein umfassendes Bild der Potenziale, die in der Kooperation zwischen städtischen und ländlichen Räumen liegen. Dabei wird besonders der Aspekt der Wertschöpfung hervorgehoben.

Der Begriff „Wertschöpfung“ ist in diesem Zusammenhang nicht nur ein abstraktes Schlagwort, sondern zeigt sich konkret in den Erkenntnissen der Fördermaßnahme. Das Zusammendenken von Landnutzung, Erzeugung und Vermarktung regionaler Produkte, die gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Produktionsmitteln und Dienstleistungen fördert effiziente Kooperationen und nachhaltige Wertschöpfungsketten in den Regionen. Entsprechende Konzepte wurden bereits in die Praxis umgesetzt und treiben so die Transformation in den Regionen voran.

Es freut mich, dass die Projekte ihre Ergebnisse der ersten und zweiten Publikation nun so aufbereitet haben, dass sie in ganz Deutschland in der Praxis des nachhaltigen Landmanagements zur Anwendung kommen können.

Ich danke daher dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dass er den Projekten erneut eine Plattform bietet und so den Transfer in die kommunale Praxis unterstützt. Denn die enge Zusammenarbeit mit Kommunen und Gemeinden, die als Partner in der Forschung und als Anwender der Ergebnisse eine zentrale Rolle einnehmen, bleibt weiterhin ein wesentlicher Erfolgsfaktor.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche und inspirierende Lektüre dieser Dokumentation.

Judith Pirscher
Bonn im Oktober 2024



*Prof. Dirk Messner,
Präsident des Umweltbundesamts*

VORWORT UMWELTBUNDESAMT

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Städte und Gemeinden sind angesichts des Klimawandels, des Verlustes der Biodiversität, des demografischen Wandels und angespannter Finanzlage zunehmend vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt. Städtisch und ländlich geprägte Räume müssen sich gleichermaßen diesen neuen Gegebenheiten und Herausforderungen anpassen und Vorsorge treffen. Der Klimawandel kann bereits Mitte des Jahrhunderts zu stärkeren Beeinträchtigungen unserer Lebensräume, natürlichen Ressourcen und Wirtschaftssysteme führen, als wir sie bereits jetzt erleben. Es ist positiv zu vermerken, dass die Dringlichkeit der Situation in Deutschland vielerorts erkannt wurde und in verschiedenen Bereichen der erforderliche Wandel begonnen hat. So sind die Anstrengungen für eine nachhaltige Energie- und Wärmewende oder die Anpassung an den Klimawandel deutlich sichtbar, auch gibt es merkbare Änderungen in der Mobilität und eine nachhaltige und multifunktionale Landnutzung gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Alle diese Herausforderungen können nur im Zusammenspiel von Stadt und Land gelöst werden, denn: Stadt braucht Land und Land braucht Stadt. Beide Räume sind eng miteinander verflochten und voneinander abhängig – sei es in den Bereichen Wasser und Klimaanpassung, Landwirtschaft und Ernährung, Energie und Wärme, Wohnen und Arbeiten, Bildung und Kultur oder Freizeit und Erholung. Deshalb widmet sich das Umweltbundesamt seit längerem der umweltschonenden Entwicklung von Stadt und Land und unterstützt vielfältige Aktivitäten zur Entwicklung nachhaltiger Stadt-Land-Partnerschaften, um die Vorteile beider Räume gegenseitig besser nutzbar zu machen und negative Auswirkungen zu reduzieren. Nennen möchte ich an dieser Stelle unsere Empfehlungen für die nachhaltige

Verflechtung von Wohnen, Arbeiten, Erholung und Mobilität in der „UMLANDSTADT umweltschonend“ aus dem Jahr 2021 sowie das Forschungsprojekt „Stadt und Land: Gleichwertige Lebensverhältnisse und nachhaltige Raumbeziehungen“, das auf die Stärkung von Umweltbelangen in der Debatte um gleichwertige Lebensverhältnisse zielt und ebenso wie die Fördermaßnahme Stadt-Land-Plus im aktuellen Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024 gewürdigt wird.

Vor diesem Hintergrund ist das Querschnittsvorhaben Stadt-Land-Plus, mit dem das Umweltbundesamt die gleichnamige Förderinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wissenschaftlich begleitet, für uns ein besonders wertvolles Projekt, weil es zur Stärkung des Austausches zwischen Stadt und Land, zwischen Wissenschaft und Praxis sowie zwischen Forschung und lokaler Umsetzung beiträgt.

Ich freue mich, dass nun zum zweiten Mal Ergebnisse aus den Stadt-Land-Plus-Projekten im Schulterschluss von Deutschem Städte- und Gemeindebund und Umweltbundesamt veröffentlicht werden. Im Fokus dieser Broschüre stehen praxistaugliche Ansätze für eine nachhaltige Landnutzung und einen sparsamen Umgang mit Flächen, für Ernährungssicherung und Inwertsetzung regionaler Produkte, für regionale Stoffkreisläufe sowie für die Verbesserung von freiraumbezogenen Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in Stadt und Land.

Ich danke allen Beteiligten sehr herzlich, die zur Erarbeitung dieser Broschüre beigetragen haben und wünsche allen Leserinnen und Lesern eine interessante und anregende Lektüre.

Prof. Dirk Messner
Dessau im Oktober 2024



GUTES LEBEN IN STADT UND LAND

Wertschöpfung und Ressourcenschutz zusammen denken

AUTORIN
Nadine Pannicke-Prochnow

Städte und Gemeinden sind zunehmend vielfältigen, komplexen Herausforderungen ausgesetzt: Der Klimawandel verursacht mit lokalen Extremwetterereignissen wie Starkregen, Hitze oder ausbleibendem Regen eine ganze Bandbreite von negativen Auswirkungen wie Zerstörung von Infrastruktur durch Überschwemmungen, sinkende Lebensqualität in Städten durch Hitzestress oder Ernteinbußen oder -ausfälle infolge von Dürre. Neben den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Klimawandelauswirkungen sind Städte und Gemeinden mit Fachkräftemangel, angespannter Finanzlage und zunehmendem Investitionsstau konfrontiert. Hinzu kommen regional spezifische Herausforderungen, welche viele Bereiche unseres Lebens in Stadt und Land beeinflussen: In Großstädten und strukturstarken Regionen sind der Mangel an verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum sowie die ausreichende Versorgung mit Grün- und Freiräumen drängende Themen. In ländlich geprägten, strukturschwächeren Regionen führt der demographische Wandel teilweise zur Überalterung der Bevölkerung, Fachkräftemangel und zunehmenden Schwierigkeiten in der Bereitstellung von

Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Weitere Unsicherheiten und Unwägbarkeiten, Engpässe und Abhängigkeiten, Vorgaben und Konflikte schränken die Möglichkeiten für die kommunale Entwicklung mancherorts weiter ein.

Dabei sind Kommunen die zentralen Akteure für die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort. Dafür braucht es jede einzelne Kommune. Dennoch: allein können Kommunen die anstehenden Herausforderungen oftmals nicht lösen. Eine gemeinsame Herangehensweise von Stadt und Land in einer regionalen Perspektive bietet oftmals mehr Möglichkeiten und größeren Spielraum für umfassende Lösungen. Wie das funktionieren kann, wird in dieser Dokumentation vorgestellt.

Neben raumübergreifenden Ansätzen, in denen städtische und ländliche Räume mit ihren jeweiligen Talenten und Defiziten zusammen betrachtet werden, bieten auch themenübergreifende Strategien wichtige Anknüpfungspunkte für eine nachhaltige regionale Entwicklung. Integrierte Ansätze, z. B. in den Handlungsfeldern Wohnen oder Ernährung, ermöglichen die Entwicklung umfassender kommunaler oder regionaler Strategien sowie Ansatzpunkte für Förderung und Steuerung. Wie die Herausforderungen für eine nachhaltige Landnutzung zwischen Wohnraumschaffung, Klimawandelanpassung und Daseinsvorsorge in Stadt und Land gemeinsam angepackt werden können, wird im Kapitel „Nachhaltiges Leben in Stadt und Land“ auf den Seiten 8 – 15 beschrieben.



Für eine nachhaltige regionale Entwicklung sollten zum einen Wertschöpfung und Ressourcenschutz langfristig zusammen gedacht werden. Zum anderen sollten Stadt und Land über die damit einhergehende Verknüpfung von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zusammen nachdenken und diese mithilfe fairer Stadt-Land-Partnerschaften voranbringen.

Indem bspw. Ernährung und Landwirtschaft als öffentliche Aufgabe definiert werden, können die Themenfelder Ernährung, Agrarentwicklung und räumliche Entwicklung besser miteinander verzahnt und abgestimmt werden. Wie das zu einer gesunden nachhaltigen regionalen Ernährung und der Reduzierung von Flächennutzungsänderungen zulasten von Agrarflächen beitragen kann, ist im Kapitel „Ernährungssicherung in Stadt und Land“ auf den Seiten 16 - 23 zu finden.

Die für eine nachhaltige regionale Entwicklung notwendigen Investitionen und Maßnahmen brauchen vor allem finanzielle Spielräume, personelle Kapazitäten und Know-how. Alle drei genannten Bedingungen sind alles andere als Selbstläufer – gebraucht werden neue Ideen und alternative Ansätze zum Weiter-wie-bisher. Dabei werden insbesondere auch Perspektiven für regionale Wertschöpfung, insbesondere mit Produkten aus regional anfallenden Roh-, Rest- und Sekundärrohstoffen benötigt, um zukünftig Beschäftigung und Gewerbesteuererinnahmen als wichtigste Einnahmequelle für Kommunen sicherzustellen. Potenziale für regionale Wertschöpfung und Kreislaufwirtschaft auf Basis von Holz, Kunststoffen und mineralischen Baustoffen – also Stofffraktionen, die in nahezu jeder Kommune anfallen - finden sich in Kapitel „Produkte und Stoffkreisläufe in Stadt und Land“ auf den Seiten 24-33.

Für eine nachhaltige Entwicklung sollten regionale Wertschöpfung und Nahversorgung mit nachhaltigen Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen auf ein regional verträgliches Maß erhöht werden. Das bedeutet, dass Wertschöpfung und Ressourcenschutz von vornherein zusammengebracht werden sollten: Auf regionaler bzw. kommunaler Ebene wird besonders deutlich, dass ein gutes und gesundes Leben für alle langfristig nur möglich ist, wenn regionale Ressourcen nur in dem Maße beansprucht werden, dass auch andere Wertschöpfungs- und Entwicklungsoptionen noch realisiert werden können. Ein Beispiel dafür sind regionale Auswirkungen wie Grundwasserspiegelabsenkungen durch lokale Eingriffe in den Wasserhaushalt. Dabei sollte die regionale Wertschöpfung zur Deckung des Bedarfs an gesunden Lebensmitteln, sauberem und ausreichendem Wasser sowie Energie und Produkten des Alltags frühzeitig und langfristig mit dem Schutz von Ökosystemleistungen, Natur und Landschaft vereinbart werden.

Die gleichzeitigen Nutzungs- und Schutzansprüche an natürliche Ressourcen und Umwelt in einer Region erzeugen nicht selten Zielkonflikte. Diese sollten über eine Wertschöpfung und Ressourcenschutz verknüpfende Perspektive reduziert werden, die alle Lebensbereiche des Menschen (z.B. Ernährung, Wohnen, Mobilität) und die zugehörigen gesellschaftlichen Sektoren und Politikfelder berücksichtigt. Empfehlungen, wie der Schutz von Ökosystemleistungen und Ressourcen auch in Gewerbe- und Logistikstandorten oder freiraumbezogenen Naherholungsangeboten integriert werden kann, sind in Kapitel „Arbeit, Freizeit und Erholung in Stadt und Land“ auf den Seiten 34 – 43 zu finden.

Eine nachhaltige regionale Entwicklung ist vor allem dann möglich, wenn sie sich an der Erhaltung von natürlichen Lebensgrundlagen und Gerechtigkeit orientiert. Für die Sicherung von natürlichen Ressourcen und Ökosystemleistungen ist die Einhaltung der planetaren Grenzen essentiell, um das Erdsystem stabil zu halten und weiterhin zu befähigen, das Leben von Menschen und anderen Lebewesen zu unterstützen. Der Aspekt Gerechtigkeit bezieht soziopolitische Standards mit ein, die sicherstellen sollen, dass die den Menschen zur Verfügung stehenden Lebensgrundlagen jetzt und in Zukunft gerecht genutzt werden und Mängel und Veränderungen nicht ungleich verteilt sind. Die sozialen Standards bilden gemeinsam mit den planetaren Grenzen die Leitplanken für langfristigen Wohlstand im Gleichgewicht und eine nachhaltige Entwicklung auf regionaler sowie globaler Ebene.

Dafür ist es erforderlich, dass Wertschöpfung und Ressourcenschutz frühzeitig und langfristig zusammengedacht werden – und das gemeinsam von Akteur:innen in städtischen und ländlich geprägten Räumen. Wie die Ideen und Ansätze für eine nachhaltige Regionalentwicklung aus der Stadt-Land-Plus-Forschung in die praktische Umsetzung gebracht werden können, wird im Ausblick auf den Seiten 44 – 58 anhand verschiedener Aktivitäten und Produkte, wie bspw. Stadt-Land-Schulungsmodul, Online-Handbuch oder Podcast, vorgestellt. Darüber hinaus werden in einer Reformagenda und in Empfehlungen zur Überwindung von rechtlichen Hürden für nachhaltige Stadt-Land-Partnerschaften übergreifende Vorschläge formuliert, die die Umsetzung von neuen Lösungen aus den Stadt-Land-Plus-Projekten unterstützen können.



Nachhaltiges Leben in Stadt und Land

AUTORINNEN

Veronika Jorch und Nadine Pannicke-Prochnow

Stadt und Land sind eng verbunden über zahlreiche Verflechtungen, z. B. wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Form. Aber sie sind in erster Linie auch über die Flächen verbunden, die beides räumlich zu einer Region werden lassen. In den letzten Jahren hat der Druck auf diese Flächen in Stadt und Land zugenommen. Insbesondere in stark prosperierenden Regionen, in die es Menschen auf der Suche nach Arbeit, Wohnraum und Lebenssicherung zieht. Während in der Vergangenheit meist die Städte oder das direkte Stadtumland mehr Menschen angezogen haben, ist aktuell zu merken, dass es auch immer mehr Menschen in ländliche Regionen zieht, solange die Anbindung im Verhältnis steht.

Egal wo Menschen wohnen und leben wollen - das Flächenangebot in der Stadt, aber auch auf dem Land, wird zunehmend knapper, die Nutzungskonkurrenzen steigen. Die Ressource Land/Fläche ist nicht vermehrbar.

Vorhandene Gebäude und Flächen zu nutzen, ist da nur eine logische Konsequenz – sei es aus wirtschaftlichen, ökologischen oder sozialen Gründen.

Gleichzeitig hat Land/Fläche diverse Funktionen: als Naturraum für Biodiversität, Klimaschutz und Wasserschutz, sie dient der Erholung und der Freizeit oder ist Grund für den Anbau von Pflanzen und die Zucht von Tieren für unsere Lebensmittel. Für ein nachhaltiges Leben in Stadt und Land müssen all diese Funktionen für die dort lebenden Menschen ausreichend vorhanden sein und erhalten bleiben. Deshalb hat sich die deutsche Bundesregierung zum Ziel gesetzt, bis 2030 die Umwandlung von Flächen auf unter 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Sieht man die immer noch hohe Flächenneuinanspruchnahme von 52 Hektar pro Tag wird klar, dass dieses Ziel notwendig ist, jedoch mit aktuellen Prämissen und Rahmenbedingungen nur schwer erreicht werden wird.



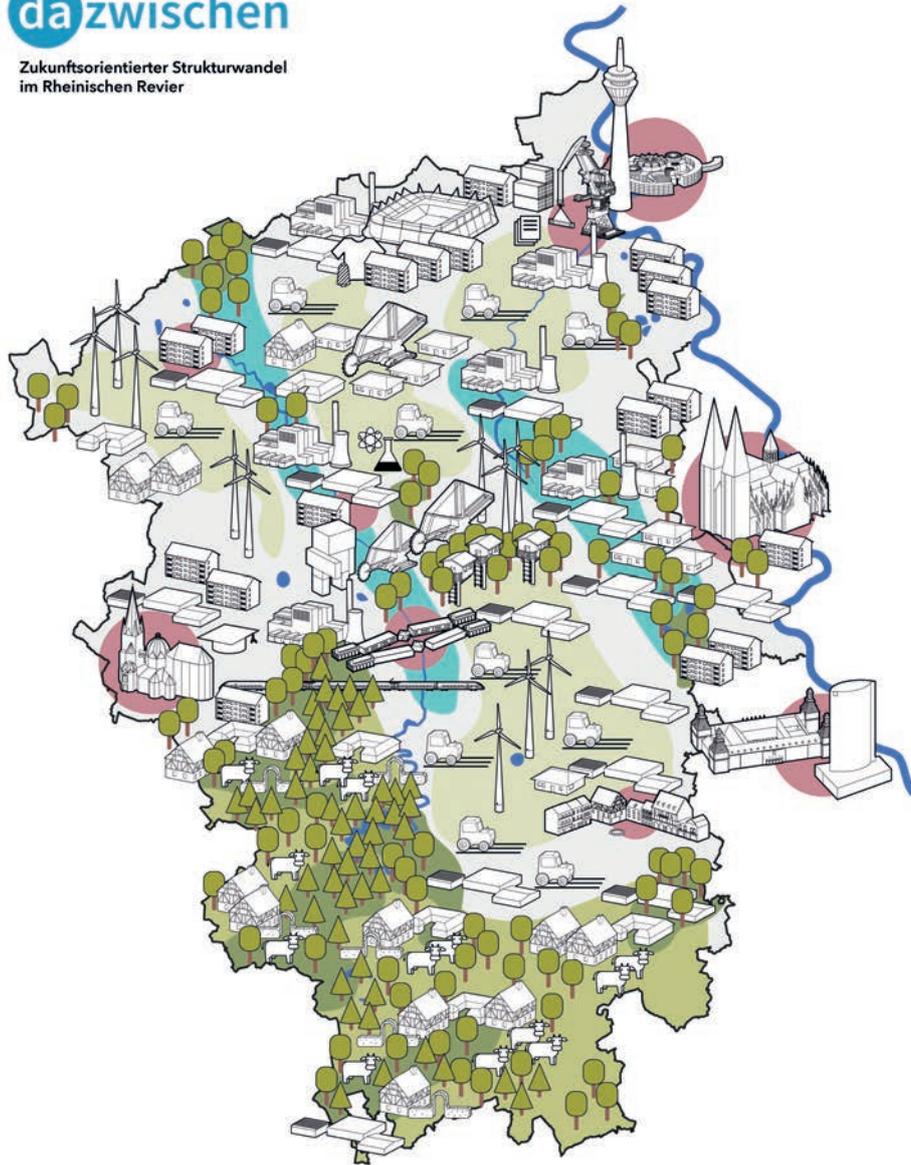
Um allen Bedürfnissen des menschlichen Lebens gerecht zu werden, müssen Stadt und Land in Dialog treten. Dabei sind Menschen am zufriedensten, wenn sie die Vorteile von Stadt und Land gleichermaßen nutzen können. Eine strategische und abgestimmte Planung unter Einbeziehung verschiedener, auch neuer Konzepte für die Art und Weise, wie Menschen wohnen, arbeiten, leben oder sich ernähren wollen, sowie Innenentwicklung und die Mehrfachnutzung von Flächen erweisen sich dabei als vielversprechende Ansätze.

In der Dialogfassung zur Neuauflage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2024 werden Innenentwicklung und die Mehrfachnutzung von Flächen in nutzungsgemischten Siedlungsstrukturen als vielversprechende Ansätze für nachhaltiges Bauen und nachhaltige Mobilität betont. Auch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sehen den Schutz von Leben an Land und damit auch der Fläche und dem Boden als zentral an.

Der stetige Wandel und immer wieder neue und regional sehr diverse Bedarfe in Stadt und Land machen es schwierig, one-fit's for all Lösungen im nachhaltigen Umgang mit Fläche und Flächenfunktionen zu finden. Der Klimawandel macht Anpassungen an die Flächennutzung genauso notwendig, wie neue Konzepte für die Art und Weise, wie Menschen wohnen, arbeiten, leben oder sich ernähren wollen.

Im folgenden Kapitel geht es um zwei Regionen, die besonders starken Druck auf ihre Flächen spüren und vom Wandel betroffen sind. Sie versuchen, die daraus entstehenden Anforderungen als Chance für eine Nachhaltigkeitstransformation zu nutzen. Das Projekt DAZWISCHEN hat in der Strukturwandelregion im Rheinischen Revier nach Möglichkeiten für eine nachhaltige Landnutzung nach der Braunkohle gesucht. Das Projekt SUSTIL sucht Ansätze, damit sich Lüneburg und die Umlandgemeinden gemeinsam neuen Herausforderungen in der Landnutzung stellen.

In der ersten Stadt-Land-Plus Dokumentation ging es mit Ansätzen aus den Projekten ReGerecht, NACHWUCHS und RAMONA schon einmal um neue Wege der Landnutzung und mit Ansätzen aus den Projekten NEILA, Interko2, Stadt-LandNavi und Prosper-Ro um regional abgestimmtes Siedlungsmanagement.



DAZWISCHEN Nachhaltigkeitstransformation im Strukturwandel

AUTOREN

Felix Othmer, Dennis Becker, Stefan Greiving

Hintergrund

Das Rheinische Revier steht durch den Kohleausstieg weiterhin vor umfassenden raumstrukturellen und landschaftlichen Restrukturierungsprozessen, die ein nachhaltiges Landmanagement erfordern. Über den

Strukturwandel hinaus wirken weitere äußere Entwicklungen, wie beispielsweise der Siedlungsdruck in der sogenannten Rheinschiene, auf das Rheinische Revier. Vor dem Hintergrund dieser Strukturveränderungen erscheint es notwendig - gemeinsam mit den Akteur:innen in der Region - eine Systematisierung von Raumanforderungen, Raumtalenten und Raumwiderständen vorzunehmen. Hier setzt das Projekt DAZWISCHEN an und fördert im Rahmen eines Reallabors die regionale Zusammenarbeit. Die regionalen Transformationsprozesse gilt es dabei in Einklang mit zukunftsfähigen Siedlungs-, Mobilitäts-, und Freiraumstrukturen oder der Sicherung der Daseinsvorsorge zu bringen. Dazu wurde in einer vertikalen Struktur auf Ebene des Rheinischen Reviers und in den Teilräumen Kreis Euskirchen und Stadt Düren ein interdisziplinärer Prozess initiiert, der Wissenschaft, Kommunen, Wirtschaft, Politik und interessierte Bürger:innen zusammenbringt.

Zentrales Ziel ist die Verbesserung der gemeinsamen Informations- und wissensbasierten Entscheidungsgrundlagen, um damit eine reflektierte, nachhaltige Entwicklung des Rheinischen Reviers und seiner Teilräume zu ermöglichen.

Rauminformationssystem (RIS) für das Rheinische Revier

Für das Rheinische Revier wurde ein modular aufgebautes multihierarchisches Rauminformationssystem (RIS) entwickelt, das als Instrument der Informationsbereitstellung für Planungs- und Entwicklungsvorhaben in der Region dienen soll. Grundlage des Rauminformationssystems ist eine umfassende Analyse von über 100 Indikatoren, die gegenwärtige und zukünftige Strukturveränderungen in den fünf Handlungsfeldern Siedlung, Freiraum, Mobilität, Klima und Daseinsvorsorge untersucht hat. Diese Datensammlung und verbesserte Wissensgrundlage soll dazu genutzt werden, adaptive Lösungen zur Reduzierung von Landnutzungskonkurrenzen und ein nachhaltiges Landmanagement zu entwickeln. Das RIS wird als onlinebasierter Geodatendienst mit einheitlichem Raumbezug und kartographischer Ausgabe bei der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) in einen Dauerbetrieb überführt.

Das Rauminformationssystem (RIS) kann hier eingesehen werden:
ris.rheinisches-revier.de



Handlungsstrategien für den Kreis Euskirchen und die Stadt Düren

Für die Teilräume Kreis Euskirchen und Stadt Düren sind zunächst sogenannte Entwicklungsprofile erarbeitet worden, die zentrale Analyseergebnisse in konkrete Ziele und Handlungsempfehlungen für abgestimmte teilräumliche Entwicklungsstrategien überführen. Inhaltlich zeigen die Entwicklungsprofile die Chancen und Begabungen in den Betrachtungsräumen Kreis Euskirchen und Stadt Düren auf, verknüpfen diese mit bestehenden Leitbildern und Strategien, laufenden kommunalen Planungs- und Entwicklungsprozessen und überführen diese in mögliche zukünftige Wege. Auf Basis der Entwicklungsprofile wurden anschließend teilregionale Handlungsstrategien für den Kreis Euskirchen und die Stadt Düren mit Pilotprojekten abgeleitet. In Euskirchen ist die Strategie zur nachhaltigen Kreisentwicklung (Nachhaltigkeitsstrategie) zentraler Ausgangspunkt und Pilotprojekte sind dann spezifisch in den Bereichen Energiestrategie (kommunale Wärmeplanung, multifunktionale Energielandschaft) und Blau-Grüne Infrastruktur (Biodiversitätsstrategie und nachhaltiges Wassermanagement) umgesetzt worden. In der Stadt Düren setzt die teilregionale Handlungsstrategie an der

Neuaufstellung des Flächennutzungsplans an. In Verbindung mit der parallel stattgefundenen Erarbeitung einer Baulandstrategie wurden ergänzend zu beiden Prozessen Potentialflächen der Innenentwicklung identifiziert und untersucht, um Flächennutzungskonkurrenzen zu verringern. Im Ergebnis schließt die Innenentwicklungsstrategie die Kulisse der Flächenplanung in der Stadt Düren ab.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- ✗ Der Strukturwandel und damit verbundene Transformationsprozesse erfordern strategisches Handeln und die Einbeziehung verschiedener Akteur:innen im Sinne einer sogenannten „Just Transition“ (gerechter Wandel).
- ✗ Eine multihierarchische Betrachtungsweise relevanter Handlungsfelder in einem transdisziplinären Reallabor ermöglicht einen wechselseitigen Erkenntnisgewinn zwischen Wissenschaft und Praxis.
- ✗ Umso notwendiger ist eine solche Betrachtung vor dem Hintergrund fehlender gemeinsamer administrativer Grenzen des Rheinischen Reviers und die damit verbundene Notwendigkeit einer interkommunalen Zusammenarbeit.
- ✗ Eine gemeinsame Informations- und Wissensgrundlage ist für einen erfolgreichen Transformationsprozess essenziell.
- ✗ Im Rahmen regionaler Entwicklungsstrategien ist ein Lasten- und Nutzensausgleich zwischen ländlichen und städtischen Räumen zu diskutieren, da vom eher ländlich geprägten Süden des Rheinischen Reviers Ökosystemdienstleistungen für die städtischen Kerngebiete erbracht werden.
- ✗ Die Transformation zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Region erfordert in besonderem Maße grenzüberschreitende Kooperationen, da Folgen des Strukturwandels, aber auch gesellschaftliche oder klimatische Veränderungen, nicht an administrativen Grenzen haltmachen.

INFORMATIONEN

DAZWISCHEN – Zukunftsorientierter Strukturwandel im Rheinischen Revier

Projektbeteiligte:

TU Dortmund; RWTH Aachen; infas GmbH; Kreis Euskirchen; Stadt Düren; ZRR GmbH (assoziierte Partnerin)

Laufzeit: 2020-2023 (1. Phase), 2023-2025 (2. Phase)

Bundesland: Nordrhein-Westfalen

Internetseite: dazwischen.tu-dortmund.de

Förderkennzeichen: 033L217





Lüneburg ist beliebt – die Auswirkungen auf die Landnutzung in Stadt und Region sind vielfältig.

Nachhaltige Landnutzung – den Wandel in Stadt und Landkreis gemeinsam gestalten

AUTORIN
Vanessa Subke

Ausgangslage in der Projektregion

Der Landkreis Lüneburg hat rund 177.000 Einwohner:innen, von denen knapp 73.000 (41 Prozent) in der Hansestadt Lüneburg leben. Die Bevölkerung der Hansestadt ist in den letzten 10 Jahren um knapp 10 Prozent gewachsen. Lüneburg ist damit eine der wenigen noch wachsenden Städte in Niedersachsen. Die steigenden Einwohner:innenzahlen führen zu einer großen Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die sich auch in den umliegenden Gemeinden bemerkbar macht.

Durch den wachsenden Bedarf an Wohnraum erhöht sich der Druck auf verbleibende Flächen. Hierdurch werden zum einen die ohnehin bereits bestehenden Flächennutzungskonkurrenzen (u. a. Landwirtschaft, Naherholung, Verkehr) weiter verstärkt. Zum anderen soll laut Deutscher Nachhaltigkeitsstrategie die tägliche Neuinanspruchnahme von Flächen von aktuell bundesweit rund 52 Hektar bis 2030 auf unter 30 Hektar und bis 2050 auf netto null reduziert werden (vgl. Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2021).

Um verantwortungsbewusst mit Fläche umgehen zu können, ist es notwendig, dass die hauptsächlich an Landnutzung beteiligten Akteur:innen die unterschiedlichen Ansprüche an diese begrenzte Ressource erkennen und sich zudem auf verbindliche Nachhaltigkeitsindikatoren für die Nutzung einigen. Das Projekt SUSTIL hat in einem transdisziplinären und regionalen Ansatz Wissenschaftler:innen und Partner:innen aus der Praxis, welche die verschiedenen Anspruchsgruppen im Land-

kreis Lüneburg repräsentieren, zusammen gebracht. Als Indikatoren zur Nachhaltigkeitsbewertung von Landnutzung dienen dem Projekt die „Ziele für nachhaltige Entwicklung“ der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals).

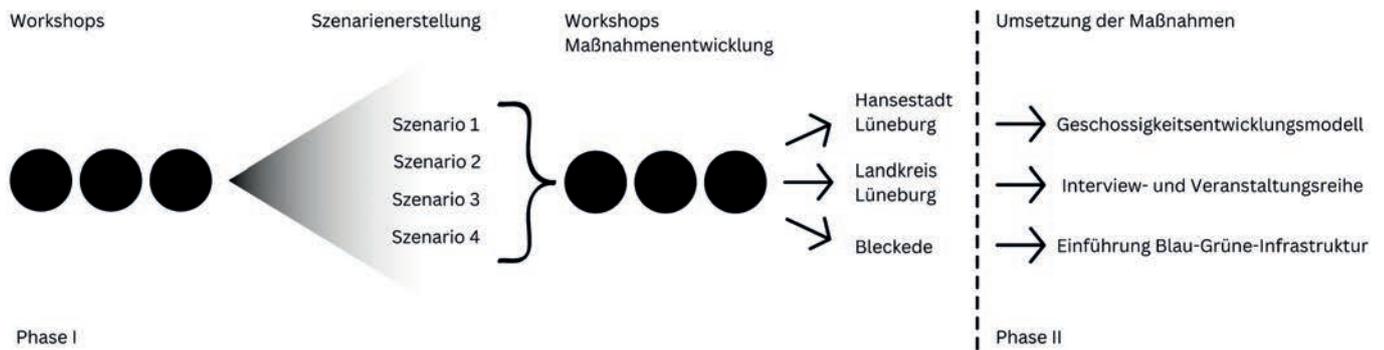
Entwicklung von Szenarien und Maßnahmen

Auf Grund ihrer unterschiedlichen Tätigkeitsfelder sprechen die Projektpartner:innen unterschiedliche Fachsprachen. Auch die verfolgten Ziele in Bezug auf Landnutzung unterscheiden sich mitunter stark. Um zunächst ein gemeinsames Nachhaltigkeitsverständnis für die Arbeit zum Thema nachhaltiger Landnutzung zu erreichen, erarbeiteten die Projektbeteiligten in Phase I des Projekts daher vier Szenarien, die unterschiedliche Entwicklungspfade nachhaltiger Landnutzung im Landkreis Lüneburg darstellen. Diese Szenarien bildeten die Grundlage für die gemeinsame Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Umsetzung in Phase II.

Umsetzung der Maßnahmen

Potenziale ausloten

Die für Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Flächen in der Hansestadt Lüneburg sind begrenzt, die Ansprüche an verbleibende Flächen vielfältig. Die Hansestadt benötigt daher alternative Ansätze zur Ausweisung von Neubaugebieten, um den Wohnbaubedarf zu decken. Im Fokus der für die Hansestadt entwickelten Maßnahme steht die Untersuchung von Flächenpotenzialen im Bestand. In einem so genannten Geschossigkeitsentwicklungsmodell wurden mithilfe von GIS-Daten Aufstockungspotenziale bestehender Wohngebäude untersucht. Die Festsetzungen bestehender Bebauungspläne beziehungsweise die Anpassung an die nähere Umgebung nach §34 BauGB wurden dabei mit den tatsächlichen Gebäudehöhen verglichen. In einem gemeinschaftlich mit der Leuphana Universität und der Stadtverwaltung entwickelten GIS-Tool



Projekttablauf SUSTIL

können nun Karten mit Aufstockungspotenzialen erstellt werden. Hierdurch ergibt sich die Möglichkeit, Innenentwicklungspotenziale für die gesamte Stadt abzuschätzen.

Bewusstsein schaffen

Die kommunalen Erfahrungen mit dem Thema Innenentwicklung unterscheiden sich im Landkreis Lüneburg teils beträchtlich. Während die zentrumsnahen Gemeinden zum Teil verstärkt Innenentwicklungen durchführen, kommt dieses Instrument in den peripher gelegenen Gemeinden selten zum Einsatz. Die Maßnahme für den Landkreis zielte daher darauf ab, in allen Gemeinden des Landkreises gleichermaßen ein Bewusstsein für den nachhaltigen Umgang mit Fläche zu schaffen. Hierzu wurden in einem ersten Schritt alle Hauptverwaltungsbeamt:innen (HVBs) im Landkreis kontaktiert und zu Entwicklungen und Erfahrungen im Themenfeld Innenentwicklung befragt.

Aus den gewonnenen Erkenntnissen wurde eine Veranstaltungsreihe „Innenentwicklung“ konzipiert. In einer internen und zwei öffentlichen Veranstaltungen diskutierten Expert:innen, Gäste aus Politik und Verwaltung sowie interessierte Bürger:innen die Themen „Leerstandskataster“, „Ortskernentwicklung“ und „Flächenknappheit“.

Verstetigung erreichen

Die Stadt Bleckede ist für die Herausforderungen des Klimawandels durch die Lage an der Elbe mit in den letzten Jahren vermehrt aufgetretenen kleinräumigen Überflutungen, ausgelöst durch Stark- oder Dauerregen, und die Zunahme von - in der Kernstadt besonders spürbaren - Hitzetagen in besonderer Weise vulnerabel. Der Schwerpunkt der Maßnahme für Bleckede lag daher auf einer Bestandsaufnahme der wesentlichen Einflussfaktoren (u. a. klimatische Einflüsse, bauliche Gegebenheiten) als Grundlage für eine nachhaltig ausgerichtete Nutzung verfügbarer Flächen. In Zusammenarbeit mit der Stadt Bleckede konnten Konzepte zur Einführung einer Blau-Grünen-

Infrastruktur sowie eines Klimaanpassungsmanagements entwickelt werden. Der Landkreis Lüneburg unterstützt Bleckede aktuell bereits bei der Einwerbung von Fördermitteln zur Umsetzung der erstellten Konzepte.

Schlussfolgerungen

Nachhaltige Landnutzung ist insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden klimatischen Veränderungen eine dringende und komplexe Herausforderung. Das Projekt SUSTIL hat gezeigt, dass ein gemeinsames Verständnis unterschiedlicher Nutzenden(gruppen), die Zusammenarbeit über Fach- und administrative Grenzen hinweg sowie die Einigung auf ein übergreifendes Bewertungssystem dabei helfen können, die Herausforderungen gemeinsam anzugehen und zukünftig besser zu bewältigen.

INFORMATIONEN

SUSTIL – Szenarien zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Stadt und Landkreis Lüneburg: Implikationen für die Steuerung von Landnutzung

Projektbeteiligte:

Leuphana Universität Lüneburg, Hansestadt Lüneburg, Landkreis Lüneburg, BUND Elbe-Heide, Bauernverband Nordostniedersachsen e.V., Handwerkskammer Braunschweig-Lüneburg-Stade, Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfburg, Lüneburger Wohnungsbau GmbH

Laufzeit: 01.02.2020 – 31.01.2025

Bundesland: Niedersachsen

Internetseiten:

landkreis-lueneburg.de/ueber-den-landkreis-sustil.web.leuphana.de

Ansprechpartnerinnen: Pia Wiebe (Hansestadt Lüneburg), Janna Hoveida (Landkreis Lüneburg)

Förderkennzeichen: 033L222A





Projektvorstellung im Rahmen der Stadt-Land-Plus Statuskonferenz 2022.

Flächennutzungskonflikte in Strukturwandelregionen

Wie sind Sie mit Stadt-Land-Plus verbunden? Was war Ihre Motivation bei SLP mitzumachen?

Als direkter Tagebauanrainer sind wir vom Strukturwandel besonders stark betroffen. Daher war es für uns von vornerein sehr spannend und hilfreich, sich an einem Forschungsprojekt zu beteiligen, welches sich eben genau dieser Thematik widmet. Die Verbundenheit zu Stadt-Land-Plus zeichnet sich in erster Linie durch den Austausch mit den anderen Projekten aus, die interessante Einblicke in anderweitige Themenfelder bietet.

Welche Konflikte hinsichtlich der Flächennutzung sind im Zuge des Strukturwandels in Ihrer Region besonderes relevant?

Hier ist u. a. der Konflikt zwischen einem sparsamen Umgang mit Fläche und dringend benötigten Gewerbeflächen zu nennen. Düren ist eine Industriestadt mit einer langen Tradition in der Papierherstellung. Dieser besonders energieintensive Industriezweig hat die Stadt über Jahrhunderte geprägt und zeichnet sich auch heute noch für eine Vielzahl an Arbeitsplätzen in der Stadt verantwortlich. Im Zuge des Ausstiegs aus der Kohleverstromung wird auf diese Industrie eine große Veränderung zukommen, welche aus unserer Sicht nur durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Gewerbesektor aufgefangen werden kann. Hier gilt es, das rich-

Interview mit Niels-Christian Schaffert,
Technischer Beigeordneter der Stadt Düren (DAZWISCHEN)

Die Stadt Düren ist seit Beginn 2020 Teil des Forschungsprojekts „DAZWISCHEN – Zukunftsorientierter Strukturwandel im Rheinischen Revier“. Als zentral gelegener Tagebauanrainer ist die Mittelstadt ein wichtiger Wirtschafts- und Industriestandort in der Region. Niels-Christian Schaffert, geboren 1969 in Dortmund, ist seit 2019 der technische Beigeordnete der Stadt Düren. Zuvor war er bereits Dezernent bzw. Beigeordneter in Radevormwald und Bergheim sowie Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen in Aachen.

tige Mittelmaß zwischen Flächenschutz und (notwendiger) Neuentwicklung zu finden.

Wie werden die Nutzungskonflikte in den verschiedenen Teilregionen des Rheinischen Reviers gelöst? Gibt es regional differenzierte Schwerpunkte und wie werden diese umgesetzt?

Regionale Unterschiede sind selbstverständlich durch die Lage im Rheinischen Revier und die wirtschaftlichen Schwerpunkte in den einzelnen Kommunen vorhanden. Die direkten Tagebauanrainer können sich im Zuge der entstehenden Seenlandschaft beispielsweise verstärkt auf den Tourismus konzentrieren, was im Gegenzug aber eben auch bedeutet, gewisse Wirtschaftszweige sehr genau „unter die Lupe zu nehmen“. Ein Gewerbegebiet mit großen Hallen passt städtebaulich nun mal nicht in das Bild einer idyllischen Seenlandschaft.

Wie wird im Rheinischen Revier versucht, die Besonderheiten verschiedener Teilräume in die Strukturpolitik einzubringen? Wie wird versucht, die Strukturpolitik besser mit planerischen Vorgaben zu verknüpfen?

Die Anrainerkommunen sind untereinander eng vernetzt (und verbunden), weswegen eine Vielzahl an positiven Verän-

derungen und politische Forderungen von den betroffenen Kommunen selbst in die Landesregierung getragen werden. Als Beispiel wären hier die Anrainerkonferenzen zu nennen.

Inwiefern werden regionale Strategien oder Ziele genutzt, um mit einem ganzheitlichen Blick die Nutzungskonflikte zu lösen? Gibt es Ansätze, die Flächennutzungen so miteinander zu kombinieren, dass sie sich sinnvoll ergänzen oder ihre Wechselwirkungen gegenseitige Vorteile erzeugen können?

Aktuell stellen wir in Düren den Flächennutzungsplan neu auf. Dieser Prozess ist seit Projektbeginn auch der richtunggebende Leitrahmen, welcher sich konstant durch das Projekt zieht. Jedoch ist ein Flächennutzungsplan nur bedingt geeignet, um Nutzungskonflikte zu lösen, da durch ihn immer konkrete Entscheidungen zugunsten einer bestimmten Flächennutzung getroffen werden. Daher hat sich die Stadt Düren im Jahr 2022 auf den Weg gemacht, eine Baulandstrategie zu erarbeiten. Hierbei konnten wir ebenfalls auf das Know-how der beteiligten Forschungseinrichtungen zurückgreifen, die uns tatkräftig bei diesem für Düren neuen Ansatz der Wohnraumentwicklung unterstützt haben. Mithilfe der Baulandstrategie hoffen wir die Stadt in die Lage versetzen zu können, die Entstehung neuer Wohngebiete besser steuern zu können und zeitgleich unsere eigenen stadtpolitischen Ziele konkret umsetzen zu können. Auf diese Weise soll die wertvollen Flächenressourcen möglichst effizient und nachhaltig genutzt werden.

Inwiefern hat sich der Blick auf die Gestaltung und Nutzung der Bergbaufolgelandschaft durch das Projekt DAZWISCHEN in der Region verändert?

Durch das Forschungsprojekt wurde der Blick auf die Bergbaufolgelandschaft deutlich stärker ausdifferenziert. Die Thematik wird in Düren in eigenen Arbeitsgruppen bzw. in Kooperation mit den anderen Anrainern bearbeitet. Beim Thema Strukturwandel ging es meist um den Erhalt von Arbeitsplätzen bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze als Kompensationsmaßnahme. Durch das Forschungsprojekt wurde Politik und Verwaltung noch einmal mit Nach-

druck verdeutlicht, dass wir uns darüber hinaus aber eben auch verstärkt mit dem Thema der Wohnraumentwicklung, insbesondere der Innenentwicklung beschäftigen müssen. Daher kann man sagen, dass sich der Fokus der Stadt Düren im Hinblick auf den Strukturwandel vielleicht nicht direkt verschoben, aber zumindest erweitert hat.

Was ist für Sie die spannendste Erkenntnis aus dem Projekt DAZWISCHEN?

Aus unserer Sicht sind dies die zusätzlichen Analyseergebnisse, welche wir im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans durch das Projekt generieren konnten. Die wissenschaftlichen Auswertungen der Hochschulpartner haben uns viele neue Informationen gebracht, welche wir für eine umfangreiche Flächenabwägung heranziehen konnten. Auf diese Weise waren wir in der Lage, die Nutzungskonflikte, welche bei so einem Prozess zwangsläufig entstehen, bestmöglich zu adressieren und in Teilen aufzulösen.

Was möchten Sie unseren Leser:innen noch mitgeben?

Nutzen sie als kommunale Verwaltung die Möglichkeit, sich bei Forschungsprojekten zu beteiligen. Die Zusammenarbeit mit der Forschung eröffnet neue Blickwinkel und führt, zumindest in unserem Fall, zu deutlichen Erkenntnisgewinnen, welche wir sonst womöglich nicht erlangt hätten.



Workshop zur Herleitung der teilregionalen Handlungsstrategie.



Ernährungssicherung in Stadt und Land

AUTOR:INNEN

Uwe Ferber, Veronika Jorch, Nadine Pannicke-Prochnow

Verbraucher:innen legen zunehmend Wert auf regionale Ernährung und Landwirtschaft und unterstützen vielerorts Initiativen für eine stärker regional orientierte Lebensmittelversorgung. Auch in unseren Kommunen erlangt das Handlungsfeld Ernährung zunehmende Aufmerksamkeit. Dabei ist regionale Ernährung nicht per se nachhaltiger – in Verbindung mit mehr Saisonalität und ökologischer Bewirtschaftung sowie weniger Tierprodukten bietet sie aber Chancen für die Förderung einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Ernährung sowie von entsprechenden Wertschöpfungsketten und kommunaler Entwicklung. Ein Anbau, der an regionale Gegebenheiten, wie zum Beispiel das lokale Klima, Bodenwerte und Topografie, angepasst ist, kann den Selbstversorgungsgrad einer Region, insbesondere mit frischen Lebensmitteln wie Salat, Obst und Gemüse, erhöhen und in Kombination mit überregionalen Angeboten die Ernährungssicherung unterstützen.

Die Stadt-Land-Plus-Projekte KOPOS und OLGA haben ihren Blick auf die Chancen und Hemmnisse regionaler Lebensmittelversorgung gerichtet. Das Projekt KOPOS betont den Zugang zu Fläche als einen zentralen Faktor für das Gelingen von regionaler Landwirtschaft, denn nur mit ausreichend landwirtschaftlicher Fläche mit hinreichender Bodenfruchtbarkeit in den Regionen kann ein regionaler Anbau überhaupt sichergestellt werden. Im Projekt wurden Ansätze für die Sicherung von Agrarland, Vergabekriterien für landwirtschaftliche Flächen nach Nachhaltigkeitskriterien sowie regionale Verwertungsketten in Berlin-Brandenburg und Freiburg erarbeitet.

Potenziale für neue regionale Wertschöpfungsketten und Kooperationen sowie daraus resultierende regionale wirtschaftliche Mehrwerte werden auch im Projekt OLGA aufgezeigt. Die Platzierung neuer Produkte, die in der Region angebaut und verarbeitet, entwickelt und



Lebensmittelwertschöpfungsketten sind wahrscheinlich die unmittelbar greifbarste Verbindung zwischen ländlichen und städtischen Räumen: Von Äckern und Weiden über verschiedene Verarbeitungsstationen bis hin zum Verkauf auf Märkten, in Geschäften oder der Gastronomie. Diese Wertschöpfung ist komplex und benötigt sowohl Flächen als auch zuverlässige Strukturen für Verarbeitung, Logistik und Vermarktung.

vertrieben werden, wird am Beispiel von Falafeln aus heimischen Linsen in Dresden und Umland beschrieben.

Bereits in der ersten Stadt-Land-Plus-Dokumentation haben drei weitere Stadt-Land-Plus-Projekte Potenziale für regionale Wertschöpfungsketten und nachhaltige Landnutzung beschrieben. Das Projekt WERTvoll zeigte Wege auf, regionale Wertschöpfungsketten für die Außer-Haus-Verpflegung aufzubauen oder gleichzeitig mehrere Nutzen auf einer landwirtschaftlichen Fläche zu schaffen, indem auf einer Fläche Wasserschutz, Agrarholzanbau und Nahrungsmittelproduktion kombiniert wurden. Bewusstseinsbildung für die über die regionalen Lebensmittel hinausgehenden Mehrwerte regionaler Landwirtschaft und ihre besondere Bedeutung für die Kulturlandschaft hat das Projekt ReProLa der Metropolregion Nürnberg thematisiert. Zugleich haben sie Ansätze für den besseren Schutz von landwirtschaftlichen Flächen entwickelt und in der Landesentwicklungsplanung verankert.

Im Projekt VoCo stand die dauerhafte Vernetzung regional produzierender, verarbeitender und vermarktender Akteur:innen im Vordergrund. Anders als in der Metropolregion Nürnberg, wo regionale Landwirtschaft und Ernährung, auch historisch bedingt, bereits eine breite Basis und einen gewissen Bekanntheitsgrad hat, stand dies in der Region Vorpommern, dem Projektgebiet von VoCo, noch am Anfang und wurde auch durch modellhafte Öffentlich-

keitsarbeit, Vertriebsoptionen und Lern- und Erlebnisangebote begleitet.

Mit Blick auf die Ergebnisse aller Stadt-Land-Plus Forschungsergebnisse zeigt sich, dass neue regionale Produkte nicht nur zu einer nachhaltigen und gesunden Ernährungssicherung beitragen können, sondern auch zur Wiederbelebung oder dem Erschließen neuer Märkte, Handels- und Versorgungsbeziehungen. Regionale Landwirtschaft und Verarbeitung können Arbeitsplätze in der Region schaffen oder erhalten und Einnahmen für die kommunalen Kassen ermöglichen. Durch die Sichtbarkeit dieser Mehrwerte besteht auch berechtigte Hoffnung, dass Agrarflächen regional erhalten bleiben und nicht zulasten von Siedlungs- und Verkehrsfläche weichen müssen.

Mit integrierten Ernährungsstrategien und -konzepten können Kommunen die Ressourcen vor Ort wieder stärker in die Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben einbeziehen, wie beispielsweise die Essensversorgung in Krankenhäusern, Pflegeheimen, Kitas, Schulen oder Kantinen und anderen Angeboten der Außerhausverpflegung. Gleichzeitig können Kommunen so Mehrwerte für die Bevölkerung schaffen und durch Aufbau und Förderung regionaler Wirtschaftsbeziehungen und Finanzströme positiv auf die eigene Entwicklung einwirken.



Landwirtschaftliche Nutzung in urbanem Kontext

Landvergabe im Wandel: Chancen für ökologische Landwirtschaft in Kommunen

AUTOR:INNEN

Sebastian Rogga, Annabella Jakab und Willi Lehnert

Immer mehr deutsche Städte und Kommunen (S&K) sowie auch der Bund entdecken das Politikfeld „Ernährung“ für sich. Die Ernährungsstrategie der Bundesregierung betont, dass Ernährungspolitik über die grundlegende Ernährungssicherung hinausgeht und auch die Förderung einer gesundheitsfördernden und nachhaltigen Ernährung sowie von entsprechenden Wertschöpfungsketten umfasst. Eine Reihe von ernährungspolitischen Zielen ist an eine Steigerung der Produktion und des Konsums regionaler Lebensmittel gekoppelt.

Für regional-nachhaltige Ernährungssysteme, die diese Lebensmittel fördern, ist die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Flächen in der Region notwendig. Dieser „Zugang zu Land“ wird jedoch für viele Landwirt:innen zunehmend zum Problem. Land ist im Zuge gestiegener Flächenansprüche (z. B. für Wohnraum, Infrastruktur u. a.)

und als interessantes Anlageobjekt zu einer begehrten Ressource geworden. In den vergangenen 15 Jahren sind die Preise für Kauf und Pacht von landwirtschaftlichen Flächen sowohl für Acker- als auch für Grünland entsprechend gestiegen.

Auf Regionalität und Nachhaltigkeit orientierte Landwirt:innen haben Wettbewerbsnachteile (z. B. kleinere Produktionsmengen; i. d. R. höhere Stückmengenkosten) und können im Bieterwettbewerb um verfügbare Flächen oft nicht mithalten.

Steuerungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand

Bund, Länder und S&K besitzen und verwalten eine signifikante Anzahl an Flächen, die für die Landwirtschaft geeignet sind. Einer der größten Flächenverwalter des Bundes ist die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG). Sie verkaufte oder verpachtete in der Vergangenheit die ehemaligen kollektivierten Flächen der DDR nach dem Höchstpreisgebot und stand mit dieser Vergabep Praxis oft in der Kritik. Die aktuelle Bundesregierung hat nun ein Ziel des Koalitionsvertrags umgesetzt und die BVVG angewiesen, einen Kurswechsel zu vollziehen.

Zum einen werden BVVG-Flächen nur noch verpachtet; und zum anderen nach ökologischen und sozialen Kriterien vergeben. Diese neue Praxis zeigt nach einem Jahr bereits messbare Wirkungen. So konnte laut aktuellen Zahlen der BVVG der Anteil biologisch bewirtschafteter Flächen von 22% im Jahr 2022 auf ca. 30% erhöht werden.

Aktuelle Verpachtungspraxis in Städten und Kommunen: Verpachtung zum Höchstpreis

In den Städten und Kommunen ist eine nachhaltigkeitsorientierte Vergabe eigener landwirtschaftlicher Flächen bislang kaum verbreitet und die Verpachtung zum Höchstgebot immer noch das Mittel der Wahl. „Wirtschaftlichkeit“ ist ein sehr leicht überprüfbares Kriterium; der Mehrwert von ökologischer und regionaler Landwirtschaft hingegen sehr viel schwieriger zu erfassen.

Die größte Initiative scheint gegenwärtig in größeren Städten und Metropolregionen (z. B. Leipzig, Bonn, Erfurt) zu existieren. Diese sind in der Regel auch Vorreiter bei ernährungspolitischen Politikfeldern (siehe z. B. Netzwerk der Biostädte). Auch wenn mit Hinweis auf Kommunalverfassungen häufig argumentiert wird, sind Städte und Kommunen nicht dazu verpflichtet, dem Höchstpreisgebot zu folgen. Im Gegenteil sind sie frei bei der Gestaltung der Pachtverträge und den Pachtbedingungen und somit auch bei der Festlegung von Vergabekriterien.

Weitere Hürden für eine neue Vergabepaxis

Eine Befragung unter ausgewählten Brandenburger Kommunen im Rahmen des KOPOS-Projektes aus dem Jahr 2021 ergab, dass weitere Hürden wie Personalmangel und Wissensdefizite in den Liegenschaftsverwaltungen bestehen. Diese sind in der Regel für Pachtverträge verantwortlich, haben neben landwirtschaftlichen Flächen aber oft auch noch andere Aufgaben. Verwaltungsmitarbeiter:innen haben häufig einen kaufmännischen Schwerpunkt und können daher kaum einschätzen, welche landwirtschaftliche Praktiken Nachhaltigkeitswirkungen entfalten.

Mehr landwirtschaftliche Expertise in den Entscheidungsgremien von S&K bildet daher die Voraussetzung für eine kriterienbasierte Verpachtungspraxis, denn Kriterien müssen überprüfbar sein und überprüft werden. Die 2022 von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft veröffentlichten Kriterien zur gemeinwohlorientierten Verpachtung bieten hier einen guten Startpunkt, müssen aber auf lokale Rahmenbedingungen hin angepasst werden.

Eine „Flächenvergabeagentur“ als „Knowledge Broker“

Ein vielversprechender Ansatz zur Unterstützung von S&K bei der Vergabe landwirtschaftlicher Flächen ist die Idee einer beratenden Institution, die öffentliche Flächeneigentümer bei der Neugestaltung der Vergabepaxis unterstützt. Die deutschlandweit agierenden Landgesellschaften wären hierfür besonders geeignete Akteure; jedoch ist keine in der Region Berlin-Brandenburg aktiv.

Daher wurde im Rahmen des KOPOS-Prozesses an der Idee einer „Flächenvergabeagentur“ gearbeitet, die S&K entlang des gesamten Vergabeprozesses beratend begleiten und dabei helfen könnte, Ressourcen zu konzentrieren und Prozesse effizienter zu gestalten. Hierzu wurde ein Lernprozess mit Kirchenvertreter:innen, die oft bereits Erfahrungen haben mit der Vergabe nach Nachhaltigkeitskriterien für landwirtschaftliche Flächen in Kirchengrundbesitz, und ausgewählten Kommunen angestoßen, um Bedarfe sowie ein Aufgabenportfolio für eine entsprechende Agentur zu skizzieren. Eine Pilotierung steht aber noch aus und bedarf der Mitwirkung weiterer S&K, die ihre Vergabepaxis umstellen wollen.

S&K, die über diesen Schritt nachdenken und dabei unterstützt werden wollen, können sich an sebastian.rogga@zalf.de wenden.

INFORMATIONEN

KOPOS – Neue Kooperations- und Poolingmodelle für eine nachhaltige Landnutzung und Nahrungsversorgung im Stadt-Land-Verbund

Projektbeteiligte:

Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) e.V.; Netzwerk Flächensicherung e.V.; Berliner Stadtgüter GmbH; Bündnis Junge Landwirtschaft (BJL) e.V. (assoziiertes Partner)

Laufzeit: 2020-2025

Bundesländer: Berlin-Brandenburg, Baden-Württemberg

Internetseite:

www.kopos-projekt.de/de

Förderkennzeichen: 033L221





Präsentation der Linsenfalafel auf der Gastro-Messe Issgut in Leipzig, November 2023

Falafel von zaituna: Bisher aus Kichererbsen, jetzt aus sächsischen Linsen

Neue Produkte aus der Region für die Region: Von der Linse in die Falafel

AUTORIN
Verónica Schmidt-Cotta

Potenzial vorhanden: Hülsenfrüchte aus Sachsen

Hülsenfrüchte wie Linsen und Kichererbsen sind aufgrund ihrer Stickstofffixierung und ihrer verbessernden Wirkung auf die Bodenfruchtbarkeit ein essenzielles Element für nachhaltige Fruchtfolgen im Ackerbau. Linsenäcker weisen eine hohe Artenvielfalt an Ackerwildkräutern auf und bieten aufgrund ihres Blühangebots reichhaltige Nahrung für Insekten. Hülsenfrüchte bieten auch zahlreiche gesundheitliche Vorteile in der menschlichen Ernährung, wie Prävention von Diabetes Typ II, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und einigen Krebsarten. Sie werden sowohl von der Deutschen Gesellschaft für Ernährung als auch von der Planetary Health Diet aufgrund ihres Reichtums an Eiweiß, Ballaststoffen und Mineralien als wichtiger Bestandteil einer ausgewogenen Ernährung empfohlen. Linse und Kichererbse gehören zu den beliebtesten Hülsenfrüchten. In Sachsen werden Linsen und Kichererbsen aber bisher nur auf kleinen Flächen angebaut, obwohl ihr Potential aufgrund ihrer Trockenheitstoleranz in Zeiten des Klimawandels hoch ist. Das Anbaurisiko

für die Landwirt:innen ist mit den stark schwankenden Erträgen durch fehlende Erfahrung und Forschung hoch, weshalb attraktive Vermarktungsstrukturen umso wichtiger sind. Diese Absatzwege finden sich vor allem in der Stadt, wo die Dichte an kleinen Verarbeitungsbetrieben für Nischenprodukte höher, und eine vegan-vegetarische Kund:innenschaft empfänglich für Produkte wie Falafel und Co ist. Für die Entstehung dieser Wertschöpfungskette war das Zusammenbringen von den verschiedenen Akteur:innen zwischen Land (Erzeuger:innen, Mühle) und Stadt (Verarbeiter:innen, Bioläden, Veranstaltungsformate in der Stadt) entscheidend.

Einer der ersten Betriebe in Sachsen, der mit dem Anbau von Linsen experimentiert, ist der Betrieb von Eckhard Voigt aus Leisnig im Landkreis Mittelsachsen. Er bewirtschaftet seine Flächen ökologisch und baut die Linsen in Mischkultur mit Leindotter an. Linsen wachsen traditionell in Mischkultur, da die zarten Pflänzchen einen Gemengepartner brauchen, an dem sie hochranken können. Aus dem Leindotter wird ein hochwertiges Speiseöl gewonnen.

Niedrigschwellig und direkt: eine Erzeuger-Verarbeiter-Kooperation entsteht

Vermarktet werden die Linsen vorrangig über den eigenen Hofladen und über die Verbraucher:innengemeinschaft Dresden. Um die regionalen Linsen für Verbraucher:innen

noch attraktiver zu machen, müssen sie möglichst verzehrfertig vermarktet werden. Zusammen mit dem Inhaber des Verarbeitungsbetriebes Zaituna, Ali Habiballah, ergab sich eine Kooperation. Zaituna stellt auf handwerklicher Basis Hummus und Falafel her und vermarktet diese in den Dresdner Bioläden. Herr Habiballah hat eine große Affinität für hochwertige, regionale Rohstoffe und war sofort bereit, mit sächsischen Linsen zu experimentieren. Daraus entstanden sind Falafel aus Linsen vom Betrieb Eckhard Voigt. Die Tellerlinsen aus Leisnig eignen sich für die Verarbeitung sehr gut: Die Einweichzeit ist kürzer und auch die Ausbeute an Falafelmasse pro Trockengewicht ist im Vergleich zu Kichererbsen höher.

Erstmals präsentiert wurden die Linsenfalafel bei der Dresdner Demokratie-Veranstaltung "Dresden is(s)t bunt". Das positive Feedback bestärkte die Beteiligten darin, die Entwicklung voranzutreiben und die Linsenfalafel auf der Gastronomie-Messe "Iss gut" in Leipzig vorzustellen. Gleichzeitig hat Zaituna die Linsenfalafel für die Vermarktung zertifizieren lassen. Seit Februar 2024 kann man sie in den Filialen der Dresdner Verbraucher:innengemeinschaft als vorgebratene Falafel im Mehrwegglas oder frisch zubereitet als Linsensburger im Bistro kaufen. Eine Ausweitung auf weitere Biomarktketten ist in Arbeit. Die Zusammenarbeit von Herrn Voigt und Herrn Habiballah ist beispielhaft: So werden Proben von verschiedenen Kulturen (z. B. auch Kichererbsen) und Anbaujahren und deren Eignung für verschiedene Verarbeitungsformen getestet und die Ergebnisse zwischen Verarbeiter und Landwirt besprochen. Damit landwirtschaftliche Betriebe Linsen und andere Hülsenfrüchte für die menschliche Ernährung anbauen können, sind regionale Anlagen zur Reinigung und Aufbereitung notwendig. Für den sächsischen Bio-Lebensmittelbereich ist die Gründung der Lerchenbergmühle bei Leipzig ein entscheidender Schritt. Diese ermöglicht die Reinigung und Verarbeitung kleinerer Anbaumengen und legt somit die Grundlage dafür, dass Betriebe in den Hülsenfrüchteanbau einsteigen können. Bei Linsen, die im Gemenge angebaut werden, ist die Reinigung aufwendig und im finalen Schritt nur mit einem Farbausleser möglich. Diese Technik wird durch das Dresdner Ingenieurbüro Barthel in der Lerchenbergmühle umgesetzt.

Verbraucher:innenbildung meets Kultur

Eine wichtige Aufgabe bleibt das Marketing und die Betonung regionaler Kooperation für die Verbraucher:innen. Eine öffentlichkeitswirksame Aktion des OLGA-Projekts ist z. B. die Teilnahme am "Palaisommer", einem mehrwöchigen Kultur-Festival auf dem Dresdner Neumarkt an der Frauenkirche. Dafür wurden Hochbeete mit regionalen Hülsenfrüchten bepflanzt, und das gastronomische

Angebot beinhaltete im Juli 2024 zum ersten Mal regionale Linsenfalafel von Ali Habiballah. Die regionalen Linsenfalafel fanden großen Anklang – die Menschen haben Zeit und Muße, um sich mit dem Essen und der Geschichte dahinter auseinanderzusetzen. Zukünftig sollen regionale Linsen und Linsenprodukte auch ihren Weg in die Gastronomie in der Region Dresden finden, dazu muss einerseits der Anbau ausgeweitet, andererseits das Marketing verstärkt werden.

Um Verbraucher:innen für das Thema regionale Hülsenfrüchte zu begeistern, veranstaltete das Projekt OLGA zusammen mit den Marktschwärmern Dresden die „Hülsenfrüchtewochen“. Dabei konnten Marktschwärmer:innen sich zum Thema Ernährung und Kochen mit Hülsenfrüchten informieren, verkosten und probeweise regionale Hülsenfrüchteprodukte bestellen, die normalerweise nicht im Sortiment sind, z. B. regionalen Tempeh. Auch Infostände an Stadtteilstellen und die Teilnahme an den sächsischen Bioerlebnistagen rückten die Hülsenfrüchte und den regionalen Anbau in die Mitte des Stadtgeschehens.

Die Vermarktung eines hochwertigen, in kleinen Mengen erzeugten regionalen Produkts bleibt aber eine Herausforderung: Falafel werden von Kund:innen im Laden kaum als regionales Produkt wahrgenommen, dazu wirkt der höhere Preis abschreckend. Hier ist ein effektives Storytelling wichtig: Der Mehrwert der regionalen Linse und die direkte Erzeuger-Verarbeiter-Kooperation müssen als zentrale Botschaft vermittelt werden. Dazu muss auch das Verkaufspersonal miteinbezogen werden. Die Haltbarkeit der in Manufaktur hergestellten Linsenfalafel von Zaituna ist kürzer als industriell gefertigte Konkurrenzprodukte, auch dies ist für einige Supermarktketten ein Ausschlusskriterium für die Listung.

INFORMATIONEN

OLGA - Optimierung der Landnutzung an Gewässern und auf Agrarflächen zur nachhaltigen Entwicklung der Region Dresden

Projektbeteiligte:

TU Dresden, Umweltzentrum Dresden e. V., Landeshauptstadt Dresden, Biomasse Schraden e. V.

Laufzeit: April 2020 bis März 2025

Bundesland: Sachsen

Internetseite: www.projekt-olga.de

Förderkennzeichen: 033L219





Katrin Stary, Berliner Stadtgüter GmbH (Projekt KOPOS)

Katrin Stary ist seit 2015 Geschäftsführerin der BERLINER STADTGÜTER GmbH (BSG). Die studierte Vermessungsassessorin ist damit Herrin über rund 17.000 Hektar Fläche in Brandenburg. Die Flächen sind rund um die Hauptstadt verteilt und umfassen u. a. ehemalige Rieselfelder. Aufgabe der BSG ist es, ihre Flächen unter gleichwertiger Berücksichtigung landschaftskultureller, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte wertschöpfend zu nutzen. Wichtiger Auftrag ist zudem, die Flächen möglichst frei von Bebauung zu halten. Aktuell sind 85 Prozent der Flächen an Landwirt:innen verpachtet.

Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungstragenden und deren Handlungslogiken beim Thema Flächennutzung

Wie sind Sie mit Stadt-Land-Plus verbunden? Was war Ihre Motivation, bei SLP mitzumachen?

Wir arbeiten seit Jahrzehnten eng mit Landwirt:innen und Kommunen zusammen. Als das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) uns angesprochen hat, fanden wir es naheliegend, unser Wissen zu teilen und in das Projekt einzubringen.

Was ist die die BERLINER STADTGÜTER GmbH und welches Ziel verfolgt sie?

Wir sind ein Berliner Landesunternehmen mit 150jähriger Geschichte. Entstanden sind wir, als das Radialsystem zur Abwasserentsorgung entwickelt wurde. Damals kaufte Berlin große Flächen und Güter außerhalb der Stadt, um die Rieselfeldbewirtschaftung zu managen und die Großstadtbevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten zu versorgen. Unsere wichtigsten Aufgaben sind heute die Freiflächensicherung und die Siedlungsbegrenzung im Berliner Umland, die wertschöpfende Nutzung unserer Flächen sowie die nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft vor den Toren Berlins. Wir verstehen uns außerdem als verlässliche Partnerin bei der Entwicklung des Metropolenraums und als wichtige Brücke im Interessenausgleich zwischen Berlin und Brandenburg.

Wie kann die BERLINER STADTGÜTER GmbH eine nachhaltige regionale Landwirtschaft und Ernährung unterstützen?

Die BSG kann die nachhaltige regionale Landwirtschaft, und mittelbar auch die regionale Ernährung, zum Beispiel durch ihre Vergabestrategie unterstützen. Wir haben gerade eine über 220 Hektar große Fläche neu zur Pacht ausgeschrieben. Diese Vergabe erfolgte kriterienbasiert. D. h., wir haben u. a. die ökologische, nachhaltige und kooperative Bewirtschaftung der Flächen durch die neuen Pächter:innen abgefragt und bei der Vergabe berücksichtigt. Wir bieten zudem faire Pachtpreise und unterstützen unsere Pächter:innen beratend. Einschränkend möchte ich erwähnen, dass wir mehrheitlich sehr langlaufende Pachtverträge halten. Das ist ein Erbe aus den 2000er-Jahren, als es wichtig war, den neuen Pächter:innen Zeit zu geben, die notwendigen Großinvestitionen auch rückerwirtschaften zu können. Mit diesen Pächter:innen, die ihre Flächen noch bis in die 2050er-Jahre gepachtet haben, sind von uns gewünschte Veränderungen nur im stetigen Austausch und im Kompromiss zu erreichen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträger:innen, wenn es um die Umsetzung einer nachhaltigen Flächennutzung geht?

Bei den politischen Entscheidungsträger:innen nehmen wir eine große Offenheit wahr. Einige Akteur:innen erkennen deutlich, wie wichtig der Zugang zu Flächen zum Beispiel für regional ansässige Landwirt:innen ist, wie dringend landwirtschaftliche Flächen zu fairen Preisen gesucht werden. Eine

nachhaltigere regionale Landwirtschaft wird von manchen Politiker:innen gewünscht und unterstützt. Aber selbstverständlich ist hier noch mehr möglich. Nicht umsonst haben wir mit KOPOS gleich 20 Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeitet.

Was sind die konkreten Herausforderungen dabei und wie können sie überwunden werden?

Es braucht dringend ein Bewusstsein dafür, dass auch landwirtschaftliche Flächen und deren Bodengüte und Ertragskraft ein schützenswertes Gut sind. Böden sind eine begrenzte Ressource. Infrastrukturprojekte, Siedlungsbau, Aufforstung, erneuerbare Energien etc. – die Umsetzung dieser Bedarfe führt oft zu einem Verlust an landwirtschaftlicher Fläche. Die größte Herausforderung besteht deshalb in den Nutzungskonkurrenzen. Die so wichtigen landwirtschaftlichen Flächen erfahren weder in der kommunalen Planung noch in der Regionalplanung einen expliziten Schutz.

Die meisten Entscheidungsträger:innen denken und handeln auftragsgemäß ressortorientiert. Der Kampf um die Böden zeigt deutlich, dass die multifunktionale Nutzung von Flächen (z. B. Produktionsintegrierte Kompensation (PIK), die Verbindung von Freiflächen-PV und Landwirtschaft (Agri-PV)), unabdingbar ist und damit ein Denken und Planen über Grenzen hinweg.

Inwiefern hat sich der Blick auf die Themen regionale Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft durch das Projekt KOPOS in der Region verändert?

Selbst uns als Expert:innen hat das Projekt verändert. Wir sind heute noch einmal stärker für die Themen sensibilisiert. Wir sind im fortlaufenden Gespräch mit Landwirt:innen, Politiker:innen oder Verwaltungsmitarbeitenden, die sich für die KOPOS-Themen interessieren. Es ist gut, dass wir jetzt mit der Publikation, der bereits erwähnten Handlungsempfehlung „The Big Five. Regionale Ernährung und Flächenentwicklung zusammendenken“, konkrete Vorschläge weitergeben und dann auch diskutieren können.

Die Handlungsempfehlungen zum Herunterladen:
www.kopos-projekt.de



Was ist für Sie die spannendste Erkenntnis aus dem Projekt KOPOS?

Wie wichtig es ist, das Grundstückseigentümer:innen, Bewirtschafter:innen und Aktivist:innen miteinander reden. Wir müssen die jeweiligen Standpunkte verstehen, um miteinander Ziele zu entwickeln und den Weg zu einer Veränderung gemeinsam anzutreten.

Was möchten Sie unseren Leser:innen noch mitgeben?

Drei Sachen sind mir besonders wichtig: Auf kommunaler Ebene sollte der Schutz landwirtschaftlicher Flächen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen stärker berücksichtigt werden. Auf Regionalebene wäre wiederum essentiell, landwirtschaftliche Vorranggebiete in die Regionalpläne zu integrieren. Das macht in Brandenburg bislang nur eine von fünf Regionalen Planungsgemeinschaften, die RPG Planungsregion Havelland-Fläming. Vorranggebiete Landwirtschaft können zum Beispiel auf der Grundlage von Bodengüte (Bodenzahl) oder wegen anderer Funktionen (Wasserspeicherkapazität, Bedeutung für den Klimaschutz) ausgewiesen werden. A propos Bodengüte: Es geht selbstverständlich nicht „nur“ um den Erhalt landwirtschaftlicher Flächen, sondern auch um den Erhalt der Qualität der Böden; der Bodenschutz ist von großer Bedeutung. Und selbstverständlich können sich auch die Konsument:innen fragen, woher der Apfel kommt, den sie essen, die Gurke, die Milch, und mit ihrem Konsum regionale Landwirtschaft unterstützen.



Landwirtschaft an der Stadtkante – Stadtgüterflächen mit Blick auf die Neuköllner Gropiusstadt.



Produkte und Stoffkreisläufe in Stadt und Land

AUTORIN

Nadine Pannicke-Prochnow

Gewerbesteuererinnahmen und Beschäftigungseffekte sind zentrale Aspekte der kommunalen und regionalen Entwicklung, doch nicht immer sind dafür große neue Gewerbegebiete „auf der grünen Wiese“ nötig. Zum Beispiel können Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Gemeinschaftsverpflegung, und öffentliche Beschaffung als Hebel genutzt werden, um Angebot und Nachfrage in einer Region zu vernetzen und die Tragfähigkeit von nachhaltigen Lösungen zu erhöhen. Immerhin essen laut Ernährungsreport 2024 in den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung in ganz Deutschland täglich 17 Millionen Menschen, davon gut 6 Millionen Kinder und Jugendliche in Kitas und Schulen. Das Stadt-Land-Plus-Projekt WERTvoll hat in der letzten Stadt-Land-Plus-Dokumentation aufgezeigt, wie regionale Wertschöpfungsketten im Bereich der regionalen Ernährung für die Gemeinschaftsverpflegung aufgebaut werden können.

Daraus können sich weitere Anknüpfungspunkte zur Steigerung der Nachhaltigkeit von Konsum und Produktion in der Region ergeben: zum Beispiel stellt sich die Frage, inwiefern auch andere regional hergestellte Produkte von einer Regionalisierung des Ernährungssystems profitieren können. Und welche der Empfehlungen für den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten können auf andere Bereiche abseits der Nahrungsmittelversorgung übertragen werden?

Produkten aus heimischen Rohstoffen, wie Holz, Stroh oder Fasern sowie Reststoffen aus der Land- und Ernährungswirtschaft wird im Zuge der Bioökonomie eine zunehmende Bedeutung beigemessen. Das Projekt VorAB zeigt auf, wie regionale, klimafreundliche und bezahlbare Holzprodukte aus bislang kaum genutzten Pionierbaumarten als Chance für eine nachhaltige Waldwirtschaft im Einklang mit Biodiversitätsschutz und zukunftsorien-



Neben der Abfallvermeidung, z. B. im Verpackungsbereich regionaler Ernährungssysteme, ergeben sich Möglichkeiten zur Steigerung der Zirkularitätsrate auf kommunaler und regionaler Ebene durch den Aufbau regionaler Stoffkreisläufe und die Schonung von Primärressourcen, bspw. durch Second Hand-, Sharing- oder Reparatur Konzepte. Darüber hinaus können sich Synergien und Kosteneinsparungen in Netzwerken oder von verschiedenen Unternehmen in einem Wertschöpfungsnetz ergeben, z. B. durch Nutzung gemeinsamer Infrastruktur oder Dienstleistungen.

tiertem Waldumbau genutzt werden können. Gleich, ob innovative oder altbewährte Holzprodukte – insbesondere schnellwachsende Pionierhölzer haben hierbei großes Potenzial zum Aufbau nachhaltiger regionaler Wertschöpfungsketten.

Weiterhin bieten regionale Roh- oder Reststoffe Potenziale für nachhaltige Verpackungen der regionalen Lebensmittel, z. B. Transportboxen aus Holz. Ebenso können regionale Fasern als Zuschlagsstoff für Kunststoffprodukte genutzt werden, die in Mehrweglösungen bei Außer-Haus- und Gemeinschaftsverpflegungsangeboten oder auch für die Sammlung von Lebensmittelabfällen Anwendung finden. Im Projekt reGIOcycle wurde unter anderem der sogenannte BiOTONi[®] aus mit regionalen Cellulosefasern verstärktem Biokunststoff entwickelt. Er soll dazu beitragen, die Sammlung von Bioabfall in Plastiktüten und somit Kunststoffmüll in Biotonnen zu reduzieren. Auch mit weiteren Aktivitäten wurden im Projekt reGIOcycle Einwohner:innen der Region Augsburg sensibilisiert, Kunststoffabfälle zu vermeiden: der Augsburger Becher wurde als Mehrweggetränkbecher entwickelt und auf Möglichkeiten einer nachhaltigen Verwendung in der Region untersucht, um das Aufkommen von Einweg-Kunststoffprodukten zu verringern.

Welche weiteren Möglichkeiten bestehen, durch kreislaufwirtschaftliche Ansätze zu regionaler Wertschöpfung und Nachhaltigkeit beizutragen, wurde auch im Fachforum „Stadt-Land-Plus – Wertschöpfung und Nachhaltigkeit durch Kreislaufwirtschaft“ auf der Grünen Woche 2024 diskutiert, denn die Entwicklung nachhaltiger Wirtschafts-

kreisläufe ist zentral für die Interaktion von Stadt und Land. Einen weiteren, laut neuer Kreislaufwirtschaftsstrategie der Bundesregierung zentralen Stoff- und Abfallstrom hat das Stadt-Land-Plus-Projekt INTEGRAL näher betrachtet: Mithilfe eines regionalen Katasters sollen kommunale Akteure in die Lage versetzt werden, die regionalen Mengen an Bauabfällen sowie potenzielle Bedarfe an Baumaterialien zu ermitteln. Damit soll das Recycling mineralischer Baustoffe gesteigert werden. Als Wirtschaftszweig mit dem größten Ressourcenverbrauch und höchsten Abfallaufkommen hat die Baubranche erhebliches Potential, mit regionalen Ansätzen zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen.

In der ersten Stadt-Land-Plus-Dokumentation hat das Stadt-Land-Plus-Projekt WieBauin bereits aufgezeigt, dass eine regionale Baumaterial-Börse zu diesen Zielen beitragen kann. Ebenfalls in der ersten Dokumentation hat das Projekt CoAct ein Verfahren beschrieben, wie regionale Biomassereststoffe zu Aktivkohle verarbeitet und in der vierten Reinigungsstufe der Abwasserreinigung eingesetzt werden können.



Rückepferde im ökosystembasierten Wirtschaftswald.



Ökosystembasierter Wirtschaftswald und Monokultur nebeneinander.

Neue Produkte: Pionierhölzer als Ergebnis und Treiber einer ökosystembasierten Waldwirtschaft

AUTORINNEN

Christine Katz, Signe Heins

Regionale, klimafreundliche und bezahlbare Holzprodukte als Chance für nachhaltige Waldwirtschaft

Holzprodukte für Inneneinrichtungen oder im Baubereich erfreuen sich (wieder) zunehmender Beliebtheit. Doch lastet dadurch aktuell ein erheblicher wirtschaftlicher Druck auf den wenigen hauptsächlich verwendeten Baumarten. Dieser kann durch die Anwendung weiterer Baumarten verringert werden: Insbesondere die schnellwachsenden Pioniere haben hierbei großes Potenzial. Wenn es gelingt, mit den zukünftig in Deutschland verfügbaren Pionierlaubhölzern regionale Wertschöpfungsketten zu stärken, eröffnen sich Chancen für die Förderung resilienter Waldökosysteme. Die besonders risikovermeidende Form der ökosystembasierten Waldbewirtschaftung wird in einigen Forsten teilweise seit Jahrzehnten angewandt und findet stetig mehr Interesse.

Ökosystembasierte Waldwirtschaft basiert auf einem partnerschaftlichen Naturverständnis und einer am Naturpotenzial ausgerichteten Produktionslogik

Eine an ökologischen Prozessen orientierte Waldwirtschaft, auch bezeichnet als prozessschutzorientiert oder ökosystembasiert, kennzeichnet ein Verständnis von Natur als aktiver Mitgestaltungspartnerin. Sie bringt selbst am besten und ohne größeres Zutun von außen eine Vielfalt an Qualitätszuständen hervor. Diese sind Lebensgrundlage

und Basis für Biodiversität, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht interessant. Sie betreffen die Grundwassersicherung, Luftreinhaltung, CO₂-Speicherung und Bereitstellung verschiedenster Holzqualitäten und -produkte. Die Tätigkeiten bei dieser Form der Waldwirtschaft folgen einer anderen Produktionslogik: Produktionsregeln, -prozesse und -mengen orientieren sich an der Naturdynamik, also dem natürlichen Produktionspotenzial, und werden nicht aufgrund ökonomisch formulierter Holzbedarfe festgelegt. Vertrauen in die Fähigkeit zur Selbstregeneration und -regulation von Wäldern sowie das Zulassen von Naturdynamik sind somit wesentliche Elemente der Ko-Produktion. Intensive Pflegemaßnahmen oder anderweitig verändernde, zum Teil destruktive Eingriffe werden nicht getätigt. Beispiele hierfür sind Pestizideinsätze, Befahrungen durch große Erntemaschinen oder Anpflanzungen von schnellwüchsigen Monokulturen. Stattdessen wird minimal-invasiv gearbeitet, indem Rückepferde für die bodenschonende Holzernte eingesetzt werden, auf Naturverjüngung gesetzt wird oder ein erheblicher Teil an Biomasse etwa als Totholz im System bleibt.

Ungeplante Dynamik und Störungsflächen zählen im gängigen Forstwirtschaftsverständnis als Kostenfaktor. Noch immer ist es Standard in Deutschland, Schadflächen schnellstmöglich abzuräumen, also kahl zu schlagen. Nur wenige Maßnahmen gegen die Folgen von Feuer, Windwurf, oder Dürre orientieren sich am Stand der Forschung über Störungsökologie. Der ökosystembasierte Waldwirtschaftsansatz hingegen arbeitet mit Störungen. Sie werden weder vermieden noch „repariert“, also durch Wiederbepflanzung „ausgebessert“. Daher bestehen verschiedene Stadien der Waldentwicklung nebeneinander – und damit junge Pionierbaumarten neben alten qualitätsstarken Edelhölzern. Die naturregulierte Entwicklung ermöglicht im ökosystembasierten Wirtschaftswald Selbstentfaltung, Regeneration und Potenzialaufbau. Die Daten aus diesen Wäldern zeigen, dass so eine effektive Klimaanpassung möglich wird. Sie kostet zudem weniger und birgt im

Gegensatz zum Einbringen von neu gezüchteten oder aus trockeneren Gebieten der Welt stammenden klimaresilienten Baumarten ein weitaus geringeres Risiko für unbekannte ökologische und wirtschaftliche Folgen. Naturverjüngte, heimische Baumarten haben hingegen erhebliche Standortvorteile etwa durch vorhandene Symbiosen und bessere Wurzelbildung.

Ökosystembasierte Waldwirtschaft generiert innovative regionale Holzprodukte

Aktuell sind insgesamt nur sechs bis acht Baumarten im industriellen Fokus. Dabei gibt es über 60 heimische Alternativen, zum Beispiel die wirtschaftliche Nutzung von Pionierbaumarten wie Aspe, Birke oder Eberesche. Das sind Baumarten, die im natürlichen Waldentwicklungsprozess in Lücken und auf Störungsflächen wachsen. In einem ökosystembasierten Wirtschaftswald dürfen diese, ebenso wie alle anderen Baumarten, stehen bleiben und alt werden.

Im Projekt VorAB wurde mit der Aspe (*Populus tremula*) erprobt, wie diese Pionierbaumart genutzt werden kann, um zum Treiber einer ökologischeren Waldwirtschaft zu werden. Dafür wurde eine Außenfassade aus Aspenholz angefertigt. Diese wurde auf verschiedene Arten behandelt, um zu testen, wie sich die Oberflächenbehandlung auf die Haltbarkeit des Holzes auswirkt. Andere Anwendungsmöglichkeiten wären insbesondere in der Verarbeitung als Sperrholzplatten möglich. Diese gibt es bereits, werden jedoch vorwiegend aus importierten Aspen und anderen Pappelarten gefertigt. Die Fertigung der Außenverschalung zeigte zudem, dass eine regionale Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette möglich ist. Es empfiehlt sich, diese neuen Produkte durch Vermarktungskampagnen zu begleiten, die auch den Schaffensprozess schwerpunktmäßig vermitteln.

Wichtiger Teil der Fertigung ist ein ganzheitlicher und kreativer Umgang mit dem Holz. Das bedeutet, das Holz



Außenfassade aus Aspenholz

möglichst umfänglich und langfristig zu nutzen, zum Beispiel Holzreste nicht etwa zu verbrennen, sondern als Dämmmaterial zu verwenden. Dabei kann mit neuen Anwendungen und Techniken experimentiert werden oder aus der Vergangenheit gelernt werden: Historisch wurde Aspe für eine Vielzahl von Produkten eingesetzt, wie etwa als Dachschindeln oder als Konstruktionsholz. Hierzu gibt es jedoch wenige Daten, so dass weitere Forschung und Entwicklung erforderlich ist.

INFORMATIONEN

VorAB - Vorsorgend handeln – Avantgardistische Brückenansätze für nachhaltige Regionalentwicklung

Projektbeteiligte:

Diversu e.V., Hansestadt Lübeck - Bereich Stadtwald,
inter 3 GmbH, Naturwald Akademie gGmbH,
Wuppertal Institut gGmbH

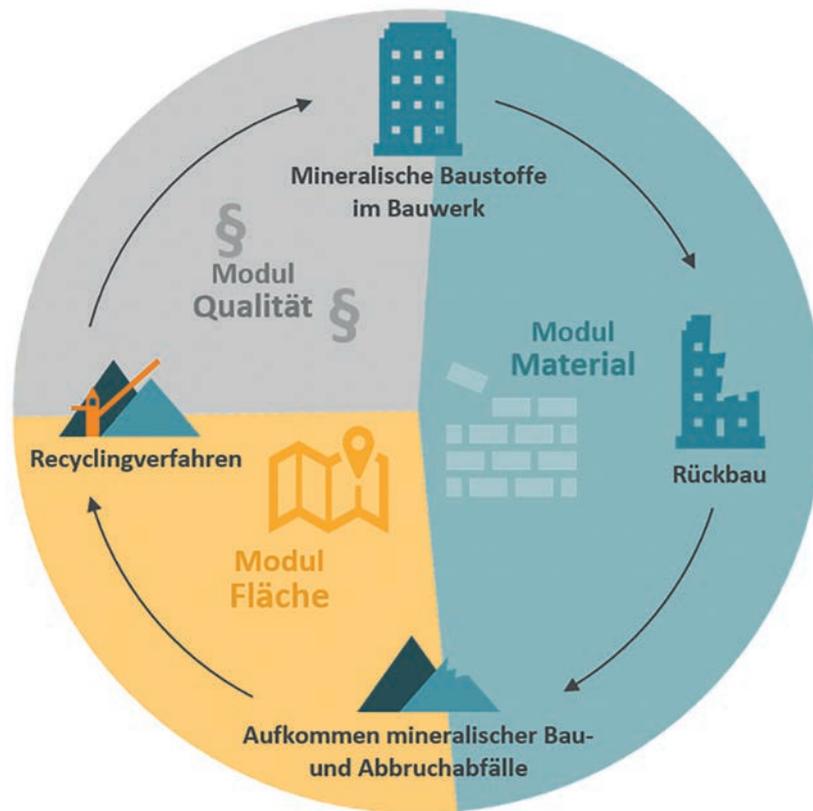
Laufzeit: 02/2020-01/2025

Bundesländer: Schleswig-Holstein,
Mecklenburg-Vorpommern

Internetseite: <https://vorab.online/>

Förderkennzeichen: 033L220





Ansätze der einzelnen Module des INTEGRAL-Tools, um die Kreislaufführung von Baustoffen zu unterstützen.

Mineralische Baustoffe recyceln: Chancen und Herausforderungen

AUTOR:INNEN

Magdalena Werner, Brenda Uhlig, Georg Zinder, Daniel Kretzschmar, Tobias Buchwald, Leonie Gerking

Ist-Stand beim Recycling mineralischer Baustoffe

Die Baubranche gilt als der Wirtschaftszweig mit dem größten Ressourcenverbrauch und höchsten Abfallaufkommen, was durch den gewaltigen mineralischen Stoffstrom bedingt wird. An einem hochwertigen Recycling der entstehenden Abfälle und dem Einsatz von daraus resultierenden Recycling(RC)-Baustoffen mangelt es jedoch noch. Um die mineralischen Stoffströme im Bauwesen nachvollziehen und Unterschiede zwischen Stadt und Land aufdecken zu können, wurden die Landeshauptstadt Dresden und der Landkreis Meißen im Freistaat Sachsen als Modellregion des Projekts INTEGRAL ausgewählt.

Ein verstärktes Recycling bietet viel Potenzial, da es mit wesentlichen ökologischen Vorteilen, vor allem im ländlichen Raum, einhergeht: Es schont die endlichen Steine-Erden-Vorkommen, reduziert die durch übermäßige

Abbaustätten beanspruchten Flächen und schützt damit Ökosysteme, spart Deponieraum ein und verringert den Primärenergieeinsatz. Zudem werden durch geringere Transportentfernungen weniger Treibhausgasemissionen verursacht, womit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird. Recycling ist im Sinne einer zirkulären Wirtschaftsweise und unterstützt das nachhaltige Bauen.

INTEGRAL-Tool zur Förderung des Recyclings

Durchgeführte Workshops und Interviews mit Stakeholdern verdeutlichen, dass gerade die öffentliche Hand Unterstützung beim Umgang mit RC-Baustoffen benötigt. Um dies zu erreichen, wurde das INTEGRAL-Tool entwickelt, welches aus den drei Modulen Material, Fläche und Qualität besteht. Diese sollen die öffentliche Hand sowie weitere interessierte Stakeholder bei der Kreislaufführung von mineralischen Baustoffen unterstützen.

Modul Material

Mit Hilfe des Moduls Material werden kommunale Akteure in die Lage versetzt, ein Kataster der in Gebäuden und Infrastrukturen gebundenen Baumaterialien im Stadt- oder Gemeindegebiet selbstständig zu erstellen und auf dieser Grundlage zukünftige Mengen an Bauabfällen sowie potenzielle Bedarfe an Baumaterialien zu ermitteln.

Datengrundlagen sind 3D-Stadtmodelle, nutzungsbeschreibende Geodaten sowie Materialkennzahlen aus dem öffentlich zugänglichen „Informationssystem Gebaute Umwelt“. Das Modul Material hat das Format einer nachvollziehbaren Schritt-für-Schritt-Anleitung. Diese wird ergänzt durch Ergebnisse der Beispielanwendung: ein digitales Modell des Materialkatasters sowie beispielhafte Ergebnisdarstellungen zu potenziellen Entwicklungsvarianten der Modellregion aus der Anwendung des Katasters.

Modul Fläche

Das Modul Fläche analysiert und bewertet die Eignung von Flächen als Standorte für neue Aufbereitungsanlagen und Lager, die bei verstärkten RC-Aktivitäten voraussichtlich benötigt werden. Es handelt sich um ein GIS-basiertes Decision Support System (DSS), welches als interaktives Python-Plugin in QGIS umgesetzt wurde. Ziel ist es, Stadt- und Regionalplaner:innen bei der Identifikation potenzieller Anlagenstandorte zu unterstützen und somit Materialflüsse in der Bau- und Abbruchbranche zirkulärer zu gestalten. Dafür kombiniert das DSS Erreichbarkeitsanalysen und Materialkataster mit Ausschluss- und Eignungskriterien in einem automatisierten Ablauf. Die verwendete Datengrundlage beruht auf frei verfügbaren Geo- und Fachdaten. Über eine grafische Benutzendenoberfläche können Anwendende selbst Einfluss auf einzelne Parameter wie zum Beispiel Untersuchungsgebiet, Anlagentyp oder Gewichtung der Kriterien nehmen. Das Ergebnis ist ein umfassendes Flächenranking potenzieller Aufbereitungsstandorte.

Modul Qualität

Das Modul Qualität unterstützt bei der systematischen Berücksichtigung von RC-Baustoffen in Planungs- und Vergabeentscheidungen, was zur Nachfrageerhöhung beiträgt. Es zielt auf die Erhöhung von Akzeptanz und den Abbau von Unsicherheiten ab. Dazu stellt es notwendige Informationen zu regelwerkskonform einsetzbaren RC-Baustoffen in konkreten Bereichen des Beton-, Straßen-, Wege- und Erdbaus, den bau- und umwelttechnischen Anforderungen sowie zu prüfenden Gütesicherungsnach-

weisen bereit. Weiterhin zeigt es beispielhafte Ausschreibungstexte sowie bereits erfolgreich realisierte Projekte auf.

Wie ein Recycling mineralischer Baustoffe in der Zukunft gelingen kann

Mit dem INTEGRAL-Tool wird der öffentlichen Hand ein Werkzeug gegeben, das den Einsatz von RC-Baustoffen in öffentlichen Bauvorhaben vereinfacht. Um eine Kreislauf-führung von mineralischen Baustoffen zu etablieren, muss es an die entsprechenden Stellen verteilt werden. Der weitläufige Einsatz des Tools, vor allem aber der weitläufige Einsatz von RC-Baustoffen, sollte angestrebt werden.

INFORMATIONEN

INTEGRAL - Integriertes Konzept für mineralische Abfälle und Landmanagement zur nachhaltigen Entwicklung von Stadt-Land-Nutzungsbeziehungen

Projektbeteiligte:

TU Dresden, Institut für Abfall- und Kreislaufwirtschaft, TU Dresden, Geodätisches Institut, Professur Landmanagement (LM), Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V. Dresden (IÖR), University of Applied Sciences, Frankfurt (UAS), Landkreis Meißen (LKM), vertreten durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Oberes Elbtal (ZAOE), Landeshauptstadt Dresden (LHD), Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung, Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), Fachbereich 4.3 Schadstofftransfer und Umwelttechnologien, AGS Anlagen + Verfahren GmbH

Laufzeit: Februar 2020 - Januar 2025

Bundesland: Sachsen

Internetseite: integral-info.de

Förderkennzeichen: 033L223





Von links nach rechts: Der Augsburger Becher, Modularfestival, Der Bioton[®], Mitmachaktion.

Ansprechen und Überzeugen: Kunststoffkreisläufe implementieren

AUTOR:INNEN

Stephanie Manis, Christina Zegowitz und Maic Verbücheln

Das Projekt reGIOcycle

reGIOcycle steht für Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen am Beispiel der Region Augsburg. Ziele sind die Entwicklung und Erprobung von realisierbaren Konzepten zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft unter Mitwirkung von Kommunen, Forschungseinrichtungen und lokal agierenden Unternehmen. Besonders mit einbezogen wurden dabei auch die Einwohner:innen der Region, insbesondere bei den Themen Augsburger Becher und plastikfreie Biotonne.

Kommunales Mehrwegsystem – Der Augsburger Becher

Um den Kunststoffverbrauch zu verringern, Littering im Stadtgebiet zu vermeiden und das Abfallaufkommen bei den Abfallentsorgungsbetrieben im Landkreis zu reduzieren, wurde mit dem Augsburger Becher ein kommunales Mehrwegsystem für Kaltgetränke entwickelt, das in der Gastronomie und bei Events in der Stadt Augsburg und der Region genutzt werden kann. Ziel war es, ein leicht verständliches regionales Rückgabesystem aufzubauen, in dem die Pfandbecher bei möglichst allen Gastronomiebetrieben in der Innenstadt abgegeben werden können. Deshalb wurden bei der Entwicklung des Bechers die Gastronomiebetriebe der Innenstadt sowie die Kommunalpolitik, insbesondere hinsichtlich Bechereigenschaften und Design, miteinbezogen. Zum Start des Mehrwegsystems wurden zunächst 25.000 Becher aus dem langlebigen und vollständig recycelbaren Mate-

rial Polypropylen bereitgestellt. Die Becher können bis zu 300-mal wiederverwendet werden und sind auch für Heißgetränke geeignet, wodurch sie eine universelle Lösung für die Gastronomie bieten. Das einzigartige und gut erkennbare Design des Augsburger Bechers macht Pfandmarken überflüssig.

In einer Pilotierungsphase in 2023 wurde der Becher in einigen gastronomischen Betrieben der Augsburger Innenstadt sowie auf mehreren Festivals wie der Kanuslalom-Weltmeisterschaft eingesetzt. Die Phase wurde durch Befragungen und Workshops wissenschaftlich begleitet sowie durch ein Kommunikationskonzept unterstützt. Das Feedback der Bürger:innen war durchweg positiv. Gleichzeitig blieb die Nutzung des Bechers in der Gastronomie trotz hoher Zufriedenheit der teilnehmenden Betriebe aufgrund der Konkurrenz zu Einwegprodukten begrenzt. Eine der wichtigsten Erkenntnisse war, dass der Augsburger Becher besonders auf Festivals und Großveranstaltungen gut angenommen wird und sich etablieren kann. Im Alltag der Gastronomie wird hingegen die einfache Handhabung von Einwegprodukten bevorzugt und Spülkosten sowie die Pfandhöhe als Hemmnis gesehen. Seit 2024 wird der Augsburger Becher nur noch für private und öffentliche Veranstaltungen verwendet und von einem externen Eventverleih verwaltet.

Reduzierung von Kunststofffehlwürfen im Bioabfall

Mit einem Citizen Innovation Lab wurde die Reduzierung von Kunststofffehlwürfen im Bioabfall angegangen. Hierbei wurde ein Fokus auf Großwohnanlagen (GWA) gelegt, da dort größere Defizite bei der Qualität des Bioabfalls festzustellen sind. Es wurden in Augsburg, Aichach und Gersthofen Maßnahmen in GWA zur Reduzierung der Kunststofffehlwürfe umgesetzt.

Das auf dem Reallaboransatz basierende Instrument wurde gewählt, um die Zivilgesellschaft direkt vor Ort in die Planung einzubeziehen und Partizipation zu ermöglichen. Empirische Methoden wie Interviews, Informationsstände und Workshops wurden genutzt, um das Verhalten und Bedürfnisse der Bürger:innen, Hausverwaltungen und Hausmeister:innen zu erfassen. Mit dem Wissen wurden mit Expert:innen Maßnahmen entwickelt und priorisiert, die danach gemeinsam mit den Betroffenen weiter angepasst wurden. Aktionen wie Biomüll-Nachbarschaftsfeste, die Verteilung von Flyern und Papiertüten, Tonnenaufkleber, Pflanzaktionen, Kindergartenbesuch und eine Besichtigung der Biomüllvergärungsanlage wurden umgesetzt. Dabei lag der Fokus stets darauf, die Bürger:innen aktiv zur besseren Mülltrennung zu motivieren. Eine aus Biokunststoff und regionalen Fasern bestehende Version des Biomüll-Vorsortierbehälters BiOTONI[®] wurde im Projekt entwickelt und in der GWA in Aichach im Zuge eines Events in Haushalten pilotiert. Unterstützend zu den Maßnahmen nahmen alle drei Erprobungsgebiete auch an der Biotonnen Challenge 2023 teil. Die GWA im Landkreis Aichach-Friedberg erreichte eine Reduktion des Fremdstoffanteils um 58% von 7,4% auf 3,1% und erzielte damit den ersten Platz der deutschlandweiten Biotonnen Challenge.

Bürger:innen zum Mitmachen bewegen – was ist notwendig?

Mit verschiedenen Maßnahmen wurden Bürger:innen und Wirtschaft aktiviert, beim Thema Mehrweg und Bioabfall mitzumachen. Umgesetzt wurden unter anderem Informationsveranstaltungen zur Mehrwegangebotspflicht in der Gastronomie, die Teilnahme an Events wie dem Modular Festival oder auch an regionalen Bürger:innenfesten. Aktionen wie die Biotonnen Challenge und Nachbarschaftsfeste und Aktionen in Kindergärten zielten darauf ab, die korrekte Trennung von Bioabfall zu fördern und Kunststofffehlerwürfe zu vermeiden. Neben der direkten Ansprache und Aufklärungskampagnen wurden interaktive Spiele etwa zum Thema „Mülltrennung“ angeboten. Durch praktische Aktivitäten wie das Pflanzen von Setzlingen in aus Biomüll hergestellter regionaler Erde wurde das Bewusstsein für die Bedeutung der richtigen Mülltrennung geschärft. Diese

Maßnahmen halfen, die Bürger:innen für nachhaltige Praktiken zu sensibilisieren und zu mobilisieren.

Um die Ziele eines Projekts wie reGIOcycle erfolgreich umzusetzen, ist es essenziell, die Bürger:innen oder andere Akteure wie Politik und Wirtschaft frühzeitig und kontinuierlich einzubeziehen. Der Prozess braucht Zeit und Geduld, da Verhaltensänderungen nicht sofort eintreten. Besonders wirksam sind direkte Ansprache und kleine, zielgerichtete Initiativen wie persönliche Gespräche, Aktionen in kleineren Gemeinschaften (z. B. Großwohnanlagen) und Workshops, auch in Kindergärten und Schulen. Wiederholte Sensibilisierungsmaßnahmen sind notwendig, um langfristige Effekte zu erzielen. Dafür sollten Städte, Kommunen und Abfallwirtschaftsbetriebe entsprechende Stellen und Mittel bereitstellen, um eine kontinuierliche und effektive Bürger:innenbeteiligung zu gewährleisten.

INFORMATIONEN

reGIOcycle
Vermeidung, Substitution und nachhaltige Kreislaufwirtschaft von Kunststoffen am Beispiel der Region Augsburg

Projektbeteiligte:
Abfallwirtschafts- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Augsburg (AWS), Deutsches Institut für Urbanistik (difu), Fraunhofer-Einrichtung für Wertstoffkreisläufe und Ressourcenstrategie (IWKS), Landpack, TECNARO, Umweltcluster Bayern, Universität Augsburg – Zentrum für Klimaresilienz, Universität Stuttgart – Institut für Kunststofftechnik

Laufzeit: 01.02.2020 - 31.01.2025

Bundesländer: Bayern, Baden-Württemberg

Internetseite: regiocycle.de

Förderkennzeichen: 033L218





Brenda Uhlig präsentiert INTEGRAL auf der Stadt-Land-Plus-Statuskonferenz.

Der Einsatz mineralischer Recycling-Baustoffe in der Verwaltungs- und Vergabepaxis

Wie sind Sie mit Stadt-Land-Plus verbunden? Was war Ihre Motivation, bei SLP mitzumachen?

Innerhalb des Stadt-Land-Plus-Vorhabens wirke ich im Projekt INTEGRAL mit. Im Mittelpunkt dieses Projekts stehen die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft hinsichtlich des mineralischen Stoffstroms im Bauwesen sowie die Gestaltung einer ressourcenschonenden und effizienten Flächennutzung. Die Modellregion umfasst den Landkreis Meißen und die Landeshauptstadt Dresden im Freistaat Sachsen. Ich habe mich für das Projekt INTEGRAL beworben, um zu einer lebenswerten Zukunft beizutragen. Die Zusammenarbeit in einem interdisziplinären Team zur Verknüpfung der Kreislaufwirtschaft, des Bauingenieurwesens und des Landmanagements finde ich sehr spannend.

Was sind beim Einsatz mineralischer Recycling-Baustoffe die konkreten Herausforderungen in der Verwaltungs- und Vergabepaxis und wie können sie überwunden werden?

Wesentliche Herausforderungen für einen verstärkten Recycling-Einsatz stellen ein negatives Image aufgrund von Vorurteilen oder schlechten Erfahrungen, eine Konkurrenz zu den etablierten Primärbaustoffen sowie unzureichendes Wissen und mangelnde Erfahrungen der Bauplanenden dar. Um diesen Problemfeldern zu entgegnen, entwickeln wir gegenwärtig unser INTEGRAL-Tool. Dieses besteht aus den drei

Brenda Uhlig, Landeshauptstadt Dresden,
Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung (INTEGRAL)

Brenda Uhlig ist Praktikerin und Wissenschaftlerin zugleich. Schon in ihrer Ausbildung hat sie einerseits Bauingenieurwesen studiert, andererseits dual bei der Chemnitzer Verkehrs-AG gearbeitet. Seit 2021 ist sie im Amt für Hochbau und Immobilienverwaltung der Landeshauptstadt Dresden angestellt und promoviert gleichzeitig seit 2022 zum Einsatz mineralischer Recycling-Baustoffe bei öffentlichen Auftraggebern.

Modulen Material, Fläche und Qualität, die die öffentliche Verwaltung und weitere interessierte Stakeholder während des gesamten Stoffkreislaufs unterstützen.

Welche Rolle spielt der regionale Austausch beim Recycling mineralischer Stoffe in der Stadt und im ländlichen Raum?

Im ländlichen Raum werden einerseits mehr natürliche Steine-Erden-Rohstoffe gewonnen sowie andererseits mehr mineralische Bau- und Abbruchabfälle in Abbaustätten und Deponien entsorgt als in der Stadt, da hier nicht die dafür nötigen Flächen zur Verfügung stehen. Hingegen erfolgen in urbanen Gebieten verstärkt Neu-, Um- und Rückbauaktivitäten, sodass zwischen Stadt und Land Stoffströme fließen. Recycling in der Nähe anthropogener Lager der Städte schützt nicht nur Ökosysteme, sondern führt auch zu geringeren Transportwegen. Damit wird ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Im Projekt wurde ein regionales Materialkaster für die Wiederverwertung von Baumaaterialien entwickelt. Wo liegen aus Ihrer Sicht die Mehrwerte solcher Werkzeuge für die Entscheidungsunterstützung?

Das Materialkaster (Modul Material) stellt ein strategisches Modul des INTEGRAL-Tools dar. Es versetzt regionale und kommunale Akteure in die Lage, ein Kaster der in Gebäuden

und Infrastrukturen gebundenen Baustoffe selbstständig zu erstellen. Auf dieser Grundlage können die voraussichtlich zu erwartenden Mengen anfallender Bau- und Abbruchabfälle sowie potenzielle Bedarfe an Baustoffen ermittelt werden. Aus meiner Sicht stellt der Wissensaufbau zu vorhandenen Baustoffen in anthropogenen Lagern sowie vergangenen, aktuellen und prognostischen Stoffströmen eine notwendige Grundlage dar, um eine Kreislaufwirtschaft zu realisieren.

Inwiefern kann das Projekt INTEGRAL darüber hinaus beim zirkulären Bauen unterstützen?

Um Zirkularität im Bauwesen ganzheitlich zu etablieren, bedarf es Anstrengungen sämtlicher an der Kreislaufwirtschaft beteiligter Stakeholder. Dazu führen wir neben der Entwicklung unseres INTEGRAL-Tools umfassende Workshops und Interviews mit der öffentlichen Verwaltung, Planungsverbänden, Vertreter:innen der Recyclingwirtschaft und Bauunternehmen durch. Nur durch ein gemeinsames Agieren in Verbindung mit Aufklärung und Transparenz kann es gelingen, die gegenwärtig ressourcen- und flächenintensive Bauwirtschaft hin zu einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft zu transformieren.

Inwiefern hat sich mit dem Projekt der Blick auf die Themen Kreislaufwirtschaft und Ressourcenschutz in Ihrer Region verändert?

Das Recycling trägt in einem dynamischen Umfeld zunehmend zur Rohstoff- und Entsorgungssicherheit bei. Wir konnten herausfinden, dass Recycling-Rohstoffe gegenwärtig etwa 15% der insgesamt nachgefragten mineralischen Rohstoffe im sächsischen Bauwesen substituieren (bezogen auf die Masse). Das maximale Recycling-Potenzial beläuft sich auf etwa 30%, sodass weiterhin verstärkte Anstrengungen im Recycling unternommen werden sollten.

Was ist für Sie die spannendste Erkenntnis aus dem Projekt INTEGRAL?

Es ist allgemein bekannt, dass es sich bei der Baubranche um einen extrem ressourcenintensiven Wirtschaftszweig

handelt. Für mich war es interessant zu erfahren, dass die Baubranche zudem für das höchste Abfallaufkommen verantwortlich ist: Allein die ungefährlichen mineralischen Bau- und Abbruchabfälle stellen mit knapp 60 % den Großteil sämtlicher entsorgter Abfälle in Sachsen dar. Dies überraschte mich, da in öffentlichen Debatten andere Abfallarten wie Verpackungs- und Elektroabfälle im Fokus stehen. Aus meiner Sicht sollte deshalb der Bewirtschaftung des gewaltigen Stroms der Bau- und Abbruchabfälle eine größere Bedeutung in der Ressourcenschonung zukommen.

Was möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern noch mitgeben?

Recycling-Baustoffen haftet insbesondere deshalb ein negatives Image an, weil sie mit Abfällen assoziiert werden. Meines Erachtens nach ist der Abfallbegriff zukünftig zu überdenken, da vor allem ungefährliche mineralische Bau- und Abbruchabfälle wertvolle Ressourcen darstellen. Die Politik sollte gütegesicherte Recycling-Baustoffe grundsätzlich als Produkte definieren. Zudem muss das Recycling als Dienstleistung für die Bauwirtschaft und nicht als reine Abfallentsorgungsmaßnahme verstanden werden.



Hergestellte rezyklierte Gesteinskörnungen.



Arbeit, Freizeit und Erholung in Stadt und Land

AUTOR:INNEN

Uwe Ferber, Veronika Jorch

Flächennutzungskonkurrenzen nehmen zu – Wohnen, Gewerbe, Freizeit, Erholung, Natur- und Umweltschutz sowie Landwirtschaft stehen immer stärker in Konkurrenz und stellen die Erreichung des 30 Minus x-Hektar-Ziels in Frage. Zugleich führt fehlender Wohnraum in Ballungsräumen zur Notwendigkeit eines verstärkten Wohnungsbaus. Auch um die Ausweisung von Gewerbeflächen wird hart gerungen. Insbesondere der Bedarf an Logistikflächen kann schon aufgrund der wenig nachhaltigen Planungs- und Baupraxis nicht gedeckt werden. Gewerbeflächen entstehen außerdem im ländlichen Raum häufig auf Flächen, die in landwirtschaftlicher Nutzung sind und damit für die Nahrungsmittelproduktion wegfallen. Gleichzeitig steigt der Druck auf Naturschutzflächen oder naturnahe Flächen, weil Erholungssuchende in die wenigen verbleibenden grünen Räume strömen. Stadt-

Land-Partnerschaften bieten die Chance eines Interessensausgleichs zwischen den beteiligten Akteur:innen und können Optionen einer nachhaltigen und multifunktionalen Nutzung von Flächen eröffnen.

Das Stadt-Land-Plus Projekt KoOpRegion zeigt am Beispiel der Planungsregion Nordschwarzwald auf, wie städtische und ländliche Kommunen von einer Zusammenarbeit profitieren können. Mit einer gemeinsamen regionalen Strategie wird aufgezeigt, wie Flächenmanagement, Nachhaltigkeit und interkommunale Kooperation miteinander verknüpft werden können. Als übergreifender Rahmen für die Aktivitäten und Analysen wurde der Ansatz eines integrierten nachhaltigen Gewerbeflächenmanagements (INGFM) entwickelt. Vorgeschlagen wird ein systematisches Management von Gewerbeflächen über den



Mit neuen Gewerbegebieten und Logistikflächen ist die Hoffnung auf Arbeitsplätze, Gewerbesteuererinnahmen und kommunale Entwicklung verbunden. Doch oftmals entstehen diese auf der „grünen Wiese“ oder auf dem Acker - die Interessenskonflikte mit Nahrungsmittelproduktion, aber auch zu Natur- und Umweltschutzbelangen ist vorprogrammiert. Doch auch zum Wandern, Paddeln oder Campen wird Platz in der Landschaft benötigt, wenn es raus aus der Stadt zur Naherholung und Freizeitgestaltung ins Grüne geht. Hinzu kommen die erforderlichen Verkehrsverbindungen und Infrastrukturen. Wie können diese verschiedenen Nutzungsansprüche an Flächen so miteinander in Einklang gebracht werden, dass sie sich nicht gegenseitig behindern, stören oder gar zerstören? Insbesondere die Integration von Naturschutzmaßnahmen in Gewerbegebiete und Erholungsräume und die frühzeitige und gezielte Planung von Verkehrsströmen bieten Chancen, Konflikte zu entschärfen.

gesamten Nutzungszyklus hinweg, also von Ausweisung und Planung, über Bebauung und Nutzungsphase bis zur Nachnutzung oder dem Rückbau.

Das Projekt Logist.Plus in Osnabrück zeigt auf, dass multicoidierte und interkommunale Gewerbeplanung möglich ist. Für den besonders konfliktbeladenen Sektor der Logistikflächen wurden partizipative Lösungen mit der Industrie entwickelt. Die Austauschplattform „Arbeitskreis Logistik – grenzenlos nachhaltig“ in der Region Osnabrück/Steinfurt zeigt, wie Interessenskonflikte entschärft werden können. Der neu erschienene Leitfaden „Nachhaltigkeit in der Logistikplanung“ zeigt, wie moderne, nachhaltig gestaltete Logistikstandorte nicht nur grün, klimaresilient und mit hoher Aufenthaltsqualität verbunden sind, sondern schonend mit der Ressource Boden umgehen und Emissionen reduzieren.

Nicht nur Arbeit, sondern auch Freizeit und Erholung benötigen Fläche – oft gerne naturnah, aber nicht zulasten der Natur! Freiraumbezogene Erholung und Freizeitaktivitäten müssen gelenkt werden, damit Naturräume nicht zerstört

werden. Das Projekt NaTourHuki im Rhein-Main-Gebiet zeigt auf, wie insbesondere in den wirtschaftsstarken Stadt-Land-Regionen konkurrierende landwirtschaftliche Produktion, Natur- und Landschaftsschutz, Ansprüche aus der Energiewende, der Wunsch nach Erholungsraum sowie der Bedarf an Siedlungsflächen miteinander verknüpft werden können. Es gilt, die Vielzahl von Eingriffen in Natur und Landschaft nicht singular auszugleichen, sondern gleichzeitig auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu verbessern und hierfür Strukturen, wie Regionalparke oder Grünen Ringe zu stärken. Gleichzeitig zeigt das Projekt auch, dass über das gemeinsame Thema des nachhaltigen Tourismus Kommunen zusammenwachsen können.

Die Ergebnisse der Stadt-Land-Plus Forschungsprojekte zeigen auf, dass Stadt-Land-Partnerschaften eine geeignete Maßstabebene sind, um die Siedlungsflächenentwicklung mit all ihren Bedürfnissen und Anforderungen nachhaltiger zu steuern.

Gewerbe, aber nachhaltig – Chancen für die kommunale Entwicklung

AUTOR:INNEN

Jürgen Kopfmüller, Hannah Kosow, Martina Leucht, Uli Müller, Markus Peter, Joanna Skok, Heike Strobel, Sandra Wassermann, Markus Winkelmann

Warum mehr Nachhaltigkeit in Gewerbegebieten?

Im Rahmen des Projekts KoOpRegion wurde am Beispiel der Region Nordschwarzwald untersucht, wie ein nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement auf regionaler Ebene ausgestaltet und umgesetzt werden kann. Ausgangslage war die für viele Regionen beispielhafte kontinuierlich wachsende Flächeninanspruchnahme für gewerbliche Nutzungen. Diese steht der zunehmenden Flächenknappheit in den Zentren, anspruchsvollen politischen Nachhaltigkeitszielen sowie zunehmenden Flächennutzungskonkurrenzen gegenüber. Startpunkt des Projekts war die vielfach diskutierte These, dass interkommunale Kooperation eine nachhaltigere Landnutzung im Kontext bestehender Stadt-Umland-Beziehungen begünstigt. Das Projekt zeigt Möglichkeiten auf, wie historisch gewachsene Interessens- und Konfliktlagen auf regionaler Ebene überbrückt und Entscheidungs- und Planungsprozesse für ein im Vergleich zur bisherigen Praxis breiteres Verständnis von Nachhaltigkeit geöffnet werden können. Es zeigt auch auf, wie Kommunen und Unternehmen von einer Zusammenarbeit in Richtung einer nachhaltigeren Gewerbeflächenentwicklung profitieren können.

Ziel war es, gemeinsam mit verschiedenen Praxispartner:innen sowie Vertreter:innen auf regionaler Ebene eine Strategie zu entwickeln, die folgende drei Handlungsbereiche praxisnah miteinander verbindet: Flächenmanagement, Nachhaltigkeit und interkommunale Kooperation. Hierzu wurden Handlungsoptionen und Kooperationspotenziale aufgezeigt, indem Akteur:innen-Konstellationen und existierende Konflikte analysiert sowie Handlungsnotwendigkeiten für die Überwindung von Hemmnissen herausgearbeitet wurden. Außerdem wurde ein Set von Nachhaltigkeitskriterien und -indikatoren für Gewerbeflächen entwickelt. Im gesamten Projektverlauf wurden partizipative Methoden angewandt (u. a. interaktive Online-Umfragen, Workshops u. a. zur Entwicklung von Szenarien und einer regionalen Strategie). Das Projekt wurde von mehreren Forschungseinrichtungen (EIFER, ZIRIUS, ITAS, MWO) bearbeitet, vom Regionalverband Nordschwarzwald koordiniert und von einer Reihe regionaler

INFORMATIONEN

KoOpRegion - Kommunale Kooperationsoptionen für die nachhaltige Flächennutzung in der Region Nordschwarzwald

Projektbeteiligte:

Projektkonsortium: Regionalverband Nordschwarzwald, Europäisches Institut für Energieforschung (EIFER), Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS), Zentrum für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (ZIRIUS), Markt- und Organisationsforschung (MWO)

Assoziierte Praxispartner: Wirtschaftsförderung Nordschwarzwald (WFG), Industrie- und Handelskammer Nordschwarzwald (IHK), Wirtschaft und Stadtmarketing Pforzheim (WSP)

Laufzeit: 01.02.2020 - 31.01.2025

Bundesland: Baden-Württemberg



Internetseite:

nordschwarzwald-region.de/projekte/koopregion

Förderkennzeichen: 033L224

Praxispartner unterstützt (Wirtschaftsförderung und IHK Nordschwarzwald, Wirtschaft und Stadtmarketing Pforzheim sowie Wirtschaftsförderung des Enzkreises). So ergänzten sich im Projekt wissenschaftliche Expertise und Praxiswissen.

Projektansatz

Als übergreifender Rahmen für die Aktivitäten und Analysen wurde der Ansatz eines integrierten nachhaltigen Gewerbeflächenmanagements (INGFM) entwickelt, der beispielhaft in der Region Nordschwarzwald angewendet wurde. Mit dem systematischen Management von Gewerbeflächen über den ganzen Nutzungszyklus hinweg, also von Ausweisung und Planung, über Bebauung und Nutzungsphase bis zur Nachnutzung oder dem Rückbau, können Synergieeffekte innerhalb eines Gewerbegebiets identifiziert und gemeinsam mit den ansässigen Betrieben und den kommunalen Akteur:innen umgesetzt werden. Wichtig ist dabei, dass die Transaktionskosten für Koordination und Umsetzung solcher Synergie-Effekte in einem angemessenen Verhältnis zum gebietsspezifischen Aufwand stehen.

Die Orientierung am Ziel der Nachhaltigkeit, basierend auf aktuellen wissenschaftlichen Studien, Dokumenten regionaler Akteur:innen sowie dem integrativen Nachhaltig-

keitskonzept der Helmholtz-Gemeinschaft, gewährleistet die Berücksichtigung relevanter Aspekte eines breiten thematischen Spektrums über die klassische „Säulen“-Logik (Ökonomie, Ökologie, Soziales) hinaus. Für die Anwendung des erarbeiteten Nachhaltigkeitskonzepts auf Gewerbegebiete wurden in einem intensiven Diskussionsprozess zusammen mit relevanten Stakeholdergruppen 15 Kriterien zur Erfassung und Bewertung der Nachhaltigkeitsperformanz entwickelt.

Der integrierte Ansatz des INGFM verweist auf die Notwendigkeit einer möglichst umfassenden Perspektive auf Gewerbegebiete, weg von einer Fokussierung auf kurzfristige Einzelaspekte, hin zu einer ganzheitlichen langfristigen Betrachtungsweise. Insbesondere sollen dabei mögliche nicht intendierte Nebeneffekte von auf die Behebung spezifischer Probleme abzielenden Einzelmaßnahmen und das Zusammenspiel von Maßnahmen berücksichtigt werden. Die Integration von Praxisakteur:innen in den gesamten Prozess gewährleistet die Berücksichtigung konkreter Bedürfnisse, Wünsche und Notwendigkeiten sowie von Praxiswissen.

Zentrale Ergebnisse

Im Rahmen des Projekts wurde ein Leitfaden zur Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbeflächenmanagements in regionaler Kooperation erarbeitet und eine regionale Strategie „erster Schritte“ für ein nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement in der Region Nordschwarzwald formuliert. Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten konnten beispielhaft mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeitsperformanz von Gewerbegebieten im Bestand und in der Neuausweisung aufgezeigt werden. Die Verstetigung des durch das



KoOpRegion – involvierte Akteure

Projekt begleiteten Austausches zwischen den im Strategieprozess involvierten Akteur:innen wird angestrebt. Kernelement hierbei ist die Weiterführung einer bereits im Rahmen des Projekts etablierten regionalen Arbeitsgruppe mit Vertreter:innen der regionalen Gremien der Regionalplanung und Wirtschaftsförderung, die auf Basis regelmäßiger Treffen die regionale Vernetzung mit Blick auf ein nachhaltiges Gewerbegebietsmanagement weiter vorantreiben soll.

Eine stärkere Ausrichtung der Gewerbeflächenentwicklung auf regionale, interkommunale und gewerbegebietsweite Kooperation ist angesichts sich wandelnder Rahmenbedingungen notwendig und sollte als Chance für die kommunale und regionale wirtschaftliche Entwicklung angewendet werden.



KoOpRegion – Aktivitäten

Interkommunale + Austauschplattform



Arbeitskreis Logistik

LOGIST
.PLUS +
Nachhaltige Logistik

Nachhaltige Logistik



Governance + Geschäftsmodelle



City Logistik Konzepte

Empfehlungen für die + Praxis



Nachhaltige Standortgestaltung

Gemeinsam gestalten

Stakeholderdialog +



Kommunen + Unternehmen

Handlungsfelder nachhaltiger
Flächenentwicklung.

Logistik gemeinsam gestalten – kooperativ, interkommunal, koordiniert

AUTOR
Felix Bücken

Hoher Flächenbedarf der Logistikbranche

Die Logistikbranche ist aufgrund ihres anhaltenden Wachstums und hoher Flächeninanspruchnahme mit großen Gebäuden ein besonders von Landnutzungskonflikten und zunehmenden Boden- und Immobilienpreisen betroffener Wirtschaftszweig. Es ist bisher nicht gelungen, den Flächenbedarf der Logistikbranche mit Nachhaltigkeitszielen in Einklang zu bringen:

Aufgrund des Flächenbedarfs der Logistik wird das Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, bis 2030 die Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungen und Verkehr auf unter 30 Hektar pro Tag zu verringern, sowie das Ziel des Sustainable Development Goals (SDG) 15.3 „Bodendegradationsneutralität“ den Anteil der degradierten Fläche an der Gesamtfläche nicht weiter zu erhöhen, schwer zu erreichen sein.

Hier setzt Logist.Plus an. Zentrale Bestandteile der Projektarbeit zielen auf übergreifende Governancestrukturen ab, die Interessen in Stadt, städtischem Umland und ländlichem Raum berücksichtigen. Bei der Projektregion handelt es sich um einen bundesländerübergreifenden

Raum, der Gebiete mit unterschiedlichen regulativen Rahmenbedingungen und strategischen Zielen umfasst und in dem die Logistik von großer Bedeutung ist.

Kernergebnisse

Beitrag zum Bodenschutz

Im Handlungsfeld Bodenschutz wurden Logistikstandorte im Projektgebiet auf ihren Versiegelungsgrad, das Entsiegelungspotential und das Belagsänderungspotential untersucht. Die 73 analysierten Standorte weisen einen durchschnittlichen Versiegelungsgrad von 84 % auf, wobei das Flächenpotential für Entsiegelung 3 % und Belagsänderung 10 % beträgt (z. B. Stellflächen). Auf Grundlage der Erhebungen konnten Potentialkarten entwickelt werden, die standortspezifische Optionen zur Verbesserung des Bodenschutzes auf Logistikflächen aufzeigen.

Entwicklung von Governance-Instrumenten

Es konnten fünf Instrumente zur Reduktion von Landnutzungskonkurrenzen und der Verbesserung des Interessenausgleichs zwischen Stadt und Land bzw. unterschiedlichen Gebietskörperschaften entwickelt und in Workshops diskutiert, evaluiert und erprobt werden. Potenziell effektive Instrumente sind:

1. Beratungsangebot zur Flächenreduktion für Logistikbetriebe
2. Austauschplattform zur Diskussion potenzieller Logistikstandorte; Koordination und Kompromissfindung in der Ansiedlungspolitik

3. Finanzielle Unterstützung für Maßnahmen, die eine bessere Nutzung von Bestandsstandorten erlauben
4. Interkommunale Angleichung der planerischen Festsetzungen
5. Interkommunales Gewerbegebiet mit Logistik als Vorrangnutzung

Die Austauschplattform „Arbeitskreis Logistik – grenzenlos nachhaltig in der Region Osnabrück/Steinfurt“ wird in der Praxis umgesetzt. Gegenstand der Initiative ist zudem die Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle für die City Logistik. Erste Veranstaltungen zur Verbesserung des interkommunalen Dialogs haben bereits stattgefunden, eine dauerhafte Durchführung der Formate ist vorgesehen.

Gestaltungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen

Für eine nachhaltigere Neuausweisung und Gestaltung von Flächen wurden Handlungsempfehlungen für Kommunen entwickelt und in einer Broschüre zusammengefasst. Bei der Flächenentwicklung sollten Entsiegelungspotenziale genutzt und der Grad der Neuversiegelung reduziert werden. Des Weiteren ergeben sich in der Phase der Flächenentwicklung weitreichende Optionen der Grünflächengestaltung und -aufwertung sowie zur Festsetzung von Maßnahmen zur ökologischen Gebäudegestaltung, die auch den Anforderungen der Klimaanpassung Rechnung tragen.

Handlungsleitfaden für die Standortgestaltung

Der mit Best-Practice-Beispielen aus der Logistikbranche ergänzte Handlungsleitfaden gibt Unternehmen eine Orientierungshilfe bei der Auswahl nachhaltiger, standortbezogener Maßnahmen. Das Produkt illustriert, dass moderne, nachhaltig gestaltete Logistikstandorte nicht nur grün, klimaresilient und mit hoher Aufenthaltsqualität verbunden sind, sondern schonend mit der Ressource Boden umgehen und Emissionen reduzieren. Positive Effekte im Sinne nachhaltiger Logistikstandorte ergeben sich aus:

- Effizienter Flächennutzung
- Nutzung von Brownfields
- Flexibler baulicher Gestaltung
- Integration nachhaltiger Transportmittel
- Energieeffizientes Bauen
- Integration von Maßnahmen zur Klimaanpassung
- Entwicklung von Betriebsstandorten im Dialog mit Stakeholdern.

Empfehlungen für Kommunen und Unternehmen

Die Verbesserung des Bodenschutzes auf Bestandsflächen sollte Gegenstand des betrieblichen Nachhaltigkeitsmanagements sein. Bei der Neuentwicklung von Unternehmensflächen sind Belange des Bodenschutzes bereits im Planungsprozess zu berücksichtigen und schützenswerte Böden auszuschließen. Eine bodenkundliche Baubegleitung kann sicherstellen, dass Bodenverdichtung vermieden wird.

Bei der Ausweisung von Gewerbeflächen sollte stärker als bisher auf die Belange des Bodenschutzes geachtet werden. Auch lässt sich eine nachhaltige Flächennutzung mittels planerischer Festsetzungen bewirken. Logistikunternehmen, die oft mit Ablehnung konfrontiert sind, stehen Auflagen und Anforderungen weniger negativ gegenüber, als kommunale Akteur:innen annehmen.

Die Governance der Flächenentwicklung unter Berücksichtigung der Belange und Auswirkungen der Logistik sollte weiter vorangetrieben werden. Der begonnene Prozess der interkommunalen Entwicklung von Ansiedlungsstrategien im Rahmen eines regelmäßig stattfindenden Veranstaltungsformates ist weiter zu verfolgen.

Die Sensibilisierung von Unternehmen für eine nachhaltige Gestaltung von Betriebsstandorten muss intensiviert werden. Eine ganzheitliche, zugleich unternehmensspezifische Beratung, kann dazu beitragen, dass gewerbliche Nutzungen weniger Fläche in Anspruch nehmen und die genutzten Flächen nachhaltiger konzipiert werden.

INFORMATIONEN

Logist.Plus – Ressourcenschutz durch Logistik Plus

Projektbeteiligte:

Boden-Bündnis Europäischer Städte, Kreise und Gemeinden (ELSA) e. V., Hochschule Osnabrück, KNI – Kompetenznetz Individuallogistik e. V., Kreis Steinfurt, Landkreis Osnabrück, Stadt Osnabrück, Universität Osnabrück, Wissenschaftsladen Bonn e. V.

Laufzeit: 2020-2025

Bundesländer: Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen

Internetseite: logist-plus.de

Förderkennzeichen: 033L216





Nutzung vorhandener Infrastruktur – hier zur Trinkwassergewinnung – um neue Aufenthaltsmöglichkeiten entlang der neuen Regionalpark Kinzigauenroute schaffen.

Naherholung und Tagestourismus als Impulsgeber für Stadt und Land

AUTOR
Jörg Dettmar

Ansatz von NaTourHuki

Im Rahmen von NaTourHuKi wurde erprobt, inwieweit durch die Planung und Steuerung von Naherholung und Tagestourismus im hessischen Kinzig-Auenland Impulse für die nachhaltige Entwicklung in der Region erfolgen können. Erholung in der Landschaft ist ein positiv besetztes Thema, entsprechende Angebote für die Bevölkerung und für Besucher:innen aus der Umgebung tragen zur Lebensqualität, höherer Attraktivität der Kommunen und auch wirtschaftlichem Mehrwert bei.

Stadt-Land Ausgleich durch Erholung

Ein Stadt-Land Ausgleich wird ganz praktisch, wenn sich Menschen aus dem Ballungsraum Rhein-Main in dem Kinzig-Auenland erholen und die ländliche Bevölkerung attraktiver per Rad in die Großstadt Hanau gelangt. Die Kinzig verläuft vom ländlichen Raum um Spessart und Vogelsberg bis in den Ballungsraum Rhein-Main, wo sie in Hanau in den Main mündet. Mit NaTourHuki wurden Grundlagen geschaffen für den Aufbau einer zentralen Infrastruktur mit nachhaltigen Angeboten für landschaftsbezogene Naherholung und Tagestourismus. Dies geschieht u. a. durch die Planung einer neuen Erlebnisroute des Regionalparks RheinMain in der Kinzig-Aue. Sie wird die touristischen „Point of Interest“ (POI) verbinden, die Auenlandschaft erschließen und Stadt und Land besser verknüpfen. Das spezifische Potential dieser Landschaft soll durch die Entwicklung eines neuen Narrativs im Bewusstsein der Bevölkerung auch als Erholungsraum verankert werden.

Nachhaltigkeit steigern

Nachhaltigkeit zeigt sich in der Förderung des Radverkehrs sowie einer verbesserten Anbindung an den ÖPNV, um den Anteil des motorisierten Individualverkehrs zu reduzieren. Es werden Impulse zur Verbesserung der Radinfrastruktur, z. B. des Hessischen Fernradwegs R3, gegeben und die Anbindung der Innenstädte und anderer touristischer POIs in den Städten thematisiert. All dies sind Bausteine der entwickelten Strategie und sind bereits eingeflossen in die durchgeführte Zertifizierung des Main-Kinzig-Kreises als nachhaltige Destination.

Sektorale Grenzen überwinden

Synergien zwischen Natur- und Hochwasserschutz, Gewässerrenaturierung und Erholungsangeboten mit Auenerlebnis führen sektorale Zuständigkeiten stärker zusammen. Die Beachtung des erheblichen Naturschutzwertes der Aue geschieht u. a. durch eine verbesserte Besuchlenkung auf zentralen Wegen mit ergänzenden Bildungsangeboten für nachhaltige Entwicklung (BNE). Dies umfasst auch Strategien zur Inklusion und Partizipation aller sozialen Gruppen und Menschen mit Einschränkungen, die bei derartigen Ansätzen oft unberücksichtigt bleiben.

Erholung als Impulsgeber für die Stadtentwicklung

In dem Projekt wurden auch Vorschläge entwickelt, um durch die Verbesserung der Naherholung Impulse für die Stadtentwicklung zu geben, z. B. zur Klimaanpassung durch die Nutzung der Kinzig-Aue für die Weiterentwicklung der „Grünen Infrastruktur“ in Hanau oder Gelnhausen, die Transformation eines in die Jahre gekommenen Gewerbegebietes in Wächtersbach oder einer überdimensionierten Straße in Erlensee.

Innovativer Ansatz

NaTourHuKi hat einen transdisziplinären Ansatz, die Verbundkooperation führt Wissenschaft und Praxis aus den Bereichen Landschaftsarchitektur, Landschaftsplanung, Stadtplanung, Tourismus, Verkehr und Umweltbildung mit Akteur:innen aus dem Naturschutz, der Land- und Forstwirtschaft, dem Hochwasserschutz, der Stadtplanung und dem Tourismus aus den Kommunen und dem Main-Kinzig-Kreis zusammen.

Verbesserte regionale Kooperation

Naherholung und Tagestourismus hatten bislang keine ausgeprägte Lobby und planerische Grundlagen im Kinzig-Auental. Die verstärkte Nutzung des Raumes für die Erholung – nach Corona – trifft in der Kinzig-Aue auf viele Naturschutzflächen und gleichzeitig eine massiv belastende Verkehrsinfrastruktur. Störungen und Konflikte sind vorprogrammiert, gleichzeitig sind Vorschläge für Lösungen geeignete Schlüssel für regionale Kooperationen. Das Konzept einer zentralen, attraktiven und verträglichen Freizeitroute im Kinzig-Auental traf auf offene Ohren und Unterstützung in der kommunalen Politik.

Entwürfe und Visualisierungen helfen

Die Verbindung von Wissenschaft und Praxis wurde unterstützt durch den Einsatz von Plänen, Entwürfen und Visualisierungen. Vieles entstand im Rahmen zahlreicher studentischer Projekte. Studierende der Architekturfaculty der TU Darmstadt entwickelten eine Vielzahl an Ideen zu Themen, wie z. B. die Entwicklung der Kinzig als grüne Infrastruktur in Hanau und Gelnhausen, die Transformation von Gewerbegebieten und die Verbesserung der Radwegeinfrastruktur, sowie die Erschließung von touristischen POI im Kinzig-Auental. Die Entwürfe, Pläne und Visualisierungen entstanden immer in Zusammenarbeit und intensiven Diskussionen mit Vertreter:innen aus Politik und Verwaltung und dienen im Rahmen von NaTourHuKi auch zur besseren Information über Potenziale und Chancen im Kinzig-Auental.

Zentrale Ergebnisse und Erkenntnisse

Das Vorhaben konnte einen Impuls in die Region geben und zeigen, dass sich Naherholung und Tagestourismus sehr gut für eine regionale Kooperation eignen. Dies gilt, obwohl die Handlungsfähigkeit insbesondere kleinerer Kommunen durch finanzielle und personelle Engpässe begrenzt ist. Der erwartete Mehrwert für die Bürger:innen und die Lösung bestehender Konflikte öffnen trotzdem Möglichkeiten.



Visualisierung der Umgestaltung des Kinzigufers in der Innenstadt Hanau.

Neues Narrativ

Das im Verbundprojekt entwickelte Narrativ „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“ ist ein Werkzeug, um das Kinzig-Auental als Erholungsraum im Bewusstsein der Region zu verankern. Das daran anknüpfende Leitkonzept für die zentrale Freizeitroute „Regionalpark RheinMain Kinzigauenroute“ verbindet landschaftliche Attraktivität, Naturschutz in der Aue und kulturelle Highlights. Dies kann die Basis bilden für eine in Zukunft stärker verankerte Identifikation mit dem Kinzig-Auental, das bislang vor allem als Verkehrskorridor, Hochwasserrisikogebiet und eher unzugänglicher Schutzraum für die Natur wahrgenommen wird.

Bildungsangebote vernetzen

Die anvisierte Besuchslenkung kann die Störungen empfindlicher Naturräume und landwirtschaftlicher Flächen verhindern. Zudem kann durch Bildung (z. B. Umweltbildung und BNE) ein verantwortungsvolles Verhalten in der Natur gefördert und Bewusstsein für nachhaltige Erholung und regionale Identität gestärkt werden. Auch hierfür wurden Konzepte und Materialien entwickelt.

INFORMATIONEN

NaTourHuKi – Nachhaltiges Tourismuskonzept für Hanau und den westlichen Teil des Main-Kinzig-Kreises im Kontext des Regionalparks RheinMain

Projektbeteiligte:

TU Darmstadt/Fachbereich Architektur, HS Heilbronn/Tourismusmanagement, UAS Frankfurt-Main/Neue Mobilität, Magistrat der Stadt Hanau/Umweltzentrum Hanau, Spessart Tourismus und Marketing GmbH, Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH

Laufzeit: 01.02.2020 – 31.01.2025

Bundesland: Hessen

Internetseite: natourhuki.de

Förderkennzeichen: 033L215





Peter Bloch, Oberbürgermeister Stadt Pforzheim (KoOpRegion)

Peter Bloch ist seit 2017 Oberbürgermeister der Stadt Pforzheim. Der ehemalige Polizeibeamte war zuvor sechs Jahre Bürgermeister der Gemeinde Epfendorf im Landkreis Rottweil. Als Kommunalpolitiker im Nordschwarzwald und Verwaltungschef des Oberzentrums muss sich Peter Bloch auch mit den heterogenen Entwicklungen und dadurch entstehenden kommunalen Flächennutzungskonflikten in der Region auseinandersetzen. Pforzheim ist Teil des Projektes KoOpRegion, das Lösungen für diese Konflikte erforscht und erprobt.

Nachhaltige Gewerbeentwicklung – Chance und Herausforderung für Kommunen

Wie sind Sie mit Stadt-Land-Plus verbunden? Was war Ihre Motivation, bei SLP mitzumachen?

Die planenden Ämter in unserer Stadt sowie die Kolleginnen und Kollegen aus dem Regionalverband sind und waren die treibenden Kräfte für das Oberzentrum Pforzheim als kreisfreie Stadt sich hier zu engagieren. Hauptmotivation ist die Optimierung der Kommunikation zwischen den regionalen Akteuren und ein besseres Verständnis der jeweiligen Zielsetzungen und gegenseitigen Abhängigkeiten.

Was sind aktuell die drängendsten Herausforderungen hinsichtlich Flächennutzungskonkurrenzen in der Region Pforzheim?

Die größte Herausforderung speziell für die Stadt Pforzheim ist die grundsätzliche Verfügbarkeit von Fläche. Als „grünste“ Großstadt Baden-Württembergs mit einem Waldanteil von mehr als 52% spielt Fläche schon immer eine entscheidende Rolle. Heute sind es vor allem Flächenkonkurrenzen zwischen Gewerbe und Wohnen, aber auch Bedarfe für Verkehr und Energie. Wir versuchen innerstädtische Potenziale in alten Gewerbegebieten für Wohnen, nutzbar zu machen und gleichzeitig dem dort weichenden Gewerbe alternative, moderne Potenzialflächen in Brown- und Greenfields zu bieten. Alles in einem Umfeld, das dauerhaft nach neuen und zusätzlichen Flächen geradezu lechzt.

Inwiefern bietet eine nachhaltige Gewerbe- flächenentwicklung Vorteile und Chancen für die kommunale und regionale Entwicklung?

Wir denken und leben Nachhaltigkeit nicht nur unter dem ökologischen Gesichtspunkt. Deshalb koordiniert die städtische Wirtschaftsförderung den Prozess und treibt ihn voran. Wir versprechen uns eine deutlichen Standortvorteil von nachhaltiger Gewerbeflächenpolitik. Zum einem bezogen auf die Ausstattungsmerkmale in den Gebieten (z. B. Reduzierung von Hitzeinseln), aber auch als Anreiz für die Unternehmen, die unsere Maßnahmen mit in ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung übernehmen können. Nicht zu vergessen sind auch die positiven Aspekte für die Mitarbeitenden. Gut geplante und umgrenzte Gewerbegebiete beinhalten auch höhere Aufenthaltsqualität und damit einen entscheidenden Standortvorteil für Unternehmen.

Wie kann mit einem interkommunal abgestimmten und kooperativen Vorgehen das sogenannte „Kirchturmdenken“ überwunden werden?

Zunächst einmal geht es für die größeren Gebietskörperschaften darum, mit gutem Beispiel voranzugehen. Durch das Schaffen von Best-practice-Beispielen, an denen sich kleinere Kommunen orientieren können, hilft man diesen bei der internen Kommunikation gegenüber den lokalen Akteuren



Pforzheim von oben.

und fördert so die schnellere Umsetzung von unterschiedlichen Themen der Nachhaltigkeit. Aber auch „Zuhören“ und Nachsteuern gehört für einen großen Partner dazu.

Was sind die konkreten Herausforderungen dabei und wie können sie angegangen werden?

Aus unserer Sicht nimmt die Kompromissbereitschaft in unserer Gesellschaft grundsätzlich ab. Partikularinteressen werden oftmals über das Gemeinwohl gestellt und mit einer gewissen Unerbittlichkeit verfolgt. Wir sind der Überzeugung, dass nur faktenbasiertes Wissen und Kommunikationsbereitschaft dieses Problem zukünftig lösen können.

Inwiefern kann das Projekt KoOpRegion bei der nachhaltigen Gewerbeflächenentwicklung unterstützen?

Hier beziehen wir wissenschaftliche Erkenntnisse und valide erhobene Maßnahmen in einen Planungs-, Kommunikations- und Umsetzungsprozess ein. Wir sprechen hier nicht über „glauben, meinen, ahnen“, sondern nehmen die gewonnenen Erkenntnisse als Basis für neue Entwicklungen. Die Versachlichung von Meinungen im interkommunalen Kontext ist aus unserer Sicht mit das wichtigste Unterstützungstool.

Was ist für Sie die spannendste Erkenntnis aus dem Projekt KoOpRegion?

Alle Partner haben, egal wie groß, wie ländlich oder wie urban sie sind, die gleichen Probleme. Nur die Ausprägung ist standortbezogen eine andere. So können auch wir als Oberzentrum sehr wohl von Problemstellungen und örtlichen Lösungen einer kleineren Kommune lernen.

Was möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern noch mitgeben?

Vertrauen Sie in Prozesse und ihre Akteure, die eine ganzheitliche Betrachtung des komplexen Systems der Nachhaltigkeit favorisieren. Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte sind gleichermaßen zu werten und umzusetzen. Das bringt uns einer positiven Zukunft einen entscheidenden Schritt weiter.



Ausblick: Von der Forschung in die Praxis

AUTORINNEN

Veronika Jorch, Nadine Pannicke-Prochnow

Die Fördermaßnahme Stadt-Land-Plus vereint 22 Projekte und ein Querschnittsvorhaben in ganz Deutschland zu den Themen nachhaltige Landnutzung und nachhaltige Regionalentwicklung. In den Projekten wurden, wie auf den vorherigen Seiten dokumentiert, Forschungsergebnisse in gemeinsamer Arbeit mit Städten, Gemeinden und Kommunen in Stadt und Land zusammengetragen. Es wurden Lösungen und Ansätze für einen nachhaltigen Wandel erprobt und etabliert. Aber was bleibt nach der Förderung?

Was in den Projekten in den jeweiligen Zielregionen schon etabliert wurde, kann Inspiration und Motivation für andere Regionen in ganz Deutschland sein. Das Querschnittsvorhaben der Fördermaßnahme setzt an dieser Stelle an: Es schafft mittels übergeordneter Themen Räume und Möglichkeiten für einen Austausch der Projekte, sodass diese voneinander lernen können. Dies ist in zahlreichen internen und externen Formaten geschehen. Die jährliche Statuskonferenz und zahlreiche Workshops sind hierbei zu nennen.

Aber auch der Austausch mit diversen Akteur:innen, die nicht in die Fördermaßnahme involviert waren, und der Transfer der Ergebnisse in andere Kommunen und Regionen wurde vom Querschnittsvorhaben vorgebracht: Die Ergebnisse von Stadt-Land-Plus wurden für Akteur:innen aus der kommunalen Praxis und Lernende, die sich neu mit den komplexen Themen befassen, aufge-

arbeitet. Folgende Formate sind dabei entstanden und können über die Stadt-Land-Plus-Website abgerufen werden:

- Ein Schulungsmodul bietet einfache Zugänge für Beginner.
- Ein Online-Handbuch vertieft in zahlreichen Artikeln und Instrumentenbeschreibungen verschiedene thematische Fragestellungen der verschiedenen Projekte.
- Zwei gemeinsame Veröffentlichungen in der Publikationsreihe „Dokumentationen“ des Deutschen Städte- und Gemeindebunds fassen kompakt die wichtigsten Ergebnisse der Fördermaßnahme zusammen:
 - ✘ DStGB und UBA (Hrsg.) (2024): Aus Stadt und Land wird Plus – Aktuellen Herausforderungen in Stadt und Land gemeinsam begegnen, 56 S. - enthält die Ergebnisse der ersten 12 Verbundvorhaben, die von 2018 bis 2023 gefördert wurden.
 - ✘ DStGB und UBA (Hrsg.) (2024): Gutes Leben in Stadt und Land – Wertschöpfung und Ressourcenschutz zusammen denken, 60 S. – enthält die Ergebnisse der 10 Verbundvorhaben der zweiten Förderrunde, die von 2020 bis 2025 gefördert worden sind.

Alle Formate sind so aufgebaut, dass bei Interesse weiterführende Informationen einfach gefunden werden können, z. B. über Verlinkungen oder QR-Codes.



Partnerschaften zwischen Stadt und Land sind vielfältig und elementar für das Dasein beider Räume. Stadt-Land-Plus erforscht die Austauschbeziehungen, sucht Lösungsansätze und Ausgleichsmechanismen für bestehende Herausforderungen im Zusammenspiel von Stadt und Land und bringt diese - mit Blick in die Zukunft - in Politik und Gesellschaft ein. Dabei wurden verschiedene Produkte und Formate für Verstärkung und Transfer, Öffentlichkeitsarbeit und Capacity Building genutzt.

Durch die praxisorientierten Veröffentlichungen werden die Ergebnisse einem breiten Publikum nahegebracht. Darüber hinaus sind in Stadt-Land-Plus - neben den zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten der einzelnen Projekte - auch übergreifende Formate und Angebote für die breite Öffentlichkeit entstanden, zum Beispiel:

- Die Stadt-Land-Plus-Website gibt einen Überblick über alle Aktivitäten und Veröffentlichungen in Stadt-Land-Plus und zeigt themenspezifisch vertiefende Angebote.
- Im Rahmen des „Zukunftsforums ländliche Entwicklung“ auf der Grünen Woche 2024 in Berlin hat eine Session über Kreislaufwirtschaft thematische Bezüge gestärkt und interessierten Zuhörer:innen Wege aufgezeigt, wie Stoffkreisläufe regional geschlossen werden können.
- Ein Podcast macht Eindrücke und Themen aus den Stadt-Land-Plus-Regionen hör- und erlebbar.
- Ein Mal- und Gesprächsangebot beim Bürgerfest des Umweltbundesamtes in Dessau hat Diskussionen und Ideen zum Leben in Stadt und Land angeregt.

Ein weiterer wichtiger Baustein sind Transferaktivitäten in Politik und Wissenschaft. Hier ist die Verbindung von Stadt-Land-Plus mit dem Umweltbundesamt, aber auch mit den anderen Partnern im Querschnittsvorhaben wichtig. Als obere Bundesbehörde des Umweltressorts kann das Umweltbundesamt die Ergebnisse aus Stadt-Land-Plus schnell und gezielt in nationale politische Prozesse, wie zum Beispiel den Prozess zum Gleichwertigkeitsbericht, einspeisen. Der Transfer von Ergebnissen in Kommunen, Landkreise und zu anderen Akteuren auf regionaler Ebene wurde in erster Linie durch das Institut für Raum und Energie und die Stadtland GmbH als Projektpartner im Querschnittsvorhaben vorangebracht.

Der Transfer in die Wissenschaft gelingt einerseits durch die Vernetzung der wissenschaftlichen Partner:innen aus den 22 Projekten als auch durch gezielte Publikationen aus den Projekten sowie dem Querschnittsvorhaben. Außerdem hat das Querschnittsvorhaben verschiedene Veranstaltungen und Formate genutzt, um Stadt-Land-

Plus-Ergebnisse in Wissenschaft, Politik und Praxis zu transportieren, zum Beispiel:

- Beim Bundeskongress „Tag der Regionen“ in Pforzheim wurden die bei Stadt-Land-Plus erarbeiteten Lösungen zu Flächen- und Nutzungskonkurrenzen vorgestellt und diskutiert.
- Studierende aus Erfurt und Augsburg konnten Stadt-Land-Plus in Vorlesungen und auf Exkursionen erleben und sowohl ihre eigenen Forschungsaktivitäten daran anknüpfen als auch die Inhalte aus Stadt-Land-Plus in Ihre spätere Berufstätigkeit, in bspw. Stadtplanung und -verwaltung, mitnehmen.
- Stadt-Land-Plus steht über das Umweltbundesamt im direkten Austausch in der Aktualisierung der Forschungsagenda Urbaner Umweltschutz.
- Das Stadt-Land-Plus-Querschnittsvorhaben hat gemeinsam mit den Verbundvorhaben rechtliche Hürden, die die Umsetzung nachhaltiger Lösungen und somit Prozesse des Wandels verhindern oder aufhalten, gesammelt, ausgewertet und aufbereitet.
- Eine interdisziplinär verfasste „Reformagenda Stadt-Land“ benennt in fünf Themenbereichen Erkenntnisse und Impulse aus der Stadt-Land-Plus-Forschung und formuliert klare Reformvorschläge, die in diverse Prozesse, z. B. in den Bundesressorts, eingebracht werden.

Starke Impulse, mutige Ideen und Innovationen sind im Rahmen der Stadt-Land-Plus-Fördermaßnahme entstanden, um vitale Stadt-Land-Partnerschaften aufzubauen und zu entwickeln. Nun gilt es einerseits, diese in den Stadt-Land-Plus-Regionen aufrechtzuerhalten, weiterzuentwickeln und in die Tat umzusetzen. Andererseits bleibt es eine Aufgabe aller mit Stadt-Land-Plus verbundenen Personen und Institutionen, diese als gute Praxisbeispiele auch in andere Regionen, gegebenenfalls in angepasster Form, zu übertragen und in die Anwendung zu bringen. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden, vielmehr ist es wichtig, die vorhandenen am Laufen zu halten. Mit den Verstärkungs- und Transfer-Aktivitäten der Stadt-Land-Plus-Fördermaßnahme wurde der Grundstein dafür gelegt – nun ist es Aufgabe der Akteurinnen und Akteure vor Ort, das Rad am Laufen zu halten.



Das Schulungsmodul und das Online-Handbuch greifen jeweils vier Kernthemen von Stadt-Land-Plus auf: „Stadt-Landschaften gewinnen“, „Regional produzieren“, „Baustoffkreisläufe organisieren“ und „Siedlungsflächen managen“.

Capacity Building

AUTORINNEN

Veronika Jorch, Göde Nommsen, Nadine Pannicke-Prochnow

Das Stadt-Land-Plus Schulungsmodul

Das Stadt-Land-Plus Schulungsmodul ermöglicht es Akteur:innen aus unterschiedlichen Bereichen wie Planung, Verwaltung, Politik und Gesellschaft, sich mit den vorhandenen Problemstellungen in Stadt, Umland und Land vertraut zu machen und gleichzeitig Lösungsansätze zu einzelnen Themenfeldern kennenzulernen. Es befasst sich mit den Herausforderungen, Chancen und Zielen nachhaltiger Stadt-Land-Beziehungen und stellt notwendige Schritte für den Aufbau von Stadt-Land-Kooperationen vor.

Die Inhalte sind in einzelnen Teil-Modulen in einfacher und verständlicher Darstellung aufbereitet und bieten somit nicht nur für Akteur:innen mit hinreichender Fachkenntnis, sondern auch für fachfremde Nutzende, z. B. aus Wirtschaft und Gesellschaft, eine Übersicht zu den genannten Themenbereichen. Ein Grundlagenmodul schafft die inhaltliche Basis, weitere vier Kernmodule legen spezifische Themenschwerpunkte. Die Anwendung der interdisziplinär erstellten Module soll die Multiplikation und den Austausch über gewonnene Erkenntnisse fördern, um Regionen und Akteur:innen besser zu vernetzen.

Das Grundlagenmodul beschreibt Ziele, Herausforderungen und Chancen von Stadt-Land-Partnerschaften. Es führt Begriffe und Definitionen ein und beschreibt den

aktuellen politischen Kontext sowie die Praxis von Stadt-Land-Kooperationen in Deutschland.

Auf dieser Basis befasst sich „Kernmodul 1: Stadt-Landschaften gewinnen“ mit der Umgestaltung von Stadtlandschaften zu Kulturlandschaften und mit Ansätzen zur Erreichung gemeinsamer, regionaler und überregionaler Ziele. „Kernmodul 2: Regional produzieren“ richtet den Blick auf den Bereich der regionalen und kleinteiligen Land- und Ernährungswirtschaft. Das Modul gibt Handreichungen zu diesem Themenkomplex, beschreibt den Prozess der Potentialanalyse und zeigt Möglichkeiten zum Aufbau kurzer Wertschöpfungsketten durch regionale Vernetzung auf. Dies wird auch im „Kernmodul 3: Baustoffkreisläufe organisieren“ nochmals aufgegriffen. Ziel des Moduls ist die Vermittlung neuer Herangehensweisen und Instrumente in der Kreislaufwirtschaft, um das Stoffstromsystem von Baumaterialien zwischen Stadt und Land im Sinne einer ressourcenschonenden (Bau-)Wirtschaft zu beiderseitigem Vorteil zu gestalten. „Kernmodul 4: Siedlungsflächen managen“ bietet vor dem Hintergrund einer stetig wachsenden Beanspruchung von städtischem und ländlichem Raum für Siedlung und Verkehr Ansätze zur nachhaltigen Siedlungsflächenentwicklung in interkommunaler Zusammenarbeit.

Das Schulungsmodul

[zukunftsstadt-stadtlandplus.de/
schulungsmodul](https://zukunftsstadt-stadtlandplus.de/schulungsmodul)





Das Online-Handbuch
[zukunftsstadt-stadtlandplus.de/
online-handbuch](https://zukunftsstadt-stadtlandplus.de/online-handbuch)



Ein Online-Handbuch für die Kommunale Praxis

Das Online-Handbuch ist eine Sammlung von praxisnahen Artikeln, die vertiefte Einblicke in die Ergebnisse der Stadt-Land-Plus-Projekte ermöglicht. Die Themen der in diesem Heft beschriebenen Projekte und weiterer zwölf Stadt-Land-Plus-Projekte werden im Online-Handbuch ausführlich dargestellt. Es ist auf der Stadt-Land-Plus Website zu finden. Zu jedem Artikel gibt es einen Teaser und eine kurze Zusammenfassung. Neben der Textliste gibt es eine Suchmaske mit Kategorien, damit Sie mit wenig Aufwand herausfinden können, welche Artikel zu Ihren Fragestellungen passen. Die Artikel sind untereinander verlinkt, sodass weitere Bezüge schnell zu finden sind. Weiterhin sind die Artikel mit Kurzbeschreibungen und Links zu Instrumenten, Werkzeugen und Leitfäden aus den Projekten untersetzt. Darüber hinaus sind im Online-Handbuch auch weiterführende Themen und Aktivitäten der Projekte zu finden.

Das Online-Handbuch wird fortlaufend mit den Artikeln der Projekte ergänzt. Bis Ende des Jahres 2024 werden noch weitere Artikel und Instrumente der Stadt-Land-Plus-Projekte hinzugefügt.

Viel Spaß beim Stöbern, Lesen und inspirieren lassen!

DStGB-Dokumentation Nr. 174: „Aus Stadt und Land wird Plus – Aktuellen Herausforderungen in Stadt und Land gemeinsam begegnen“

In der ersten gemeinsamen Publikation von Deutschem Städte- und Gemeindebund und Umweltbundesamt wurden im Februar 2024 verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, wie nachhaltige und gerechte Stadt-Land-Beziehungen auf verschiedenen Ebenen aufgebaut und entwickelt werden können. Ein enger Austausch zwischen Städten, Gemeinden und ihrem Umland, interkommunale Kooperationen sowie regionale Handlungs- und Entwicklungsansätze bieten große Potenziale für eine nachhaltige Regionalentwicklung und somit lebenswerte Kommunen und Regionen.

Die ersten zwölf Stadt-Land-Plus-Projekte, die von 2018 bis 2023 gefördert wurden, liefern Ansätze und Ideen, wie

- mit neuen Wegen der Landnutzung Win-Win-Situationen ermöglicht werden können,
- Siedlungsmanagement regional organisiert und abgestimmt werden kann,
- regionale Landwirtschaft und Wertschöpfung vor Ort gestärkt werden kann und
- durch regionale Kreislaufwirtschaft Reststoffen ein Wert gegeben und Entsorgung entlastet werden kann.

Interviews mit Praxispartner:innen aus den Projektregionen sowie die Vorstellung der Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ runden die Dokumentation ab.

DStGB-Dokumentation Nr. 174
„Aus Stadt und Land wird Plus“
[www.dstgb.de/publikationen/
dokumentationen/nr-174](https://www.dstgb.de/publikationen/dokumentationen/nr-174)





Tag der Regionen: Auskunft am Ausstellungsstand des SLP Schulungsmoduls durch Arne Siemer, Querschnittsvorhaben.

Transfer

AUTORINNEN

Veronika Jorch, Michael Melzer,
Nadine Pannicke-Prochnow, Julia Reiß

Stadt-Land-Plus beim Tag der Regionen

Beim Bundeskongress „Tag der Regionen“ am 28.05.2024 in Pforzheim wurden die bei Stadt-Land-Plus erarbeiteten Lösungen zu Flächen- und Nutzungskonkurrenzen, aber auch Erfolgs- und Hemmfaktoren sowie Möglichkeiten der Übertragbarkeit in einem eigenen Fachforum vorgestellt und diskutiert.

Das Fachforum wurde für das Querschnittsvorhaben durch Institut Raum & Energie ausgerichtet und von Katrin Fahrenkrug moderiert.

Ulrich Müller stellte für KoOpRegion die Regionalstrategie zur nachhaltigen Gewerbeentwicklung in der Region Nordschwarzwald vor. Katharina Fesel erläuterte für NEILA, wie interkommunales Landmanagement in der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler etabliert werden soll und Anne Fischer zeigte für NACHWUCHS auf, wie innovative Raum- und Siedlungsbilder in der Stadtregion Köln/Rhein-Erft-Kreis zur Lösung von Flächenkonflikten eingesetzt werden.

Das Interesse der Teilnehmenden galt vor allem den Fragen, wie die kommunale Praxis, Politik und Verwaltung über kommunale Grenzen eingebunden werden und

wie die Ansätze über die Laufzeit der Forschungsförderung hinaus verstetigt werden können. Schlüsselbegriffe in dieser Diskussion waren eine belastbare Datenbasis, transparente und kompetente Kommunikation sowie eine frühzeitige Beteiligung aller Verantwortlichen. Zudem konnten sich Interessierte an einem Ausstellungsstand über das Schulungsmodul informieren.

Stadt-Land-Plus beim Dresdner Flächennutzungssymposium

Besonders im Umland städtischer Verdichtungsräume steht Landwirtschaftsfläche nach wie vor unter Druck. Jedoch ist der Verlust landwirtschaftlicher Fläche vielmehr Symptom statt Selbstzweck, denn Flächenneuanspruchnahme ist in erster Linie Spiegel gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen und Folge des Wunsches nach kommunaler Entwicklung.

Neue Perspektiven für die flächensparende Entwicklung von Kommunen wurden in den Handlungsfeldern „Wohnen“ und „Ernährung“ beim Dresdner Flächennutzungssymposium am 11. und 12. Juni 2024 vom Umweltbundesamt für das Stadt-Land-Plus-Querschnittsvorhaben vorgestellt.

Im Vortrag „Integrierte Ansätze für eine effiziente Flächennutzung“ wurde aufgezeigt, wie mit themen- und raumübergreifenden regionalen Strategien sowie interkommunaler Kooperation neue Perspektiven für eine flächensparende Regionalentwicklung geschaffen werden können.

Dabei wurde eine Zusammenstellung verschiedener Ansätze und Maßnahmen aus den Stadt-Land-Plus-Verbundvorhaben vorgestellt, die dazu beitragen können, 1.) die Flächenneuanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke zu reduzieren, 2.) durch Multicodierung Flächennutzungskonflikte zu reduzieren und 3.) landwirtschaftliche Böden inwertzusetzen und zu schützen.

Aktivitäten in der Hochschullehre

Die Stadt-Land-Plus-Themen bieten diverse Anknüpfungspunkte für Studierende verschiedener Fachdisziplinen. Die Einbindung von Stadt-Land-Plus in der Hochschullehre erzeugt nicht nur ein Bewusstsein für diese Themen, sondern ermöglicht auch die Berücksichtigung von Ergebnissen aus Stadt-Land-Plus im späteren Berufsleben, z. B. in Verwaltungen, Regionalplanung oder Unternehmen.

Mit den Studiengängen Stadtplanung und Raumplanung der Fachhochschule Erfurt wurden in zwei Semestern Kooperationen durchgeführt. Begonnen wurde im Sommersemester 2023/2024 mit der Begleitung des Studierendenprojekts „Regionale Ernährungsnetzwerke Erfurt – Erfurt is(s)t regional“, das die Themen regionale Ernährung und Raumplanung miteinander verknüpfte. Das Projekt wurde durch Prof. Dr. Antje Matern organisiert und durchgeführt. Einen Einstieg in die Thematik erhielten die Studierenden durch einen Input von Nadine Pannicke-Prochnow (UBA) und Veronika Jorch (UBA) vom Stadt-Land-Plus-Querschnittsvorhaben. Dabei wurden Einblicke in aktuelle Arbeiten des UBA zu regionalen Ernährungssystemen sowie konkrete Ansätze der Stadt-Land-Plus-Projekte ReProLa, WERTvoll, VoCo, OLGA, KOPOS und NACHWUCHS vermittelt. Ein weiterer Input und Begleitung während der Bearbeitungsphase wurde durch Frank Mittelstädt, Agenda-2030-Koordinator der Stadtverwaltung Erfurt, geleistet. Mithilfe der Inputs und ergänzenden Materialien erarbeiteten die Studierenden vier Kleinprojekte, wobei die Stadt Erfurt und das Umland im Mittelpunkt standen. Während der dreimonatigen Projektlaufzeit besuchten die Studierenden auch die Metropolregion Nürnberg, in der sie Einblicke in das Projekt ReProLa erhielten. Weitere Gespräche mit verschiedenen Akteur:innen der regionalen Ernährungs- und Lebensmittelbranche in Erfurt folgten. Zum Abschluss wurden die Studierendenprojekte gemeinsam präsentiert, wobei viele der eingebundenen Akteur:innen vor Ort waren.

Insgesamt sind in der Region Erfurt bislang die Netzwerke für regionale und nachhaltige Ernährung noch wenig

ausgereift, sodass der erste Schritt meist die Suche der relevanten Akteur:innen und deren Vernetzung ist. Häufig stellt in Teilen Ostdeutschlands und strukturschwachen Regionen das Zusammenbringen von Akteur:innen und das Schaffen von Netzwerken und Strukturen eine der zentralen Herausforderungen für die Etablierung regionaler Ernährungssysteme dar. Im Vergleich dazu ist in strukturstarken Regionen in Deutschland der hohe Flächennutzungsdruck und die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen die größte Herausforderung für eine regionale Ernährung. Das Projekt zeigt, dass über die Studierenden auch bei anderen Akteur:innen in der Region eine höhere Sensibilität für ein Stadt-Land-Thema erzeugt werden konnte. Es folgten weitere Transferaktivitäten mit unterschiedlichen Studierenden zu Stadt-Land-Beziehungen an der FH Erfurt und mit Studierenden der Universität Augsburg.

Einspeisung von Ergebnissen in die UBA-Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“

Mit der Forschungsagenda „Urbaner Umweltschutz“ identifiziert das UBA zukünftige Forschungsschwerpunkte für eine an Umweltqualitätszielen ausgerichtete Entwicklung von Siedlungsräumen – explizit an den Schnittstellen zwischen Stadtentwicklung und Umweltschutz. Bestehende Wissenslücken einer umweltorientierten, sozialverträglichen, gesundheitsfördernden, ressourcenschonenden und integrierten urbanen Entwicklung sollen beforscht und durch eine fachübergreifende Betrachtung neue Wirkungszusammenhänge identifiziert und zielgerichtet adressiert werden.

Das Stadt-Land-Plus-Querschnittsvorhaben steht im stetigen Austausch mit der Arbeitsgruppe Urbaner Umweltschutz, um zentrale Ansätze und Erkenntnisse aus Stadt-Land-Plus in die 2024 erfolgende Aktualisierung der Forschungsagenda einfließen zu lassen. Infolge der Beratungen zur Thematik erlangen die Stadt-Land-Beziehungen in der Neufassung eine stärkere Bedeutung als bislang. So steht nun die Nachhaltigkeitstransformation jenseits der Ballungsräume in Klein- und Mittelstädten im Fokus, wobei insbesondere der Umgang mit Leerständen und die Entwicklung des ÖPNV eine wichtige Rolle spielen.

Weiterlesen

[zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-stadtlandplus/lesetipps/2024](https://www.zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-stadtlandplus/lesetipps/2024)





Stadt-Land-Plus beim Bürgerfest des Umweltbundesamts in Dessau.

Öffentlichkeitsarbeit

AUTOR:INNEN

Veronika Jorch, Michael Melzer,
Nadine Pannicke-Prochnow, Julia Reiß

Stadt-Land-Plus beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung auf der Grünen Woche in Berlin

Das 17. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung am 24. und 25. Januar 2024 stellte das Thema regionale Wertschöpfung in ländlichen Räumen in den Fokus.

Ein Fachforum wurde vom Querschnittsvorhaben der Fördermaßnahme Stadt-Land-Plus ausgerichtet und von Katrin Fahrenkrug, Institut Raum & Energie, moderiert. Nach einer Vorstellung der Fördermaßnahme durch Julia Reiß, Institut Raum & Energie, wurden drei Vorhaben mit dem Schwerpunkt Wertschöpfung und Nachhaltigkeit durch Kreislaufwirtschaft präsentiert. Georg Zinder zeigte auf, wie INTEGRAL Baumaterial-Kreisläufe mithilfe digitaler Tools regional organisieren will und verwies auf das entwickelte GIS-basierte Stadtmodell. Sebastian Rogga erklärte, dass ein Kriterienset für gezielte Kooperationen bei KOPOS erarbeitet wurde, damit durch das Bündeln von Ressourcen Nachhaltigkeitseffekte entstehen können. Mit dem Impuls „Hülsenfrüchte als Motor für ein regional nachhaltiges und klimafreundliches Ernährungssystem“ von Verónica Schmidt-Cotta von OLGA wird die Bandbreite an Themen der Fördermaßnahme deutlich. In der abschließenden Diskussion ergänzt Dr. Juliane Krause aus der „REGIONEN.innovativ“-Fördermaßnahme, dass

sich zunächst (neue) Geschäftsmodelle in dem Umfeld etablieren und geeignete Formate zur Vernetzung der Akteure gefunden werden müssen, die Projekte aber erste Schritte aufzeigen, so auch „ihr“ Projekt zirkulierBAR.

Reinhören

Der Stadt-Land-Plus Podcast wird nach und nach auf der Stadt-Land-Plus Website veröffentlicht.

zukunftsstadt-stadtlandplus.de/podcast



Stadt-Land-Podcast – Die Fördermaßnahme zum Hören

Mit dem Stadt-Land-Plus-Podcast werden spannende Inhalte aus den Projektregionen auch akustisch erlebbar. So sollen die Stadt-Land-Plus-Ergebnisse Entscheidungsträger:innen und Mitarbeitenden in der kommunalen und regionalen Praxis auch über andere Kanäle und Sinnesindrücke vermittelt werden und auch Zuhörer:innen aus der interessierten Öffentlichkeit erreicht werden. In sieben Folgen wird das Bewusstsein für die Verflechtungen zwischen Stadt und Land geschärft und aktuelle Herausforderungen werden vermittelt. Die Projektbeteiligten informieren über Ansätze und Werkzeuge aus ihren Projekten, um zur Umsetzung regional angepasster Lösungen in den eigenen Kommunen zu inspirieren und zu motivieren:

1. Stadt.Land.Plus. – Über regionale Verflechtungen und Win-Win-Situationen.
2. Stadt.Land.Ernährung. – Über gesundes Essen und schöne Landschaft.

3. Stadt.Land.Ernährung. – Über regionale Landwirtschaft und neue Märkte.
4. Stadt.Land.Kreisläufe. – Über vermeintliche Abfälle und regionale Stoffkreisläufe.
5. Stadt.Land.Wohnen. – Über flächensparende Wohnkonzepte und gute Verkehrsanbindung.
6. Stadt.Land.Arbeit. – Über nachhaltige Gewerbegebiete und naturschutzverträgliche Naherholung.
7. Stadt.Land.Gerechtigkeit. – Über gleichwertige Lebensverhältnisse und regionalen Ausgleich.

Zeichnen, Malen, Diskutieren... Was ist zwischen Stadt und Land? Ein Kommunikationsansatz aus Stadt-Land-Plus

Am 15.06.2024 lud das Umweltbundesamt zu einem Bürgerfest anlässlich seines 50-jährigen Bestehens ein. Stadt-Land-Plus war mit einer langen Papierrolle, vielen bunten Stiften, unzähligen Ideen und noch mehr helfenden Händen dabei, um den Fragen und Hinweisen nachzuspüren, was zwischen Stadt und Land ist und wie beides jeweils aussieht oder aussehen sollte. Nach und nach entstand eine ca. fünf Meter lange, bunte Stadt-Land-Landschaft.

Ein dicht besiedelter städtischer Raum mit Industrie, Religions- und Kulturstätten, Krankenhaus und Schule sind auf dem Bild zu finden, ebenso wie eine romantische hügelige Gegend mit vielen Feldern, Wanderwegen, einer großen Klosterkirche, einem kleinen Fachwerkhaus, einem Bauernhof, einer historischen Windmühle, die die benötigten Verarbeitungsstruktur darstellen soll, und einer Bus-Haltestelle an der Landstraße mit Radweg. Ein wenig Lokalkolorit durfte auch nicht fehlen, so finden der hübsche „Neue“ Wasserturm von Dessau, die alte Dessauer Schade-Brauerei und das neu errichtete Bauhausmuseum ihren Platz in der Stadt-Land-Landschaft. Teilweise wurde von den Gästen am Stand nur ein kleines Detail, wie ein Radweg ergänzt, den es dringend entlang des Flusslaufes geben sollte, damit Stadt und Land besser und nachhaltig verbunden sind und man sich an der Frische von Wasser und Natur erfreuen kann. Sechs Hochbeete verteilt in der Stadt für etwas Gemüse zum Teilen und schöne Blumen im öffentlichen Raum oder eine bunte Skulptur im Wald, um das Erleben von Natur und Kultur miteinander zu verbinden und Naherholungsuchende in die Landschaft zu locken, kamen auch dazu.

Neben all den fröhlichen und bunten Elementen wurden auch negative Seiten von Stadt und Land und Allem dazwischen diskutiert und dargestellt. Ein Starkregen, der wegen der hohen Versiegelung im besiedelten Raum zu Überschwemmungen führt, ist mittig im langen Bild

zu sehen und auch ein verlassener Bauernhof im ländlichen Raum, der mangels Nachfolge aufgegeben wurde, wurden ergänzt. Im Prozess wurden auch Zielkonflikte und Schwierigkeiten bei der Entwicklung von Siedlungsräumen deutlich: Als im städtischen Raum noch ein Spielplatz hinzugefügt werden sollte, konnte nur noch eine Freifläche in Randlage, schwer erreichbar auf der anderen Flussseite, gefunden werden. Eine Kleingartenanlage, sowie ein Musikfestival fanden nur noch Platz in Randlage neben bzw. zwischen den Bahngleisen am Bahnhof.

Spannend ist auch, was nicht gemalt und genannt wurde: Das Landleben wird im Bild eher romantisiert. Agrarbetriebe sind kleine, diversifizierte Höfe. Abgesehen von einem Pferdetransporter sind Nutztiere nur auf weiten, grünen Weiden zu sehen. Große Mastställe oder gar einen Schlachthof gibt es nicht. Das gleiche gilt beispielsweise für Deponien oder die Landschaft zerschneidende Tagebauten. Bei näherer Betrachtung wird offensichtlich, dass die Zeichnenden, Kinder wie Erwachsene, diese Teile der Stadt-Land-Realität kaum wahrnehmen oder kennen.

Das in Gemeinschaftsarbeit entstandene Kunstwerk zeigt, dass es viel zu erzählen, diskutieren oder anzuschauen gibt in Stadt, Land und dazwischen. Auch kann erspürt werden, wie vielfältig die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind und das beides nur miteinander existieren und einen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit schaffen kann.

Das einfach umzusetzende Format stellt eine gute Möglichkeit dar, mit Bürger:innen und weiteren Akteur:innen zwanglos in Kontakt zu treten und ins Gespräch zu kommen. Mit verhältnismäßig einfachen Mitteln kann eine Grundlage für Diskussion, Erfahrungsaustausch und Lernen geschaffen werden. Partizipation ist keine Einbahnstraße der Informationsvermittlung, sondern eine wertvolle Gelegenheit, sich mit den Menschen vor Ort über konkrete Herausforderungen, Bedürfnisse und Wünsche auszutauschen, um diese in anstehenden Entscheidungen berücksichtigen zu können.

Anschauen

Ausschnitte des Bildes finden Sie in dieser Publikation auf den Seiten 8, 16, 24 und 34. Das Gesamtwerk ist auf der Stadt-Land-Plus Website hinterlegt: zukunftsstadt-stadtlandplus.de/news-details/was-ist-zwischen-stadt-und-land





Empfehlungen von Stadt-Land-Plus zur Überwindung von rechtlichen Hürden für nachhaltige Stadt-Land-Partnerschaften

AUTOR:INNEN

Michael Melzer, Julia Reiß

Das Thema „rechtliche Hürden“ war für fast alle Verbundvorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Stadt-Land-Plus“ (SLP) von erheblicher Bedeutung. Immer wieder musste konstatiert werden, dass erarbeitete Lösungsansätze für eine nachhaltige Gestaltung der Stadt-Land-Beziehungen mit dem aktuellen rechtlichen und administrativen Rahmen nur sehr schwierig in die Realisierung gebracht werden können. Deshalb hat das Querschnittsvorhaben in Abstimmung mit dem Projektträger die Projektkoordinator:innen bereits im Januar 2023 gebeten, die in ihrem Vorhaben jeweils als relevant identifizierten „Hürden“ zu beschreiben. Auf diese Abfrage gingen insgesamt über 150 Nennungen relevanter rechtlicher Hürden ein. Diese wurden vom Querschnittsvorhaben aufbereitet und in die Themenfelder „Ressourcenschutz und -kreisläufe“, „Raumordnung und Baurecht“, „Datenverfügbarkeit/Datenschutz“, „Vergaberecht“ und „Fördersystematik“

geclustert. Eine erste Auswahl von 21 Hürden wurde in einem Online-Workshop im April 2023 mit Vertreter:innen der Projekte diskutiert. Im Ergebnis entstand eine Liste mit 15 als toprelevant bewerteten Hürden:

Cluster „Ressourcenschutz und -kreisläufe“:

1. Landwirtschaftliche Flächen schützen
2. Kompensationsregelungen klären und integrieren
3. Stoffkreisläufe schließen/Abfalldefinition, -eigenschaft klären
4. Bewertung von Ökosystemleistungen sichern
5. Moorböden sichern und wiederherstellen

Cluster „Raumordnung und Baurecht“:

6. Regionalplanung stärken
7. Verbindliche Flächensparziele festlegen
8. Innenentwicklung erleichtern und fördern
9. Enteignungsmöglichkeit erleichtern
10. Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe aufnehmen
11. Interkommunale Vorgehensweisen unterstützen

Cluster „Datenverfügbarkeit/Datenschutz“:

12. Daten nutzen: Fehlender Zugriff auf Daten / Kompatibilität von Daten



Eine nachhaltige Regionalentwicklung braucht gute rechtliche Grundlagen. Durch Verbesserungen des rechtlichen und administrativen Rahmens können erarbeitete Lösungsansätze für eine nachhaltige Gestaltung von Stadt-Land-Beziehungen in die Realisierung gebracht werden.

Cluster „Vergaberecht“:

- 13. Kriterium Regionalität aufnehmen
- 14. Ökologische und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen

Cluster „Fördersystematik“:

- 15. Widersprüchliche Förderpraxis harmonisieren

Diese 15 Hürden wurden bei der SLP-Statuskonferenz am 13. Juni 2023 in Bamberg vorgestellt und beschlossen, sich mit der Thematik, unterstützt durch eine juristische Expertise, vertieft zu befassen. In der Folge sind Professor Dr. Wolfgang Köck und Dr. Moritz Reese, Projektleiter beim ebenfalls durch das BMBF geförderten Kompetenznetzwerk Zukunftsherausforderungen des Umweltrechts (KomUR), beauftragt worden, die identifizierten rechtlichen Hürden einzuordnen, zu bewerten und ggf. Hinweise für mögliche Lösungen zu geben. Die erstellte rechtliche Expertise konzentriert sich auf Themenfelder im Cluster „Ressourcenschutz und -kreisläufe“ sowie im Cluster „Raumordnung und Baurecht“. Die juristische Expertise wurde bei einem Online-Workshop im November 2023 mit den Vertreter:innen der Projekte diskutiert und in einer juristischen Stellungnahme abschließend finalisiert. Diese Stellungnahme wird bei der Abschlussveranstaltung der Fördermaßnahme am 5. und 6. November 2024 in Berlin vorgestellt und anschließend auf der Website verfügbar sein.

Die Thematik ist in hohem Maße nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch relevant. Sie ist von hoher Bedeutung für eine erfolgreiche Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie, aber auch insgesamt für die Effizienz politischer Entscheidungsprozesse. Es geht letztlich darum, wie Innovationen erleichtert werden können.

Dazu wird die Stellungnahme eine Reihe von abgewogenen Lösungsmöglichkeiten benennen.

Besonderes Gewicht haben nach der Expertise auch Verbesserungen bei den Themen „Landwirtschaftliche Flächen schützen“, „Verbindliche Flächensparziele festlegen“ und

„Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe aufnehmen“. Von erheblicher Bedeutung ist auch der Umgang mit dem Kriterium „Regionalität“ im Vergaberecht.

Dabei ist unstrittig, dass einige der vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten ihrerseits durchaus konfliktbeladen sind. Erschwerend kommt bei mehreren der Hürden hinzu, dass unterschiedliche Fachressorts und unterschiedliche Ebenen tangiert werden.

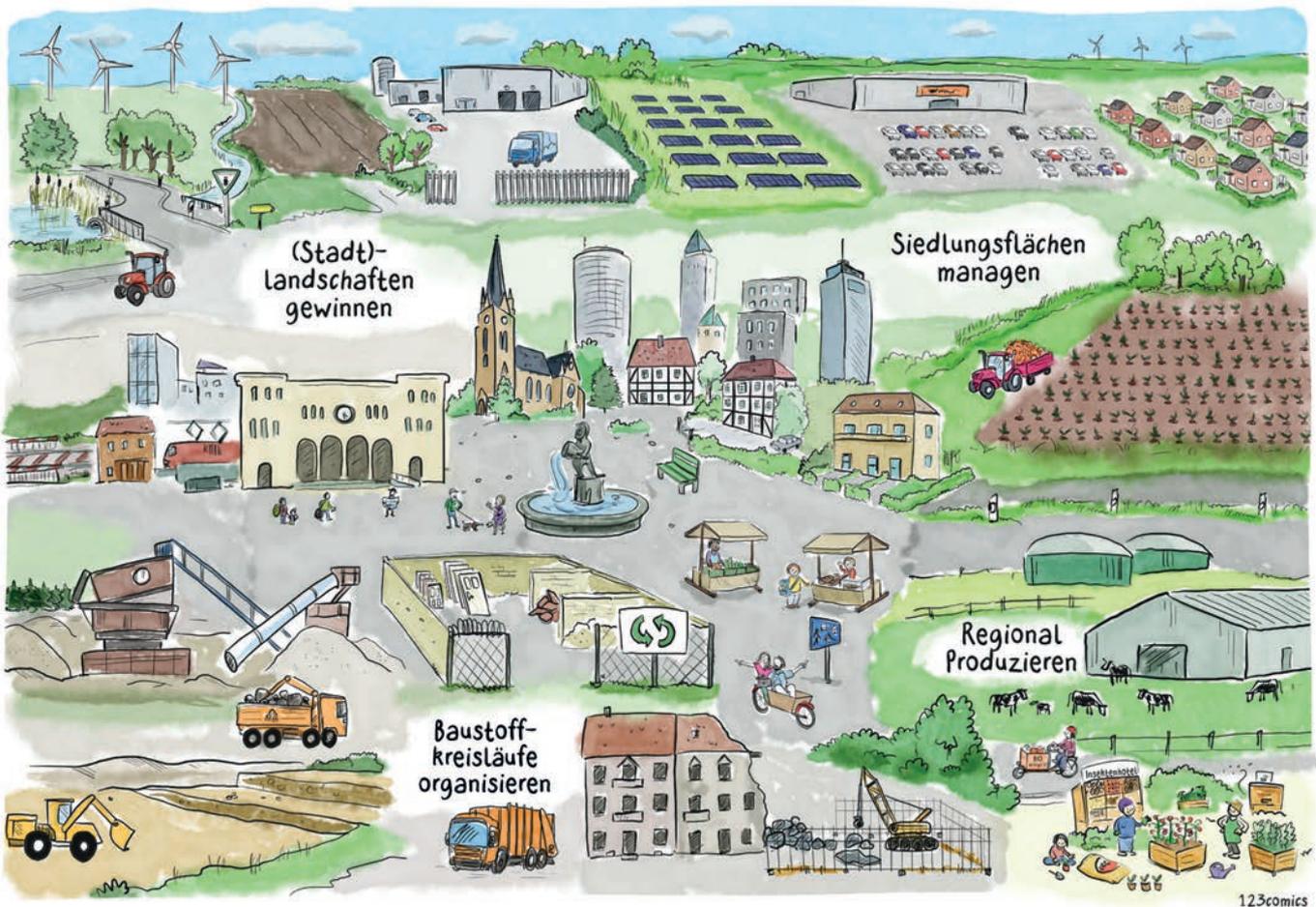
Mit den Diskussionen zwischen den Stadt-Land-Plus-Projekten und der rechtlichen Expertise ist die Thematik zwar kompetent aufbereitet, für die Realisierung von Lösungen sind aber noch weitere Untersuchungen und vielfältige politische Abstimmungsprozesse erforderlich. Es kommt nun darauf an, dass die Fachressorts von Bund und Ländern diese Empfehlungen aufgreifen.



Vorstellung und Diskussion von rechtlichen Hürden bei der Stadt-Land-Plus-Statuskonferenz in Bamberg 2023.

Die Empfehlungen zu rechtlichen Hürden zum Herunterladen
zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-stadtlandplus/Publikationen





Vielältige Beziehungen zwischen Stadt und Land.

Reformagenda Stadt-Land

AUTOR:INNEN

Uwe Ferber, Veronika Jorch, Michael Melzer,
Nadine Pannicke-Prochnow, Julia Reiß

STADT UND LAND – EIN UNGLEICHES PAAR

Stadt und Land ergänzen einander, sind aufeinander angewiesen und miteinander verbunden. Gleichzeitig müssen sie widerstreitende Interessen und gegensätzliche Entwicklungen bewältigen. In Wachstumsregionen und im Umkreis der Städte konkurrieren Wohnungsbau, Gewerbe, Landwirtschaft und Erholung um die begrenzte Ressource Fläche. In schrumpfenden Regionen wächst die Ungleichheit der Lebensverhältnisse und damit die Kluft zwischen den Lebenswelten. Starke Impulse, mutige Ideen und – auch unbequeme – Innovationen sind gefragt, um lebendige, der Zukunft zugewandte STADT-LAND-PARTNERSCHAFTEN zu entwickeln. Diese Zusammenstellung innovativer Beispiele aus der Praxis zeigt, wie nachhaltige Stadt-Land-Beziehungen erfolgreich in die Wege geleitet werden können.

STADT-LAND-PLUS!

Um die Stadt-Land-Beziehungen zu stärken, hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Verflechtungen zwischen Stadt und Land sowie innovative Lösungen zur nachhaltigen regionalen Entwicklung in den Fokus gerückt. Ihre Umsetzung hat das BMBF im Rahmen der Fördermaßnahme STADT-LAND-PLUS exemplarisch gefördert.

„Reformagenda Stadt – Land“

Aus der mehrjährigen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und kommunaler Praxis vom Bodensee im Südwesten bis nach Greifswald im Nordosten ist die „Reformagenda Stadt – Land“ entstanden. Sie ruft dazu auf:

- die Entwicklung von Siedlungsflächen besser zu steuern,
- die Versorgung mit Nahrungsmitteln und die Wertschöpfung zu sichern,
- die Kulturlandschaft so zu gestalten, dass sie vielfältig erlebbar wird,
- regionale Stoffkreisläufe zu organisieren und übergreifend
- regionale Gerechtigkeit durch neue Stadt-Land-Partnerschaften zu verbessern und dauerhaft zu sichern.

1. Die Entwicklung von Siedlungsflächen besser steuern

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie hat sich Deutschland das Ziel gesetzt, bis 2030 die Flächenneuinanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr auf unter 30 Hektar pro Tag zu begrenzen. Außerdem soll die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung im Verhältnis von 3:1 erhalten. Damit existiert ein Rahmen für flächenschonende Siedlungsentwicklung. Zugleich führt fehlender Wohnraum in Ballungsräumen zur Notwendigkeit von Wohnungsneubau. Um die Ausweisung von Gewerbeflächen wird hart gerungen. Insbesondere der Bedarf an Logistikflächen kann nicht gedeckt werden und deren Baupraxis muss nachhaltiger werden. Mit Stadt-Land-Partnerschaften kann eine nachhaltige Siedlungsflächenentwicklung gesteuert werden.

1.1. Impulse aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Wie kann interkommunale Kooperation im Gewerbeflächenmanagement gelingen und woran scheitert sie? Erkenntnisse und Empfehlungen liefert das Projekt KoOpRegion im Beitrag „Regionale Kooperation für ein nachhaltiges Gewerbeflächenmanagement“.
- Wie gelingt ressourcenschonendes Landmanagement über administrative Grenzen hinweg? Die Projekte Interko2 und StadtLandNavi haben Konzepte entwickelt und abgestimmt.
- Wie lässt sich das Wachstum von Wohnstandorten ordnen? Ein Monitoringmodell ermittelt die Faktoren für den Wohnbauflächenbedarf, Präferenzstandorte und Mobilitätslösungen.
- Wie lassen sich wirtschaftliche Interessen und der Erhalt naturnaher Landschaften verbinden? Das Tool PROSPER-RO stellt Entscheidungshilfen für Planungsalternativen der Siedlungsentwicklung bereit.
- Wie lässt sich Landnutzung nachhaltig gestalten? SUSTIL präsentiert Szenarien und verschiedene Instrumente für den Interessenausgleich und die Entscheidungsfindung.
- Wie können Flächennutzungskonflikte innerhalb funktional vernetzter Regionen gemeinsam gelöst und Folgewirkungen berücksichtigt werden? NEILA bietet Kriterien für die Bewertung von Potenzialflächen und ein Nutzungs-Ranking.
- Wie lassen sich Konflikte zwischen Landwirtschaft und Siedlungsentwicklung aushandeln, damit ein Mehrwert für alle Beteiligten entsteht? Planungsentwürfe für mehrfach genutzte, sogenannte multicodierte

Siedlungsflächen bieten Agri-urbane Siedlungsmodelle.

- Wie gelingt es, in der Logistikbranche Flächen nachhaltig zu managen? Der Leitfaden von Logist.Plus enthält Handlungsoptionen, um eine multicodierte Gewerbeplanung durchzusetzen.

1.2. Reformvorschläge aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Der Regionalplanung müssen flächendeckend bessere Informations- und Bewertungsinstrumente zur Verfügung gestellt werden. Dies betrifft insbesondere die von den Stadt-Land-Plus-Projekten vorgelegten Instrumente zur transparenten Erfassung von Innenentwicklungspotenzialen und die Bewertung von Flächen und Flächenrankings.
- Informelle Stadt-Land-Siedlungsflächenkonzepte in neuen flexiblen Formaten müssen die formelle Regionalplanung ergänzen.
- Wohn-, Gewerbe- und Logistikflächen müssen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessenslagen der beteiligten Akteurinnen und Akteure entwickelt werden. Messlatte sind die Logist.Plus-Standards von grünen, klimaresilienten und multicodierten Logistikstandorten mit hoher Aufenthaltsqualität.
- Ökonomische Instrumente zur Steuerung der Landnutzung in Stadtregionen müssen weiter erforscht und forschungsbegleitete Pilotinitiativen angeschoben werden.

2. Ernährung und Wertschöpfung sichern

Die Landwirtschaft und die Lieferketten für Lebens- und Nahrungsmittel werden noch immer nicht als kritische Infrastruktur wahrgenommen. Die Nutzung der Potenziale von Stadt-Land-Partnerschaften für einen höheren Anteil an regionaler Selbstversorgung bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück.

2.1. Impulse aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Wie lassen sich Flächen für die Lebensmittelversorgung in der Region nachhaltig sichern? Die Metropolregion Nürnberg setzt mit ReProLa auf den Erhalt einer vielfältigen Kulturlandschaft und die Vermarktung regionaler Produkte.
- Wie werden große Mengen von bio-regionalen Produkten zuverlässig vermarktet? Der Leitfaden „Das WERTvolle Aktionsgericht“ hat die notwendigen Schritte für die bio-regionale Verpflegung in Kantinen zusammengestellt.



- Wie können mit Stadt-Land-Partnerschaften für bio-regionale Produkte gleichzeitig Klimaschutz sowie Wasser-, Boden- und Artenschutz unterstützt werden?
- Welche Transformationswirkung haben Nachhaltigkeitsinitiativen auf regionale Ernährung, Wertsschöpfungsketten und Flächensicherung? Das KOPOS-Kriterienset kann die Nachhaltigkeits- und Transformationswirkungen von Nachhaltigkeitsinitiativen in Ernährungssystemen sicht- und messbar machen.
- Wie können nachhaltige Landwirtschaft, Biodiversität und regionale Ernährungssysteme vereinbart werden? Die Projekte OLGA und WERTvoll bringen Landwirtschaft und Holzanbau zusammen und fördern damit gleichzeitig Gewässer- und Artenschutz.
- Wie lassen sich die kleinteiligen Angebote von einzelnen Erzeuger:innen bündeln und vermarkten? Im Vorhaben VoCo wurde ein Regio-Logistikprojekt entwickelt, im Projekt KOPOS werden Kooperations- und Poolingmodelle thematisiert und im Projekt ReProLa werden Transportkooperationen initiiert.

2.2. Reformvorschläge aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Das Thema Ernährung muss als sektorübergreifendes Politikfeld in Bund und Ländern interministeriell verankert werden.

- Ernährungspolitische Strategien müssen in die strategische Gesamtplanung integriert werden. Das richtet sich insbesondere an die Regionalplanung (Fachplan Ernährung) und die Regiopol- und Metropolregionen.
- Im Rahmen eines Landwirtschaftsgesetzes sollte die Ernährungssicherung mit regional festgelegten landwirtschaftlichen Nutzflächen festgeschrieben werden.
- Kommunen sollten bei der Erarbeitung und Verabschiedung kommunaler Ernährungsstrategien von Bund und Ländern durch Pilotvorhaben unterstützt werden.
- Rechtliche Instrumente sollten landwirtschaftliche Böden wirksam schützen, z. B. in Form eines „Verschlechterungsverbotes“ für landwirtschaftliche Nutzflächen.

3. Kulturlandschaft erlebenswert gestalten

Insbesondere in den wirtschaftsstarken Stadt-Land-Regionen konkurrieren landwirtschaftliche Produktion, der Natur- und Landschaftsschutz, Ansprüche aus der Energiewende, der Wunsch nach Erholungsraum sowie der Bedarf an Siedlungsflächen miteinander. Dies bewirkt einen starken Druck auf die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft sowie auf die Tier- und Pflanzenwelt. Folglich gilt es, eine Vielzahl von Eingriffen in Natur und Landschaft auszugleichen. Gleichzeitig geht die Lebens- und Aufenthaltsqualität teilweise verloren. Kulturlandschaften

auf dem Land verlieren ihre ökonomischen Grundlagen. Regionalparke oder Grüne Ringe schaffen bisher nur punktuelle Aufwertungen.

3.1. Impulse aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Wie lässt sich die Landnutzung in wachsenden Stadtregionen zukunftsorientiert und ökologisch nachhaltig optimieren? Das Projekt „Kompensation mit Mehrwert“ - RAMONA zeigt stadtreregionale Ausgleichsstrategien auf.
- Wie können Wohnen und urbane Landwirtschaft vereinbart werden? Die Entwicklung eines „Agri-urbanen Raumbilds“ von NACHWUCHS bietet verschiedene Strategien und Maßnahmen für unterschiedliche Handlungsräume.
- Welche Möglichkeiten gibt es, Naherholung naturverträglich zu steuern? NaTourHuKi entwickelt regionale Lösungsansätze und Kooperationsstrategien für Tagestourismus.
- Wie kann die Transformation einer Bergbaufolgelandschaft zu einer lebenswerten und zukunftsfähigen Region gelingen? DAZWISCHEN stellt ein Rauminformationssystem für Bergbaufolgelandschaften bereit.

3.2. Reformvorschläge aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Tourismus und Naherholung sollten durch einen neuen Gebietstyp „Bedeutsame Landschaften“ in den Regionalplänen unterstützt werden.
- Es sollte geprüft werden, inwiefern sich die Eingriff-Ausgleichs-Regelung gegenüber Aufwertungen für weitere Ziele der Daseinsvorsorge (z. B. Erholung, Anpassung an den Klimawandel) öffnen kann.
- Hinsichtlich des Schutzes von Natur und Landschaft sollte die Zielebene Erholung ergänzend zum Arten- und Biotopschutz behandelt werden.
- Regionalparke und Grüne Ringe müssen auch als ökonomische Player gestärkt, Personalressourcen hierfür gebündelt und das Personal im Ehrenamt unterstützt werden.

4. Regionale Stoffkreisläufe organisieren

Regionale Stoffkreisläufe können zur Deckung von Rohstoffbedarfen in der Region beitragen und die Entsorgung stetig anfallender Abfälle bei knapper werdenden Deponiekapazitäten reduzieren. Dies ist eine großartige Chance für die Stadt-Land-Zusammenarbeit. Bisher gelingt es jedoch nicht, die unterschiedlichen Ressourcen

und Bedarfe in Stadt und Land geschickt miteinander zu verweben und so die Umweltauswirkungen von Produktion und Konsum zu reduzieren. Das Potenzial, die regionale Wertschöpfung durch wirtschaftliche Pfade des Stoffstrommanagements zu erhöhen, bleibt vielfach ungenutzt. Ökonomische Hemmnisse sowie diverse, hinsichtlich ihrer Durchsetzungsfähigkeit verbesserungswürdige gesetzliche Regulierungen tragen zu dieser Situation bei.

4.1. Impulse aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Wie lassen sich Restbiomassen, etwa aus Pflege-schnitten auf Gehölz- und Naturschutzflächen, besser verwerten? Die Aktivkohle-Herstellung des CoAct-Projekts ist ein Fallbeispiel für Regionale Verarbeitungskonzepte.
- Wie lassen sich Bauteile und Baumaterialien wiederverwerten? Im Projekt WieBauin wurden Wertschöpfungsketten von Eigentümer:innen abbruchreifer Gebäude hin zu Nutzer:innen getestet – zum beiderseitigen ökonomischen und ökologischen Vorteil.
- Wie lassen sich mineralische Bauabfallfraktionen für eine Kreislaufwirtschaft nutzen? Das im Projekt INTEGRAL entwickelte Stadt-Land-Stoffstrommanagement im Modellraum Dresden bietet ein Entscheidungshilfetool.
- Wie kann man müllfrei feiern? Der Augsburger Becher ist ein nachhaltiger Pfandbecher, der an einem Sommerabend bis zu 25.000 Einwegbecher in Augsburg einsparen könnte.

4.2. Reformvorschläge aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Für die Entwicklung von regionalen Stoffkreisläufen spielen Kommunen und Regionen eine tragende Rolle. Nach Vorbild der kommunalen Wärmeplanung sollte auch auf diesem Gebiet eine regionale Kreislaufwirtschaftsplanung erarbeitet werden.
- Die Vernetzung regionaler Akteure sollte unter Federführung der regionalen Wirtschaftsförderung, einen Zusammenschluss der kommunalen Abfallwirtschaftsbetriebe oder ähnlichen Institutionen erfolgen.
- Die graue Energie im Gebäudebestand braucht mehr Aufmerksamkeit. Bauteilbörsen müssen hierfür bundesweit ausgebaut und regional verankert werden.
- Das INTEGRAL-Tool sollte zur Etablierung einer Kreislaufwirtschaft für mineralische Stoffströme im Bauwesen flächendeckend eingeführt werden..

5. Regionale Gerechtigkeit durch neue Stadt-Land-Partnerschaften initiieren

Stadt-Land-Partnerschaften bieten eine positive Zukunftsperspektive. Das zeigen alle dargestellten Themenfelder. In der Praxis betritt die auf den ersten Blick einfache Gerechtigkeitsorientierung von Stadt-Land-Partnerschaften damit Neuland. Sie kann sich nicht auf bereits existierende routinierte Abläufe berufen. Erschwerend kommt hinzu, dass eine hohe Zahl von regionalen Akteurinnen und Akteuren einzubeziehen ist. Das gelingt nur mit Aktivitäten, die zeitlich und inhaltlich flexibel gestaltet werden. Zudem sind institutionelle Zuständigkeiten für Stadt-Land-Partnerschaften bisher nur ansatzweise vorhanden. Dafür müssen Verfahren, Methoden des Interessensausgleichs und personale/finanzielle Ressourcen weiterentwickelt und bereitgestellt werden.

5.1. Impulse aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- Wie lässt sich regionale Gerechtigkeit erreichen? Grundlagen und Lösungsansätze für den Stadt-Land-Kontext bietet das Projekt ReGerecht.
- Wie können stadregionale Akteure mobilisiert werden? Das Projekt VorAB identifiziert strukturelle Hindernisse einer interkommunalen Zusammenarbeit, erforscht Potenziale sowie Ansätze für nachhaltige Regionalentwicklung in den Feldern Energie-, Wald- und Landwirtschaft und wirft dabei einen Blick auf die besondere Rolle ländlicher Räume für die Wärme- und Energiewende.
- Wie lassen sich Stadt-Land-Partnerschaften gestalten? Das Schulungsmodul Stadt-Land-Plus hat Grundlagen für Stadt-Land-Partnerschaften erarbeitet: als Download auf der Stadt-Land-Plus-Website und mit Diskussions- und Bearbeitungsoption auf Wikiversity.
- Welche Gesetze und rechtlichen Rahmenbedingungen müssen sich ändern? Empfehlungen aus einer juristischen Stellungnahme zur Überwindung von „Rechtlichen Hürden für nachhaltige Stadt-Land-Beziehungen“, die am 5. und 6. November 2024 bei der SLP-Abschlusskonferenz in Berlin vorgestellt werden, informieren über den rechtlichen Reformbedarf.
- Wie lassen sich die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen unterstützen? Die Übersetzung und Konkretisierung der SDGs für die regionale Ebene kann eine regionale Umsetzung von nachhaltiger Entwicklung unterstützen.

5.2. SLP-Reformvorschlage aus der Stadt-Land-Plus-Forschung

- „Small is beautiful“: Auch mit wenig Ressourcen kann der Einstieg gelingen. Stadt-Land-Plus stellt hierfür ein Schulungsmodul bereit, das den Aufbau von Stadt-Land-Partnerschaften in sieben Schritten skizziert und fachliche Grundlagen zusammenfasst. Das Weiterbildungsangebot muss verstetigt werden.
- Starten statt warten: Der Werkzeugkasten zum Aufbau von Stadt-Land-Partnerschaften wurde von Stadt-Land-Plus, z. B. in einem Online-Handbuch, bereitgestellt und zeigt auch thematisch ausgerichtete Einstiegsoptionen auf.
- Verantwortung übernehmen: Kommunen sollten in der regionalen Nachhaltigkeitstransformation durch Stadt-Land-Partnerschaften eine zentrale Rolle übernehmen.
- Kontinuität gewährleisten: Stadt-Land-Partnerschaften müssen zum zentralen Handlungsfeld der deutschen und europäischen Metropol- und Regiopolen und zu Innovationslaboren werden.
- „Grüne Ringe“ weiterentwickeln: Stadt-Land-Partnerschaftsentwicklungsagenturen können grüne Infrastrukturen überregional vernetzen.
- Gesetze, Normen und Standards reformieren: Eine nachhaltige Gestaltung der Stadt-Land-Beziehungen braucht einen rechtlichen und administrativen Rahmen.
- Globale Nachhaltigkeitsziele umsetzen: Sie tragen zur nachhaltigen und resilienten Regionalentwicklung bei und müssen von Stadt und Land gemeinsam regional konkretisiert und realisiert werden.
- Forschung verstetigen: Diese Reformagenda entstand aufgrund vielseitiger wissenschaftlicher Unterstützung. Die Forschung sollte weitergeführt werden.

Dieses Dokument wurde veröffentlicht im Rahmen der Förderinitiative „Stadt-Land-Plus“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Das Dokument wurde vom Querschnitts- und Synthesevorhaben der Förderinitiative (FKZ 033L200) verfasst und fasst die Ergebnisse und Empfehlungen aus 22 Stadt-Land-Plus-Vorhaben aus den Jahren 2018 bis 2024 zusammen. Die Ausführungen spiegeln die Meinung der Autorinnen und Autoren und nicht unbedingt offizielle Positionen des BMBF oder des Umweltbundesamts (UBA) wider.

Die Reformagenda zum Herunterladen

zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-stadtlandplus/Publikationen



BISHER IN DIESER REIHE ERSCHIENEN

No. 176	Inklusion umsetzen	06/2024
No. 175	KOMMUNEN INNOVATIV und REGION.innovativ-Kreislaufwirtschaft	04/2024
No. 174	Aus Stadt und Land wird Plus	02/2024
No. 173	Energetische Sanierung kommunaler Gebäude	11/2023
No. 172	Kommunaler Wohnungsbau	06/2023
No. 171	Klimafolgenanpassung in der Bauleitplanung	05/2023
No. 170	Nachhaltigkeit in der Wirtschaftsförderung	04/2023
No. 169	Klimaschutz und Klimaanpassung	10/2022
No. 168	Bewegung in der Stadt	09/2022
No. 167	Das neue Baulandmobilisierungsgesetz	04/2022
No. 166	Hitze, Trockenheit und Starkregen	01/2022
No. 165	Wasserstoff im kommunalen Einsatz	12/2021
No. 164	Friedhöfe im Wandel der Zeit	12/2021
No. 163	Auslaufende Konzessionsverträge	09/2021
No. 162	Bevölkerungsschutz in Städten und Gemeinden	08/2021
No. 161	Bundeswehr und Kommunen	08/2021
No. 160	Kommunale Außenbeleuchtung – draußen wird es digital	08/2021
No. 159	Freibäder in Kommunen	07/2021
No. 158	Förderung des Radverkehrs in Städten + Gemeinden	04/2021
No. 157	Kommunen innovativ	11/2020
No. 156	Infobaukasten Mobilfunk	10/2020
No. 155	Insektenfreundliche Kommune	10/2020
No. 154	Deutsche und Türkische Integrationskonzepte in KommunenIntegration als gesamtgesellschaftlicher Auftrag	09/2020
No. 153	Kommunen gestalten Ernährung – Neue Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung	1/2020
No. 152	Einsatz von Gasbussen im ÖPNV – Ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Luftreinhaltung	9/2019
No. 151	EU-Beihilfenrecht in der kommunalen Praxis	6/2019
No. 150	Vielfalt leben – Anregungen und Praxisbeispiele für das Älterwerden und Teilhaben im Quartier	3/2019
No. 149	Wasser in der Stadt – Planungsinstrumente, Risikomanagementsysteme und Entwicklungskonzepte aus der BMBF-Fördermaßnahme ReWaM	1/2019



Diese und frühere Dokumentationen stehen im Internet unter www.dstgb.de > [Publikationen zum Download zur Verfügung](#).



Marienstraße 6 · 12207 Berlin
Telefon 030 77307-0
Telefax 030 77307-200
birgit.pointinger@dstgb.de
www.dstgb.de